

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 10. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Die Handelsjuden des Reichstags.

Die erste Lesung des Flottengesetzes ist beendet und der allgemeine Eindruck geht dahin, daß Herr Tirpitz die Mittel zur Durchführung seines Planes, d. i. zur Schaffung einer Schlachtflotte, erhalten wird. Die Schwebeliste des Zentrums in dieser Frage hat heute schon den Sieg der Regierung über das Parlament entschieden. Was hat es der Zentrumspreffe genügt, daß sie seit Anfang des Jahres bis in die jüngsten Tage hinein eifrig für eine Ablehnung der großen Marineforderungen eingetreten ist. Im Rathe der Parlamentarier des Zentrums ist eine durchaus entgegengesetzte Haltung beschloffen worden. Man hat alle jene grundsätzlichen Bedenken, die noch im März dieses Jahres bei der Beratung des Marine-Etats geäußert wurden, fallen lassen. Nicht nur die Nationalliberalen, auch das Zentrum hat den Tag erlebt, an dem der Abgeordnete Vollmar hinwies, wenn er sagte, es kommt die Zeit, „wo du umfallen wirst“.

Bei der ausschlaggebenden Bedeutung des Zentrums für die deutsche Politik dürfte es wohl angebracht erscheinen, diesen parlamentarischen Umschwung des Zentrums in seiner ganzen Reichweite dem deutschen Volke und den Zentrumsanhängern ad oculos zu demonstrieren. Wir greifen dabei auf die erste Beratung des Marine-Etats für 1897/98 im Reichstage vom 30. November bis 3. Dezember vorigen Jahres zurück. Damals forderte die Reichsverwaltung, abgesehen von einem Aviso, nur den Ersatz für abgängige oder in Verluft gerathene Schiffe und außerdem zwei Kreuzer, die aber schon in der Denkschrift des Jahres 1889/90 enthalten waren. Trotzdem also die Forderungen nichts weniger als ausschweifend waren, sondern im Rahmen der bisherigen Bewilligungen lagen, so erklärte doch der Abgeordnete Frigen im Namen der Zentrumsparthei, daß ganz bedeutende Abstriche nöthig seien. Denn wenn die Marineforderungen in der vorläufigen Höhe bewilligt würden, so würde damit ein erhebliches Gewicht auf die Frage nach weiterer Steuererhöhung gelegt werden, die nicht mehr erwehren können, wenn man nicht diesen neuen Ausgaben ein Galt zuzuführen. Es müsse einem fortwährenden Wachsen der Marine-Ausgaben, welches eingemessen an die uferlosen Flottenpläne erinnere, dauernd Einhalt geboten werden.

Der Etat wanderte nach der ersten Lesung in die Budgetkommission, wo dann Herr Hollmann mit seiner Niederschrift so großen Schrecken anrichtete. Das Wort in der Kommission führte für das Zentrum der Abg. Lieber, der zugleich auch Referent der Budgetkommission ist. Obgleich der Hollmann'sche Plan bedeutend weniger Ausgaben in Aussicht stellte wie der Tirpitz'sche, so erschien er dem Zentrum seinerzeit doch so exorbitant, daß der Abg. Lieber den Abbruch des Hollmann'schen Beschlusses beantragte, da die Kommission durch die Niederschrift Hollmann's in eine ganz ungewohnte neue Lage versetzt sei. Und als Lieber sich von seinem ersten Schrecken erholt hatte, da hielt er in der Budgetkommission am 8. März dieses Jahres jene Rede, in der er sich als den blamirten Cuzopäer fühlte. Es ist nicht möglich, die heute so interessanten Ausführungen des Herrn Lieber von damals in ihrem vollen Umfange wiederzugeben. Wir greifen nur jenen Theil heraus, wo der Abg. Lieber sich gegen die Schaffung einer Schlachtflotte wendet:

„Jetzt dagegen — sagt der Redner — heißt es Hochseerrieg, wenn es sein muß mit Rußland, Frankreich, selbst mit England. Glauben die Herren denn wirklich, wir werden diese Staaten in ihrer Flottenentwicklung einholen? Das würden wir zur See nie erreichen. Wir sollen in eilenem Tempo immer neue Typen von Schiffen bewilligen, von denen noch keines die Ernstprobe bestanden hat. Die großen Schiffe mit 25 Maschinen für alle möglichen Zwecke des Krieges, gleichen Uhrwerken komplizirter Natur. Niemand weiß, wie sie im Ernstfalle die Probe bestehen. Wenn auch nur eine dieser Maschinen alsdann lahmgelegt wird, kann alles verloren sein. Gleichwohl bauen wir darauf los und können es nicht ertragen, immer neue Schiffe dieser Art zu bekommen, ohne zu wissen, ob, wenn diese kostspieligen Uhrwerke aneinander gerathen, nicht alsdann alle zusammen stürzen.“ Redner geht dann auf die finanziellen Betrachtungen ein und meint, inlest frage nach sich im Lande, ob nicht ein Ende mit Schrecken diesem Schrecken ohne Ende vorzuziehen ist. Im weiteren Verlauf der Kommissionsverhandlungen kam es wegen der Bewilligung der zwei Kreuzer zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Hollmann und Lieber, bei denen auch Prinz Ardenberg, damals des Zentrums seinem Fraktionskollegen eifrig sekundirte. Die Stimmen für die beiden Kreuzer wurden abgelehnt.

In der zweiten Lesung in Plenum vertheidigte Lieber über die Verhandlungen in der Kommission und stellte am Schlusse seiner Ausführungen den Grundz auf: „Nicht die Zahl und die Gattung der Schiffe ist die Hauptsache, sondern die Kostenfrage.“ Und er gelangte zu dem Schlusse, daß auf schwankende Einnahmen keine dauernden Ausgaben basirt werden dürfen. Die eigentlichen Parteiredner des Zentrums in der zweiten Lesung waren aber die Abgeordneten Müller, Hida und Bachem. Vom stolzen Pferde der Opposition herab kanzelten sie die jenseitigen Partee ab, die die Hollmann'schen Forderungen bewilligen wollten. Andererseits verwahrten sie sich aufs schärfste gegen diejenigen, die damals schon dem Zentrum nicht über

den Weg trauten. Der Abgeordnete Müller nagelte die Abgeordneten v. Kardorff, v. Leipziger, Paasche und deren politische Freunde auf ihre früheren Äußerungen, die gegen die Flottenforderungen lauteten, mit großer Nachdrücklichkeit fest und verstieg sich zu den Äußerungen: „Ich muß gestehen, daß solche Forderungen seit Bestehen des Reiches noch niemals erhoben worden sind. Man sagt, daß die Flotte den deutschen Handel schützen soll; ich habe jedoch die Erfahrung gemacht, daß gerade da der deutsche Handel am besten gedeiht, wo keine Kriegsschiffe stationirt sind. Wir machen es nicht so wie andere Parteeien, daß wir sagen, wir werden Abstriche vornehmen und nachher doch alles bewilligen, daß wir also bloß ins Land hinausreden.“ Und Herr Bachem schloß seine „mannhafte“ Oppositionsrede: „In der ersten Lesung schien es, als ob alle Parteeien einig wären, jetzt lassen Sie (nach rechts) uns allein. Aber auch Sie werden später an die Folgen des Hollmann'schen Plans mit Schaudern denken, wenn es sich darum handelt, die Deckung dafür zu schaffen.“ Der nämliche Herr führte noch aus, daß der Schutz durch die Flotte für katholische Missionare ein zweischneidiges Schwert sei: sie haben oft selbst erklärt, daß sie freier dahindren, wo keine Schiffe wären, daß sie sich durch Kanonenboote beeugt fühlen.

So die Stellung des Zentrums der im Vergleich zu dem jetzigen Entwurfe beschriebenen Niederschrift Hollmann's gegenüber. Und am Dienstag erklärte nun Herr Lieber, daß er und seine politischen Freunde den Plan des Herrn Tirpitz mit allem Ernste prüfen wollen, ja daß sie ihm sogar bis zu einem gewissen Grade sympathisch gegenüberstehen. Alle finanziellen, marinetechnischen und budgetrechtlichen Bedenken sind geschwunden; die Marinebeschwämmer gelangen auch in der Zentrumsfraktion oben auf. Darüber täuscht keine noch so diplomatische Wenn- und Aber-Rede des Herrn Lieber hinweg. Dieser Umschwung der Ansichten in der Zentrumsfraktion dürfte jedoch wenig mit den Ansichten der ultra-montanen Wähler harmoniren, die bisher so konsequent gegen die Flottenpläne in Presse und Versammlungen Stellung genommen und an den Neben ihrer Abgeordneten im Anfange dieses Jahres großen Gefallen gefunden haben. Diesmal wird der Zentrumsunfall doch größeres Aufsehen erregen, als je zuvor und Herr Bachem könnte recht haben, wenn er in seiner Rede vom 20. März dieses Jahres mit Beziehung auf gegnerische Preßäußerungen meinte: „Wenn man dies liest, sollte man wirklich meinen, wir wären die Handelsjuden des Reichstages.“

Allerdings, wenn man die Haltung der Zentrumsfraktion zu Anfang des Jahres den Hollmann'schen Forderungen gegenüber mit der Rede des Führers des Zentrums vom letzten Dienstag vergleicht, kann sollte man nicht nur meinen, sondern man gelangt erstlich zu der Ueberzeugung, daß das Zentrum auch bei der Marinevorlage seine beliebte Methode des Handelns und Zeilens versuchen will. Herr Lieber hat ja schon seine Forderungen angedeutet und zwei Monate sind nun eine reichliche Zeit, in der die Zentrumsfraktion seine Händler-Talente glänzen lassen kann. Bis dahin wird's dann soweit gekommen sein, daß der Abg. Müller bei der zweiten Lesung wird sagen können: Wir machen es doch so wie andere Parteeien, aber ein Geschäft muß dabei sein!

Politische Ueberflucht.

Berlin, 9. Dezember.

Aus dem Reichstage. In Fortsetzung der Flotten-debatte kam heute als erster Redner der Vertreter der national-liberalen Parteei, Dr. Hammacher, zum Wort. Der Herr Doktor gehört zur ältesten Garnitur unter den Parlamentariern, aber in bezug auf Regsamkeit des Geistes und der Frische der Vortragweise nimmt er's mit dem ganzen liberalen Nachwuchs auf. Natürlich ereiferte sich der Redner für die Vorlage, an der er nur das eine bedauert, daß sie nicht noch größere Forderungen enthalte. Herr Hammacher schreckt auch vor der Möglichkeit nicht zurück, daß der Flottenausbau neue Steuern im Gefolge haben werde. Die „Nation“ sei alle Zeit bereit, die für die Erhaltung der Wechselfähigkeit notwendigen Opfer zu bringen.

Schade nur, daß sich der Redner über den Vorschlag des Dr. Lieber auschwieg, die etwa notwendigen Mehrausgaben auf die Schultern der steuerkräftigen Bürger zu legen. Kommt es zum Zahlen, dann werden es eben wieder die Konsumenten, d. h. die Masse des Volkes sein, welche für die großen Worte aufzukommen hat. Daß der Herr Doktor unserer Fraktion den Vorwurf machte, sie vernachlässige die Arbeiterinteressen, wenn sie die neuen Schiffe nicht bewillige, ist einer von den schlechtesten Wigen, die ein so geistreicher Redner nicht machen sollte.

In einer kurzen aber zweifelsfreien Erklärung legte dann der Schwäbische Volksparteiler Galler den ablehnenden Standpunkt seiner Parteei dar. Die Antisemiten sind auch in dieser Frage, wie in allen anderen, getheilte Meinung. Für den bewilligungslustigen Theil sprach heute Zimmermann, doch will er sich erst in der Kommission ganz befreuen lassen.

Als zweiter Redner unserer Fraktion nahm dann Mollenbuhr das Wort. Was Sachlichkeit und Vertraut-

heit mit der Materie anbetrifft, so darf wohl diese Rede mit zu den besten gezählt werden, die in dieser Debatte zum Vortrage kamen. Während alle anderen Reden allgemein politische Darlegungen waren und sachlich nichts neues vorbrachten, kritisirte Mollenbuhr die Vorlage in tief einschneidender, sachlicher, auf völliger Vertrautheit mit dem Gegenstande beruhender Weise. In ausgezeichneten Ausführungen kennzeichnet er den Widerspruch der flottenfreundlichen Rundgebung der Hamburger Großkaufmannschaft und deren Haltung beim großen Hamburger Streik. Treffend diente Mollenbuhr auch den marine-begeisterten Stumm, Krupp und Konsorten, wies darauf hin, daß die großen Herren in Rheinland-Westfalen in materieller Weise an der Flottenvergrößerung interessiert seien. Herr Stumm, der nach dieser Rede in seiner kapitalistischen Nacktheit ohne jedes patriotische Feigenblatt da stand, unterließ diesmal die bei ihm so beliebten persönlichen Nichtigstellungen gegen sozialdemokratische Reden. Unser Redner schloß mit dem Hinweis, daß unsere maßgebenden Kreise immer mehr auf Napoleonische Praxis hinauskommen, die Unzufriedenheit im Innern dadurch abzulenken, daß man auswärtige Händel sucht und anflistet.

Als letzter Redner plädirte Graf v. Stollberg für die Vorlage, worauf dieselbe der Budgetkommission überwiesen wurde.

Die an zweiter Stelle auf der Tagesordnung stehende Interpellation: was die verbündeten Regierungen gegenüber den Gefahren des amerikanischen Petroleummonopols zu thun gedenken? begründete der Abgeordnete Wasser-mann in sehr eingehender Weise. Der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, wies in seiner Antwort nach, daß seit dem Jahre 1890, wo die Monopol-Gesellschaft in Deutschland festen Fuß faßte, die Petroleumpreise nicht gestiegen, sondern gefallen sind. Sollte die Gesellschaft ihre Monopolstellung zu Ungunsten der Konsumenten mißbrauchen, so sei die Regierung entschlossen, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zu gebrauchen, um diesen Mißbrauch abzuwehren.

Morgen Mittag 1 Uhr: Fortsetzung der Debatte über die Interpellation, bei welcher Gelegenheit sich die Spiritus-interessenten wohl melden werden und dann erste Lesung des Etats.

Deutsche Gelden. Nachdem Deutschland noch vor gar nicht langer Zeit recht befreundet mit dem großen Himmels-reiche China gewesen, ist plötzlich ein großer Umschwung der Gefühle eingetreten. Friedliche Neigung und Freundschaft verwandelten sich in kriegerischen Haß und wüthige Geberden. Wenn man heute die Blätter der deutschen „Patrioten“-Presse liest, so ist China ein verachtetes Land, die Chinesen schlimmer wie die Menschenfreßer Australiens und die chinesische Regierung der Anbinder aller Lüste. Und dasselbe China ist so werthvoll für den deutschen Handel, für die Bereicherung der deutschen Kaufherren. Also: China ist der Feind und in China muß um jeden Preis der Grund für das „größere Deutschland“ gelegt werden.

Nicht zahlreich sind diejenigen, die in diesem halb bersehtlichen, halb von phantastischen Halluzinationen eingegebenen Feldzug gegen das große asiatische Reich ihre ruhige Besinnung erhalten haben und nüchtern die Dinge betrachten, die sich im fernem Osten an der Bai von Kiao-Tschou abspielen. Der „Vorwärts“ hat vor allem Aufklärung verlangt über das, was dort geschieht. Die deutsche Regierung schweigt sich fast völlig aus. Können uns nicht Nachrichten über England zu, so wüßten wir rein gar nichts über die Art und die Ausichten dieses Unternehmens. Aber unsere „weltpolitische“ Presse, wenn sie auch nichts weiß und nicht abschen kann, was sich daraus entwickeln mag, sie ist einverstanden mit dem Vorgehen der deutschen Regierung. Sie hat nur die eine Sorge, daß die Regierung nicht „energisch“ genug zugreifen könnte. Sie erklärt es für selbstverständlich, daß wir in China „festen Fuß fassen“ müssen. Wer aber diese Politik nicht unbedenken mitmachen will, den überschüttet sie mit reichlichen Wärfen Urath's, wovon sie ja großen Vorrath besitzt.

So weiden sich heute eine Anzahl Blätter dagegen, daß wir im Anschluß an die Mittheilung des militärischen Marches in das Binnenland von Schantung und der Einnahme der Stadt Kiao-Tschou dieses Vorgehen als „ungerechtfertigt und verhängnißvoll“ bezeichnet haben. Und wäre es zur Belustigung unserer Leser, wir wollen doch den milden Auslassungen dieses Uebersee-Chawinismus ein wenig zur Weiterverbreitung verhelfen. Da schreibt die national-liberale „Magdeburger Zeitung“:

„In das Blatt (der „Vorwärts“) geht nach weiter. Es erklärt das Vorgehen des Deutschen Reiches für ebenso ungerechtfertigt wie verhängnißvoll. Wenn nicht heute oder morgen, so könnten doch in weiterer Zukunft leicht Verwickelungen entstehen; den „Moskowitern“ dürfte unsere Konkurrenz sicherlich nicht angenehm sein. Will verbundenen Augen werde das Volk in die bedenklichsten Situationen geführt. Das ist die Jammersapparat- und Kugelmeyerpolitik, die das führende Organ der deutschen Sozialdemokratie empfiehlt. Weil in weiterer Zukunft sich Verwickelungen ergeben könnten, die nur das furchtsame Auge des sozialdemokratischen Organs zu sehen vermag, sollen wir deutsche Bürger vom chinesischen Pöbel abschichten lassen.“

Und noch lieblicher läßt sich der fromme konservative Reichsbote vernehmen:

„Wie der „Vorwärts“ sich igt in der Streitfrage mit China benimmt, das ist doch so, daß sich jeder Arbeiter des Vlattes

Schämen und seinen Redakteuren sagen sollte, sie möchten sich Zöpfe anbinden lassen und chinesische Filzpanzern anziehen. Während jedes gesunde deutsche Empfinden sich freut über das feste Auftreten der deutschen Flotte in Rio-De-Janeiro, jammert der „Vorwärts“: „Wenn jetzt die deutschen Truppen noch weiter vorstößen und eine chinesische Stadt okkupieren, so ericheint dies als ebenso ungerechtfertigt wie verhängnisvoll.“ O ihr Kränze; laßt Euch das Haupt scheren und Zöpfe anbinden; verhängnisvoll für Deutschland könnte nur werden, daß es eine Presse gibt und gelesen wird, welche so wenig nationales Selbstbewußtsein hat. Ungerecht? War es etwa Recht, daß die Chinesen neulich deutsche Marine-Offiziere und Soldaten mit Schmutz bewarfen, deutsche Missionare geißelt und nicht daran gedacht haben, sich Deutschland dafür dankbar zu erweisen, daß es ihm die Japaner vom Hals geschafft und zu einem so schonenden Frieden verholfen hat, sondern daß sie im Gegentheil Deutschland brutal und provozierend behandelt haben? Doch wir wollen mit dem „Vorwärts“ nicht darüber streiten, was gerecht und was ungerecht ist, wir wollen nur die jammervolle Haltung dieses Blattes auch in dieser Frage konstatieren.

Da steht, diese Sozialdemokraten sind ganz feige Bruchsen und haben sogar vor den Chinesen schauerliche Angst. Zwar sind die Chinesen bekanntlich militärisch so minderwertig, daß sie von den an Zahl der Streitkräfte weit hinter ihnen zurückbleibenden Japanern arg verhalten wurden, aber die sozialdemokratischen Arbeiter haben doch vor ihnen Angst.

Da sind die Nationalliberalen und selbst die sanften theologischen Jünglinge des „Reichsboten“ ganz andere Kerle. Welche Schneidigkeit, welche männliche Thatskraft!

Nur, niemand hat gesagt, China solle nicht Gemüthung geben für die Ermordung der Missionare. Aber China hat sich auch nicht geweigert, dies zu thun, und kann sich garnicht weigern. Die Chauvinisten selbst wünschen in dem Vorgehen Deutschlands mehr zu sehen als bloße Erzielung gebührender Gemüthung. Sie wollen Landbesitz, Eisenbahnen, Handelsvortheile haben. Auch hierüber laße sich reden. Aber um die Mittel drehte sich der Streit, mit denen man vorgeht, und über den Werth dessen, was man mit schlechten Mitteln gewinnen will.

Gerade einem „christlichen“ Blatt, wie dem „Reichsboten“, steht es gut an, den Tod von Missionaren, die im Dienst ihrer Ueberzeugung bekanntlich gern ihr Leben hingeben sollen, zum Anlaß einer gewaltthätigen, vortheilsüchtigen Eroberungspolitik zu benutzen, die Eroberungspolitik, welche noch dazu, auch nach der Meinung vieler Nicht-Sozialdemokraten, zu internationalen Verwicklungen führen können und müssen, welche für Deutschland allerdings eines Tages sicherlich bedenklich werden dürften. Hier vor zu warnen, dürfte mehr von unsern Patriotismus zeugen, als die Draufgänger unserer Chauvinisten. Die Geschichte lehrt, wie oft solcher Chauvinismus das Vaterland schwer geschädigt hat.

Ohne Uebermaß imponirt das Manichäenthum der „Weltpolitiker“ dem deutschen Volk sehr wenig.

Die den Absolutismus brach der erste Journalist der konservativen Partei, der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Prof. Kropatschek auf dem konservativen Parteitage der Provinz Brandenburg eine Lanze:

Ein Königthum, das vom Parlament abhängt, wollen die Konservativen nicht, sondern ein Königthum, das auch mal gegen die abweichende Meinung des Parlaments, gestützt auf das königliche Volk, seinen Willen durchführt.

Das ist offen, deutlich und klar; es ist der Umsturz von oben, den Herr Kropatschek empfiehlt!

Dieser einzige Satz des Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“ ist das einzig Bedenkliche an den Verhandlungen dieses sogenannten konservativen Parteitages. Höchstens wäre noch Kropatschek's Bemerkung, daß konservativ weder gleichbedeutend mit reaktionär oder gouvernemental zur Erhellung der Leser zu erwähnen. Was Herr Ring über die Agrarfrage und was über das Hauptwort vordrachte, waren alle Kamellen, Herr v. Massow begnügte sich in seinem Referat über die soziale Frage mit den ödesten, nichtsagenden Gemeinplätzen.

Mit Rücksicht auf die Petrosen-Unterbreitung, die den Reichstag eben beschäftigt, ist folgender Originalbericht des „Sport“ aus dem Komplotz des Verbandes der Kaiser-Naphtaproduzenten von Interesse. Nach demselben betrug der Gesamtexport von Naphtin (in gereinigter und ungeringer Form) sowie von Naphtaröhren aus Batum und Noworossisk im Laufe des Jahres 1896 45 177 452 Pud (darunter aus Noworossisk 9 241 606 Pud). Nach Europa wurden ausgeführt in Rostrom 14 404 551 Pud und in Westindien und Japan 7 449 568 Pud. Nach dem fernem Orient wurden in Ostindien und Westindien abgefertigt 23 323 353 Pud. Die Hauptabnehmer in Europa waren folgende Staaten: England 8 590 148 Pud, Bulgarien 643 909 Pud, Belgien 869 432 Pud, Deutschland 747 282 Pud, Italien 1 199 327 Pud, Serbien 190 649 Pud, Rumänien 93 718 Pud, Türkei 6 636 172 Pud. Im fernem Orient empfingen: Vorder-Indien 11 133 110 Pud, Hinter-Indien 1 449 864 Pud; die Sunda-Inseln 1 524 293 Pud, die Philippinen 274 618 Pud; China 6 156 928 Pud, Japan 2 852 552 Pud; Sibirien aber Wladivostok und Nikolajewsk 206 624 Pud. — Im tausenden Jahre wird namentlich in den letzten Monaten sehr großer Anstieg an Nachfrage aus dem Ausland und geringen Export getragt. Infolge dessen sind die Preise für Naphtin so gefallen und diejenigen für Frachten so gestiegen, daß Produzenten und Exporteure die größten Verluste erleiden.

Die Verurtheilungen wegen Verbrechen und Vergehen nehmen in Deutschland beständig zu. Nach den neuesten kriminalstatistischen Veröffentlichungen wurden wegen Verbrechen und Vergehen gegen Personem des Strafgesetzbuchs im Jahre 1891 verurtheilt 881 816 Personen, 1896 dagegen 454 289 Personen. Das ergibt eine Zunahme von 19,7 pCt., während in denselben Jahren die Bevölkerung des Reichs nur um 5,6 pCt. gewachsen ist. Ob nun jetzt wirklich so viel mehr Verbrechen gegen das Strafgesetz vorkommen, als in früheren Jahren, oder ob die Missethäter häufiger gefast werden, oder ob die Gerichte häufiger als früher geneigt sind, Verurtheilungen anzusprechen, — das läßt sich aus den statistischen Zahlen natürlich nicht erkennen. In den Gesamtzahlen war die Entwicklung folgende. Es wurden verurtheilt: 1891: 381 816, 1892: 410 828, 1893: 414 637, 1894: 427 637, 1895: 433 697 und 1896: 434 289 Personen. Unter der letztgenannten Zahl befinden sich 43 836 Jugendliche (unter 18jährige) Personen. — Auch an den Urtheilungen über die einzelnen Verbrechen, wogegen deren Verurtheilungen erfolgten, kann man manche ganz interessante Beobachtung machen. So sind die Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung in den letzten Jahren zurückgegangen. Wegen dieses Verbrechen wurden verurtheilt 1894: 622, 1895: 593 und 1896: 561 Personen. Wegen Aufruhrs wurden in deutschen Landen 1894 noch 124 Personen bestraft, im Jahre 1895 haben sich nur noch 88 Unglückliche dieser Missethat schuldig gemacht. Die Verurtheilungen wegen Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen sind sich in den genannten Jahren ziemlich gleich geblieben; sie haben jährlich 7 bis 9 betragen. Auch die Zahl der Verurtheilungen wegen Meineids zeigt keine erkennbare Tendenz zum Fallen oder Steigen; sie schwankte in den

sechs Jahren um die Zahl 800 herum. Dagegen sind fahrlässige Meineide bedeutend weniger zur Aburtheilung gelangt; 1891 waren es 228, 1896 nur 365. Die Verurtheilungen wegen Verbrechen, die sich auf Religion beziehen, scheinen zurückzugehen. 1894 wurden wegen solcher Delikte 455 Verurtheilungen ausgesprochen, 1895: 384 und 1896: 318. Wegen Ehebruch erfolgten 1892: 121 Verurtheilungen, 1893: 125, 1894: 186, 1895: 212, 1896: 200; die Zahl ist also im fortwährenden Steigen begriffen. Auch die Verurtheilungen wegen Zweikampfs sind ständig in die Höhe gegangen; 1893 erfolgten 66 Verurtheilungen, 1894: 88, 1895: 107, 1896: 110. Die Zahlen für Diebstähle sind die folgenden:

Einfacher Diebstahl	1891	1892	1893	1894	1895	1896
Einfacher Diebstahl im wiederholten Rückfall	11 468	12 775	11 009	11 961	11 793	11 850
Schwerer Diebstahl	8 695	10 748	9 379	9 558	8 811	8 972
Schwerer Diebstahl im wiederholten Rückfall	2 499	2 921	2 637	2 965	2 675	2 768

Diese Zahlen sollten wirklich denen zu denken geben, die feinerlei soziale und wirtschaftliche Einflüsse auf die Kriminalität eines Volkes zugestehen wollen und für die der Verbrecher lediglich die aus der inneren schlechten Anlage heraus hervorgehende Verbrechensnatur ist. Wie kommt es denn, daß die Diebstähle in den letzten wirtschaftlich günstigeren Jahren zurückgegangen sind, und daß sämtliche Kategorien von Diebstählen in dem wirtschaftlich schlimmsten Jahre 1892 ihren Höhepunkt erreicht haben? —

Deutsches Reich.

Ueber die künftige Leitung des Kolonialamtes scheint eine Entscheidung noch nicht getroffen zu sein. Vermuthet wird die Verbindung des Unterstaatssekretariats am auswärtigen Amte mit der Leitung der Kolonialangelegenheiten. Sollte es nicht dazu kommen, so wird es schwer sein, einen geeigneten Beamten für den Posten des Direktors der Kolonialabtheilung zu finden. Die Kandidatur des Freibrers v. Scheele, die von interessirter Seite aufgestellt wurde, scheint überhaupt nicht in Frage zu kommen.

Reichstagskandidaturen. Ober-Amtmann Ringt-Düppel hat die ihm angebotene konservative Reichstagskandidatur in Althardt's Wahlkreis Friedberg-Kreiswalde angenommen. Im Wahlkreis Hagen werden nicht weniger als fünf Kandidaten aufgestellt. Das Zentrum, das bisher stets für Richter eingetreten war, wird diesmal einen eigenen Kandidaten aufstellen, den es hofft in die Stichwahl bringen zu können. Die Sozialdemokraten stellen Gen. Johannes Zimm an, ferner wird der Abgeordnete Althardt und für die Nationalliberalen Generalsekretär Dr. Bremer aus Düsseldorf kandidiren. Im Reichstagswahlkreis Alzey-Wingen will man in landwirtschaftlichen Kreisen dem Kandidatur des Reichstagspräsidenten des Reichstages Schmidt-Eberfeld den Regierungsrath Haas aus Offenbach gegenüberstellen.

Für den Wahlkreis Lillenburg haben die Christlich-Sozialen den Redakteur des „Volk“, v. Dörken, als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Die armen Nationalliberalen. Im 9. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, den jetzt der freikonservative Vergath Merbach vertritt, beabsichtigt man für die nächste Wahl den Leiter der „Deutschen Tagesztg.“ Dr. Dertel anzustellen. Während der bisherige Abgeordnete des Kreises stets mit nationalliberaler Beihilfe gewählt wurde, geht der Nationalliberalen des Kreises ob der Kandidatur des Reichstagspräsidenten Dertel dem doch ein Gruen an. Einen agrarischen Hauptstamm möchten sie sich denn doch nicht aufotzieren lassen.

Solche Dinge sind freilich UBS für die Nationalliberalen. Aber was haben sie besseres verdient, nachdem sie stets, und besonders in Sachen, den Konservativen Schimpfgedienste geleistet haben, wenn sie jetzt mit den von ihnen selbst gepushten Schuppen einen Tag kommen, so ist das ihre eigene Schuld.

Der beleidigte Herr Thielen. Aus Breslau wird telegraphisch berichtet:

Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Redakteur Emil Reutrich von der sozialdemokratischen „Volksmacht“ wegen Beleidigung des Ministers Thielen und der Kommission von Beamten zur Untersuchung der Uebelstände im Eisenbahnwesen zu verantworten. Reutrich hatte in einem Beirartikel die Kommission scharf kritisiert. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Auf Grund der Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwält Hein, welcher hervorhob, daß das ganze deutsche Volk in jener Zeit durch die sich oft wiederholenden Eisenbahn-Unfälle sehr erregt gewesen sei und daß sogar streng konservative Blätter scharfe Artikel gegen die Eisenbahn-Verwaltung geschrieben hätten, billigte das Gericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zu und verurtheilte ihn zu 100 M. Geldstrafe, weil die Beleidigung eine äußerst grobliche gewesen sei. Das Gericht konstatierte, daß die Erregung über die Eisenbahn-Unfälle allgemein gewesen sei.

Herr Thielen hatte vor einigen Monaten eine Verfügung an die Eisenbahn-Direktionen ergehen lassen, sie mögen den Blättern, welche irrtige Dinge über Eisenbahn-Vorkommnisse mittheilen, Verichtigungen ergehen lassen. Das war vernünftig und machte guten Eindruck. Dieser gute Eindruck geht aber völlig verloren, sobald Herr Thielen die able Gewohnheit preussischer Bureaukratie annimmt, sofort wegen angeblich „beleidigender“ Ausdrücke zum Rabi zu laufen. Herr Thielen sollte seine Zeit lieber verwenden, um energisch für Reformen in seinem Eisenbahnbetrieb einzutreten und zur Ausfertigung von Strafanträgen sich überhaupt nicht herbeilassen.

Schwer begreiflich ist es, aber kennzeichnend für unsere Zustände, daß überhaupt die Stellung eines Antrages auf 9 Monate Gefängnis möglich ist gegen einen Redakteur, der im Interesse des Publikums Unzulänglichkeiten kritisiert und dabei vielleicht in seiner Ausdrucksweise nicht ganz höflich war.

Die bedrückende Häufung der Eisenbahn-Unfälle macht es zur Nothwendigkeit, auf jede Stimme zu hören, die auf Miltstände in der Verwaltung der Bahnen hinweist und Mittel vorschlägt, durch welche die Fehler und damit die Unglücksfälle vermieden werden könnten. Eine von dem Zugführer A. Grühl, der dreißig Jahre lang im Eisenbahndienst gestanden hat, verfaßte Schrift*) bezeichnet als Hauptursachen für die Unglücksfälle die schlechte Ausbildung der verschiedenen Kategorien von Eisenbahn-Beamten, die schlechte Vergütung und schlechte Behandlung der Unterbeamten und die Verwaltung vom grünen Tisch herunter ohne Kenntniss des praktischen Betriebes. Der genannte Beamte hält eine Ausbildung der Stations- und der oberen Verwaltungsbeamten im praktischen Fahrdienst für unerlässlich. Die Oberbehörden ergänzen sich nach ihm aus Personen, die entweder Jura oder das Bausachstudium haben, sie treten bei einer Betriebsinspektion oder gleich bei der Direktion ein und sind sofort Oberbeamte. Daß einer dieser Herren sich vorher ernstlich um den praktischen Dienst gekümmert hätte, hat der Verfasser niemals bemerkt. Das Stationspersonal besteht fast ausschließlich aus Militäranwärtern, so daß wirkliche Kenntnisse von denselben leider nicht verlangt werden können. Sie treten als Diatäre ein und werden irgend einer Station überwiesen. Hier lesen sie ein Jahr lang die Signalordnung, das Betriebs- und Polizeireglement und lernen telegraphiren. Wenn das Jahr um ist, werden sie von einem Regierungsrath und einem Betriebskontrollleur geprüft, obgleich der erstere nie und der letztere selten Betriebsbeamte waren. Es beschränken sich die geforderten Leistungen denn auch auf äußerliche Antworten aus den Instruktionbüchern, einen kleinen deutschen Kuffag und Rechnen. Davon, daß ein Militäranwärter im Examen durchgefallen wäre, hat der Ver-

*) Ursachen und Wirkungen im Eisenbahnbetrieb und deren Abhilfe. Von A. Grühl. Selbstverlag des Verfassers. Zu haben in der Polytechnischen Buchhandlung, Mohrenstr. 9, und bei Eugen Beer, Friedrichstr. 131c. Preis 1 Mark.

fasser nie gehört. Nach dem Examen sind die Geprüften sofort Betriebsbeamte und in Vertretung des Vorstehers die Vorgesetzten des gesamten Stations- und des Fahrpersonals.

Auch der Ueberlassung und schlechten Behandlung des Fahrpersonals wird ein Theil der Schuld an den zahlreichen Unglücksfällen zugeschrieben. So weist der Verfasser auf die auch bei schlechtem Wetter vielfach nach vorn gerichteten Bremsen hin und erzählt einen Fall aus seiner Praxis, der beweist, wie rücksichtslos das Fahrpersonal oft behandelt wird. „An einem Herbstabend war ich gezwungen (nachdem ich den Stationsbeamten fast süßlich, aber vergeblich gebeten hatte, mit Rücksicht auf das furchterliche Wetter und unter Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der Befehle einer solchen Bremsen, eine Kastenbremse einzustellen oder doch wenigstens die vorhandene drehen zu lassen), einem Schaffner eine solche Bremse anzuweisen zu müssen. Nach beendeter Fahrt erklärte mir dieser Schaffner, daß er von Nauen bei Wittenberge, als 4 1/2 Stunden, mit vollständig durchnässter Kleidung im Wasser gefahren habe und daß diese Fahrt ihm den Tod bringen werde. In der That fing er nach einigen Wochen an zu klagern, und nach einiger Zeit mußte er, so sehr er sich auch im Hinblick auf Frau und drei Kinder hiergegen krähte, das Fahren aufgeben. Kurz nach einem Jahr war er todt.“ Wie wenig Männer, die in solcher Weise verwendet werden, geeignet sind, auf die Sicherheit des Juges zu achten, liegt auf der Hand.

Was nun die dem Staat besser ersichtliche Ausbildung der Beamten anlangt, so giebt es nach dem Verfasser keinen anderen Weg, um brauchbare Betriebsbeamte heranzubilden, als die Praxis. Die erreichte Sicherheit im Eisenbahnbetriebe sei nur dann gewährleistet, wenn sämtliche Betriebsbeamte, und hierzu gehören das Verwaltungs-, Stations-, Lokomotiv- und Fahrpersonal, nicht nur die Signalordnung und das Polizei- und Betriebsreglement genau kennen und anzuwenden verstehen, sondern auch aus eigener praktischer Erfahrung alle Betriebsvorrichtungen und besonders das rollende Material insofern gründlich kennen, als es im Betriebe gefährlich werden kann. Hierzu wären beispielsweise gehören die Thürverchlüsse aller Wagengattungen, dieäder und die Achsenlager, die Puffer und die Verkupplungen, die Funktionweise der verschiedenartigen Bremsen etc. So bis ins Einzelne gehend müßte allem auch das Stationspersonal im praktischen Fahrdienst ausgebildet sein, um dann auch schwierigen Situationen gewachsen zu sein. Jugu spaltungsmäßig oder oft den Gehaltsgang auf allen folgenden Stationen zu führen hier und da eine so kritische Lage herbei, die nur von einem vielerfahrenen Praktiker beherrscht werden kann. Man darf sich also nicht wundern, daß in einer solchen kritischen Lage, wo alle Anforderungen an den praktischen Betriebsbeamten mit größter Sicherheit ausgeführt werden müssen, ein unerfahrener und ungeschuller Mann den Kopf verliert und nun namenloses Unglück anrichtet.

Wie die Liebesgaben für die Ueberschwemmten in Verwertung finden. Unter dieser Epithete wird geschrieben: Auf einem Bahnhofe in der Nähe von Forst N.E. kommen mehrere Waggons Kartoffeln für die Ueberschwemmten der Reichsbedler an. (Die Kartoffeln werden zu sehr billigen Preisen in den Provinzen Bosen und Preußen angekauft und frachtfrei an die verschiedenen Hilfskomitees verandt.) Hier verarmten sich also die armen nothleidenden Gemeindeglieder auf dem Bahnhofe, um für billiges Geld die Kartoffeln in Empfang zu nehmen. Ein Bauer nun bringt es fertig, fährt mit seinen Kartoffeln vom Bahnhofe weg in die nicht nothleidende Gemeinde und verkauft seine Liebesgabe mit erheblichem Profit, weil er ja zu Hause schon mehr Kartoffeln hat, als er in anderen Jahren zu ernten pflegt. Einem Zweiten wird die Zeit zu lang, er sagt: „Ach was werde ich hier so lange warten, ich habe Kartoffeln genug zu Hause“, wendet sein Fuhrwerk und fährt leer nach Hause. Da ist die Mahnung wohl angebracht, daß die Herren von den Hilfskomitees bei der Vertheilung der Liebesgaben etwas vorsichtiger sind, damit nicht die Wohlhabenden, sondern die wirklich Nothleidenden dieselben bekommen.

Die Ueberschwemmten in der Provinz Pommern haben durch die Ueberschwemmung der Provinz Pommern durch Abbruch eines Zweigkanals zwischen Tob und K... zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war.

Ein Beitrag zur Anwendung des § 193 des Str.-G.-B. Vom Schöffengericht in Reichenbach in Schlesien war am 20. Oktober er. der Redakteur des „Prekuriens“ aus dem Gutsbezirke zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er den Landtags-Abgeordneten Schoof durch eine Notiz im genannten Blatte, die sich mit dem bekannnten Austritte des Abgeordneten zu Gunsten der preussischen Vereinsgesetz-Novelle beschäftigte, beleidigt haben sollte. Während nun in verschiedenen ähnlichen Prozessen der neueren Zeit dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrung berechtigter Interessen) zugestanden worden war, war dies dem Angeklagten hier verweigert worden. Der angeklagte Redakteur hatte jedoch in demselben Hofeil erster Instanz Verurteilung eingelegt, die am 8. November per. die Strafkammer des Landgerichts in Schwabach zu Gunsten hatte. In der Begründung des Urtheils erster Instanz heißt es: „Das Vorhandensein berechtigter Interessen ist dann anzunehmen, wenn das Interesse, für das der Thäter kämpfte... den Thäter selbst in keiner Weise berührt.“ Der letzte der Angeklagte mit der Begründung seiner Verurteilung ein und führte etwa folgendes aus: Unwissenheit wäre er doch in seinen Interessen als Staatsbürger auf das schwerste geschädigt worden, wenn die Vereinsgesetz-Novelle Annahme gefunden hätte; deshalb hätte er, als er sich gegen den Abgeordneten Schoof wandte, entschieden in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, und er glaube dieses Recht um so mehr für sich in Anspruch nehmen zu können, als in einem ähnlichen Prozeß das Landgericht in Magdeburg erkannt habe, daß der Schutz des § 193 in Anwendung zu kommen habe, wenn es sich um Wahrung staatsbürgerlicher Rechte handle. Dem Präses Thimmel sei beim Landgericht in Ebersfeld dieser Paragraf ebenfalls zu gute gekommen, trotzdem er die schwierigen Punkte gegen eine Anzahl Personen gerichtet hatte. Der Angeklagte v. Stumm, der den Abgeordneten Edder den Vater der Angeklagten genannt habe, habe dieselbe Wohlthat genossen. Das Urtheil solle von dem Landrath v. Puttkamer-Stolz, dem Präses Thimmel und dem Präses Mannann. Er (der Angeklagte) habe deshalb, was diesen Herren recht sei, müsse ihm als Staatsbürger auch billig sein.

Der Staatsanwalt hielt es nicht für möglich, ein Wort zur Begründung seines Antrages auf Verweisung der Sache zu sagen. Das Gericht erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts unter der Begründung, daß der Angeklagte, in berechtigten Interessen hätte wahren können, da der Angeklagte seinen Abgeordneten an der Zustimmung zu der Vereinsgesetz-Novelle gehindert hätte.

Zur Handhabung der Versammlungsrechte in Oberschlesien. In der wasser Nr. 255 auf Grund einer Privatdepesche geschickten, die den Bedenken zur Verhinderung einer sozialdemokratischen Versammlung spielte sich, wie wir berichtend mittheilen, nicht in Reichenbach, sondern in Foremba ab.

Brandstiftung. 3. Dezember. Das gegen die welfischen Vereine gerichtete Verbot, die öffentlichen Aufschlagsläden zu besetzen, ist zur Bekanntmachung worden.

Treiben. 8. Dezember. Reichsgerichtsrath Steingel kritisierte heute im nationalliberalen Reichsverein Sach die Militärs-Strafprozesse. Vortage Die Versammlung erklärte, der Reichstag werde hoffentlich die schweren Mängel derselben beseitigen.

Treiben. 8. Dezember (Eig. Ber.) Die welfischen Vertreter des Landtages sangen heute wieder einmal das bekannte schöne Lied von der Nothlage der Landwirtschaft. Die Regierung habe ihnen drei Gesekentwürfe vorgelegt, die die Einziehung einer allgemeinen verbindlichen Schatzsteuer und die Abschaffung der Steuer, ferner die königliche Schatzverwaltung, und endlich die Bekämpfung der Miltärdiabetes bezwecken, und diese Gelegenheit

Konnten sie nicht vorübergehen lassen, ohne der Regierung ihre zahlreichen Herzenswünsche zu offenbaren. Diese Wünsche richteten sich namentlich gegen die Einfuhr minderwertigen billigen Fleisches aus schärflichen Orten, um die schädlichen Viehproduzenten nicht zu schädigen. Im großen und ganzen stimmen die Konservativen den Gesetzentwürfen an, nur der Entwurf über die Bekämpfung der Rinderpestulose findet bei ihnen größere Beachtung. Die Nationalliberalen erklären ihre einmütige Zustimmung zu allen drei Entwürfen, namentlich auch zu dem dritten Entwurf, der auch hinsichtlich des Rahmens für die menschliche Gesundheit der wichtigste sei. Fräulein v. Frick erklärt namens der Sozialdemokratie die Sympathie der Partei für diese Gesetzentwürfe. Die Regierung verwickelte damit nur eine alte sozialdemokratische Forderung, die Diebstahl bereits 1880 im Landtage erhoben. Die Kontrolle bei Viehschlachtungen könne nicht streng genug sein, denn dieses Fleisch sei zumeist für gesunde und Dienstboten bestimmt, die Herren aber, die hier eine lange Handhabung der Kontrolle verlangen, würden sich für den Genuss dieses Fleisches bedanken. Redner knüpft seine Zustimmung an den Nachweis der voraussetzlichen Kosten. Die Konservativen sträubten sich gegen den Entwurf über die Rinderpestulose, weil sie nicht wünschen, daß die Polizei ihre Nase in ihre Angelegenheiten stecke. Sie seien aber ja sonst immer für die Polizei, besonders wenn es sich um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung handle. Der Minister des Innern verwarf die Sozialdemokratische Forderung gegen die Konservativen. Der Entwurf über die Rinderpestulose trage nicht nur zur Hebung der Viehwirtschaft, sondern auch zur Verbesserung der Viehhaltung bei und liege darum auch im speziellen Interesse der Landwirtschaft. Der Minister sagt, soweit nicht Holzverträge etc. dem entgegenstehen, möglichst Berücksichtigung der konservativen Wünsche zu. Wenn Fräulein v. Frick behauptet, daß diese Gesetze schon früher von der Sozialdemokratie gefordert werden, freue es ihn nur, eine gerechte Forderung der Sozialdemokratie erfüllen zu können, wie die Regierung überhaupt die gesetzlichen Forderungen der Sozialdemokratie zu erfüllen bereit sei. (Zurück links: Nach 25 Jahren!) Die Zuschüsse der Regierung würden sich auf 284 000 M. jährlich belaufen. Eine große Anzahl konservativer Redner äußerten sich noch über die Vorlagen, ohne neues dafür oder dagegen vorzubringen. Georgi (natl.) bestritt, daß die Sozialdemokraten feinerzeit in besonderer Weise für solche Forderungen, wie die vorliegenden, eingetreten seien. Goldner (Soz.) tritt dem entgegen und meint, wenn Abg. Steiger (L.) Fräulein v. Frick Gemeinheit vorgeworfen, so sei die Verkürzung des Wahlrechts und des Versammlungsrechts seitens der Konservativen eine noch viel größere Gemeinheit. (Ordnungsruf.) Fräulein v. Frick liest den Konservativen noch gehörig den Text über die von ihnen befohlene Schädigung der Volksinteressen, und wird wegen dieses Aneinanderes zur Ordnung gerufen. Die Gesetzentwürfe werden der Gesetzentwurfdeputation überwiesen.

München, 9. Dezember. Kammer der Abgeordneten Bei der Wahl zum Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete Fuchs (B.) mit 70 Stimmen gewählt, während 51 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben wurden. Abg. Fuchs lehnte jedoch die Wahl ab. Darauf wurde mit 80 Stimmen gegenüber 52 unbeschriebenen Zetteln der Abgeordnete Ludwig v. Keller (Freis.) gewählt. Auch bei der Wahl der beiden Schriftführer gab das Zentrum unbeschriebene Zettel ab. Es wurden die Liberalen Wagner und Söder gewählt, so daß namentlich das Zentrum im Bureau der Kammer nicht mehr vertreten ist.

Wien, 9. Dezember. Seitens der Linken wurde heute ein Communiqué ausgegeben, in welchem es heißt, daß die seit dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Herrn v. Gautschi zwischen diesen und den Parteien der Linken geführten Verhandlungen vorläufig zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Ministerpräsident habe dem Abgeordneten Frick mitgeteilt, daß er die Verhandlungen derzeit als abgeschlossen betrachte. Die Obmannkonferenz der deutschen Linken, die heute nochmals im Abgeordnetenhaus versammelt gewesen sei, hätte die besondere Wichtigkeit anerkannt, welche die Wiederaufnahme ordnungsgemäßer Verhandlungen des Parlaments im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Stellung Oesterreichs gehabt hätte und bedauerte daher, daß das vorgelegene Verhandlungsprotokoll die Erreichung des angestrebten Zweckes nicht herbeiführt hätte. Nichtsdestoweniger seien die Obmänner bereit, die Verhandlungen im geeigneten Momente fortzusetzen und mitzuwirken an der Beseitigung der Differenzen in Böhmen und Mähren und an der Herstellung geordneter nationaler Verhältnisse zwischen den beiden Volksteilen dieser Länder.

Wien, 9. Dezember. Die österreichische Delegation nahm das Marinebudget an. Vize-Admiral Baron Span hatte erklärt, die Verhältnisse der Marine, insbesondere bezüglich der Panzerschiffe und Maschinen lägen ziemlich ungünstig. Die österreichisch-ungarische Kriegsmarine bedürfe einer bedeutenden Verstärkung.

Prag, 9. Dezember. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch sind 64 Personen verhaftet worden, darunter 24 wegen Diebstahls, fünf wegen Verdachtes der Plünderung und wegen des Verdachtes, einige Fensterheben in dem allgemeinen Krankenhaus eingeschlagen zu haben. Ein 17-jähriger Lappenzerschnitzler ist verhaftet und dem Strafgerichte eingeliefert worden.

Prag, 9. Dezember. Kaiser Franz Josef spendete 1500 Gulden für die bei den jüngsten Straßenunfällen in Prag verwundeten Unteroffiziere und Mannschaften.

Das Korpskommando hat dem Staatsanwalt die Anzeige erstattet, daß am 1. d. M. eine Patronen des 7. Dragoner-Regiments aus dem Fenster eines Hauses am Altstädter Ring mit siedendem Wasser begossen wurde.

Brünn, 9. Dezember. Gestern fand hier eine Versammlung radikaler Jungmänner statt. Nach Schluß derselben wollten die Teilnehmer an der Versammlung, nationale Nieder singend, durch die Stadt ziehen, wurden jedoch von der Wache zersprengt. Es fanden Gegenkundgebungen Deutscher, weißer Studenten und junger Burshen, statt, die ebenfalls von der Wache zersprengt wurden. 24 Personen, darunter viele Mittelschüler, wurden verhaftet. Die Kundgebungen trugen keinen ernstlichen Charakter.

Budapest, 9. Dezember. Das Abgeordnetenhaus schloß die Debatte über die Art der Verhandlung der Provisoriumsvorlage fort. Franz Sima tabelte die Nationalpartei, daß sie in diesem Kampfe die ähleren Linke nicht unterstütze. Polanyi richtete die Anfrage an die Regierung, in welchem Stande sich die Quotenfrage befinde.

Ob es der Opposition mit ihrer Obstruktion gelingen wird, die Verhandlung des neuen Ausgleichsprojektoriumsgesetzes zu hintertreiben, kann noch nicht gesagt werden.

Budapest, 9. Dezember. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Minister für Kroation v. Josipovich und dem Finanzminister v. Lukacs über das Schatzregal in Kroation sind freundschaftlich beglichen worden, so daß v. Josipovich im Amte verbleibt.

Luxemburg, 8. Dezember. (Frankf. Ztg.) Nach zehntägiger Debatte nahm im letzten Augenblicke die Kammer mit 27 gegen 18 Stimmen die Aenderung des Schulgesetzes an, wonach die Mitwirkung der Lehrer beim Religionsunterricht erweitert wird. Bewährte Freunde des Staatsministers stiegen ab und stimmten gegen die Regierung, deren Stellung, wie allgemein angenommen wird, geschwächt ist.

Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Bäume seinem jungen Leben ein gewaltsames Ende. Auch in diesem Falle will man an maßgebender Stelle die Beweggründe der That nicht kennen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse Dem „Reichs-Tagblatt“ zufolge wurde der „Kladderadatsch“ vom 28. November nachträglich auch in der kaiserlichen Residenz Greiz beschlagnahmt.

In voller Öffentlichkeit wurde gestern wegen Beleidigung des Kaisers von der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Rüricher Klaus verhandelt. Der Angeklagte machte am 8. November dieses Jahres, nachdem er eben erst eine Freiheitsstrafe verbüßt hatte, in der Münzstraße Spettakel, wurde deshalb von einem Schuhmann festgenommen, erklärte diesem, daß er wieder in's „Loch“ hinein wolle, weil es ihm dort so gut gefallen habe, nur deshalb mache er einen solchen Spettakel, und fügte schließlich in bezug auf die Reiten des Kaisers eine beleidigende Aeußerung hinzu. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnis und wegen groben Unlugs zu 4 Wochen Haft, welche durch die Untersuchungshaft für verbißt erachtet wurden.

Zu derselben Zeit wurde ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Paul Taube verhandelt. Auch hier fand ein Ausschluß der Öffentlichkeit nicht statt. Taube sah angetrunken in einem Lokale mit mehreren Bekannten beim Bier, es wurde politisch gekonspiziert und mit schwer lösender Stimme that der Angeklagte die beleidigende Aeußerung, welche ihm 3 Monate Gefängnis einbrachte.

Oesterreich.

Wien, 9. Dezember. Das offizielle „Freundenblatt“ stellt fest, daß ungeachtet der augenblicklichen Erfolglosigkeit der zur Klärung der parlamentarischen Lage geführten Verhandlungen sich zwischen den Parteien eine Annäherung in wichtigen und praktisch bedeutsamen Punkten ergeben hat, da die Deutschen sowohl wie die Tschechen bedeutend konzipionter auftreten. Wenn diese Annäherung durch die unausbleibliche weitere Ernüchterung eine Vertiefung findet, kann sich schließlich in nicht ferne Zeit für die Regierung die Möglichkeit einstellen, über die Differenzen hinaus, welche die Parteien zum Schluß noch getrennt haben, zur Reaktivierung des Parlamentes zu gelangen, welchem Ziele gewiß alle Parteien gleich aufrichtig zustreben.

Wien, 9. Dezember. Seitens der Linken wurde heute ein Communiqué ausgegeben, in welchem es heißt, daß die seit dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Herrn v. Gautschi zwischen diesen und den Parteien der Linken geführten Verhandlungen vorläufig zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Ministerpräsident habe dem Abgeordneten Frick mitgeteilt, daß er die Verhandlungen derzeit als abgeschlossen betrachte. Die Obmannkonferenz der deutschen Linken, die heute nochmals im Abgeordnetenhaus versammelt gewesen sei, hätte die besondere Wichtigkeit anerkannt, welche die Wiederaufnahme ordnungsgemäßer Verhandlungen des Parlaments im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Stellung Oesterreichs gehabt hätte und bedauerte daher, daß das vorgelegene Verhandlungsprotokoll die Erreichung des angestrebten Zweckes nicht herbeiführt hätte. Nichtsdestoweniger seien die Obmänner bereit, die Verhandlungen im geeigneten Momente fortzusetzen und mitzuwirken an der Beseitigung der Differenzen in Böhmen und Mähren und an der Herstellung geordneter nationaler Verhältnisse zwischen den beiden Volksteilen dieser Länder.

Wien, 9. Dezember. Die österreichische Delegation nahm das Marinebudget an. Vize-Admiral Baron Span hatte erklärt, die Verhältnisse der Marine, insbesondere bezüglich der Panzerschiffe und Maschinen lägen ziemlich ungünstig. Die österreichisch-ungarische Kriegsmarine bedürfe einer bedeutenden Verstärkung.

Prag, 9. Dezember. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch sind 64 Personen verhaftet worden, darunter 24 wegen Diebstahls, fünf wegen Verdachtes der Plünderung und wegen des Verdachtes, einige Fensterheben in dem allgemeinen Krankenhaus eingeschlagen zu haben. Ein 17-jähriger Lappenzerschnitzler ist verhaftet und dem Strafgerichte eingeliefert worden.

Prag, 9. Dezember. Kaiser Franz Josef spendete 1500 Gulden für die bei den jüngsten Straßenunfällen in Prag verwundeten Unteroffiziere und Mannschaften.

Das Korpskommando hat dem Staatsanwalt die Anzeige erstattet, daß am 1. d. M. eine Patronen des 7. Dragoner-Regiments aus dem Fenster eines Hauses am Altstädter Ring mit siedendem Wasser begossen wurde.

Brünn, 9. Dezember. Gestern fand hier eine Versammlung radikaler Jungmänner statt. Nach Schluß derselben wollten die Teilnehmer an der Versammlung, nationale Nieder singend, durch die Stadt ziehen, wurden jedoch von der Wache zersprengt. Es fanden Gegenkundgebungen Deutscher, weißer Studenten und junger Burshen, statt, die ebenfalls von der Wache zersprengt wurden. 24 Personen, darunter viele Mittelschüler, wurden verhaftet. Die Kundgebungen trugen keinen ernstlichen Charakter.

Budapest, 9. Dezember. Das Abgeordnetenhaus schloß die Debatte über die Art der Verhandlung der Provisoriumsvorlage fort. Franz Sima tabelte die Nationalpartei, daß sie in diesem Kampfe die ähleren Linke nicht unterstütze. Polanyi richtete die Anfrage an die Regierung, in welchem Stande sich die Quotenfrage befinde.

Ob es der Opposition mit ihrer Obstruktion gelingen wird, die Verhandlung des neuen Ausgleichsprojektoriumsgesetzes zu hintertreiben, kann noch nicht gesagt werden.

Budapest, 9. Dezember. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Minister für Kroation v. Josipovich und dem Finanzminister v. Lukacs über das Schatzregal in Kroation sind freundschaftlich beglichen worden, so daß v. Josipovich im Amte verbleibt.

Luxemburg, 8. Dezember. (Frankf. Ztg.) Nach zehntägiger Debatte nahm im letzten Augenblicke die Kammer mit 27 gegen 18 Stimmen die Aenderung des Schulgesetzes an, wonach die Mitwirkung der Lehrer beim Religionsunterricht erweitert wird. Bewährte Freunde des Staatsministers stiegen ab und stimmten gegen die Regierung, deren Stellung, wie allgemein angenommen wird, geschwächt ist.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Frankreich. Paris, 8. Dezember. (Sig. Ver.) Schreuer-Kestner's Interpellation über die Dreyfus-Affäre hat einige wichtige Punkte aufgehehlt. Der Interpellant durfte, ohne von den Ministern dementirt zu werden, die ungewöhnlichen Worte aussprechen, daß die Verurteilung des Dreyfus einzig auf dem Vorderbaur beruhe. Demnach fällt die von Meline im Senat wiederholte Behauptung, die schwebende Eberhays-Affäre habe mit der Dreyfus-Affäre nichts zu thun, in sich zusammen. Es ist eine feige und plumpe Zweideutigkeit zum Zwecke der Verhöhnung der von den chauvinistischen Schreibern terrorisirten öffentlichen Meinung. Ferner erlangte Schreuer-Kestner vom Kriegsminister die Versicherung, daß das Vorderbaur einer neuen Panzerschiffen-Expedition unterzogen werden. Und was die Behauptungen des Kriegsministers bezug auf die Schuld des Dreyfus betrifft, so schwächte Meline dieselben in einem Grade ab, daß sie nur noch eine rein formale Bedeutung behalten. Der Kriegsminister, meinte Meline, sei als oberster Chef der Armee verpflichtet, die Gerechtigkeit des kriegsgerichtlichen Urtheils anzuerkennen. Schließlich hat Schreuer-Kestner die beiden Minister zum Geständnis gezwungen, daß sie in der Sonnabend-Sitzung der Kammer gelogen haben, indem sie behaupteten, von ihm keine Dokumente „bekommen“ zu haben. Die Wörtlein: „bekommen“ wurde absichtlich gebraucht, um sich dann herauszulassen zu können.

Sie haben nur in dem Sinne keine Dokumente „bekommen“, daß sie die ihnen von Schreuer-Kestner vorgelegten Dokumente nicht in Empfang nehmen wollten. Doch die Lügen der gegenwärtigen Minister sind nicht mehr zu zählen. Das ist ihre wichtigste Waffe im parlamentarischen Redekampf. Beachtenswerth ist der Gegensatz zwischen den Ausführungen Meline's in der Kammer und im Senat. Dort, angeführt der kaiserlichen chauvinistischen Aufregung, suchte Meline jeden Schein der Ideengemeinschaft mit den Anhängern der Revision des Dreyfus-Prozesses abzuwehren. Hier, im Senat, wo er Schreuer-Kestner und dessen Freunden Rede und Antwort stehen mußte, hätte er sich nicht nur vor jeder Parteinahme, sondern er suchte sogar durch die erwähnte Abchwägung der Erklärungen des Kriegsministers die Revisionsfreunde verächtlich zu stimmen. Ein weiteres Merkmal des zweideutigen Verhaltens der Regierung in der ganzen Affäre. Der Senat hat einstimmig bei Enthaltung der radikalen Minorität, die Erklärungen der Minister, einschließlich des Eingeständnisses der Lüge, genehmigt. Auch Schreuer-Kestner stimmte für das Vertrauensvotum. Der Mann muß mit einer grenzenlosen Vertrauensseligkeit ausgestattet sein.

Die antisemitischen Studenten versuchten gestern eine Straßendemonstration vor dem Senat und gegen den „Figaro“. Wie die Alten tungen, so zwitschern die Jungen. Es ist ein Glaubens- und Programmartikel der erwachsenen französischen Antisemiten, daß Dreyfus ein Verräther ist. Die Kundgebung mißlang völlig. In ihren besten, d. h. vor der Polizei geführten Augenblicken zählte sie höchstens 200 Madamacher. Drumont und Rochefort versichern aber, daß Dreyfus' Rehabilitation das Signal zu Parliamentskämpfen wäre. . .

Rom, 9. Dezember. Zanardelli nahm das Justizportefeuille an; auch Visconti Venosta erklärte sich nach einer Unterredung mit Rudini bereit, das Ministerium des Aeußern wieder zu übernehmen.

Das Verbleiben der Minister di Rudini (Präsidentium und Inneres), Brin (Marine), Luzzatti (Schaz) und Cobronchi (Austerrich) wird für sicher gehalten. General San Marzano soll sich zur Uebernahme des Kriegsportefeuilles bereit erklärt haben. Bezüglich der übrigen Ministerien dauern die Unterhandlungen fort, doch ist noch nichts Endgiltiges bekannt.

Mailand, 9. Dezember. In Modena drangen gestern 400 Arbeiter ins dortige Rathaus ein und verlangten unter Drohungen Brot und Beschäftigung. Militär wurde aufgeboten, die Lage bleibt sehr gespannt.

Amerika. Rio de Janeiro. (Times.) Der französisch-brasilianische Schiedsgerichts-Vertrag hat die Genehmigung des Präsidenten erhalten. Ferner ist dort ein Zollgesetz angenommen worden, welches für den Handel ungünstige Änderungen im Tarif einführt. . .

Parlamentarisches.

Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Plenarsitzung dem Auswahnausschuß die Vorlage, betreffend den Entwurf von Grundgesetzen für die Handhabung von Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über den Gewerbebetrieb in Unerreichten, insbesondere über die Mitführung von Kindern, die Zustimmung, ebenso dem Ausschussentwurf zu den Entwürfen eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeß-Ordnung sowie eines Gesetzes, betreffend Aenderungen der Zivilprozeß-Ordnung und eines zugehörigen Einführungsgesetzes.

Die Kommission zur Vorberathung eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit hielt gestern ihre erste Sitzung ab. In derselben wurden die ersten acht Paragraphen im wesentlichen unverändert angenommen. Unsere Genossen in der Kommission haben eine Reihe von Aenderungsanträgen gestellt. Von ihnen haben wir folgende drei hervor. Ein Antrag fordert Aufhebung des Anwaltszwangs für die Beschwerde-Zustanden. Für das Vormundschaftsgericht wird verlangt, daß dies nur unter Zuziehung zweier Schöffen Bescheid fassen dürfe. Endlich wird den bekannten Mißständen bei Abnahme von Eiden gegenüber beantragt: „dem § 14 als zweiten Absatz zuzufügen: „Der Eid darf nur nach beendeter Vernehmung abgenommen werden. Vor der Vernehmung sind dem Zeugen oder Sachverständigen die seiner Aussage entgegenstehenden Bekundungen und dem Gericht bekannten Beweismittel bekannt zu machen. Ein Richter, der diese Bekanntmachung unterläßt oder mit der Sache in keinem Zusammenhang stehende Fragen an den Zeugen oder Sachverständigen richtet, ist wegen Nichtleistung zum Reineid unter Anklage zu stellen. Dasselbe hat zu geschehen, wenn der Richter sich unterläßt, dem Zeugen oder Sachverständigen Fragen darüber vorzulegen, welche Ansichten eine Religionsgesellschaft oder Anhänger einer politischen Partei über den Eid haben.“ Die nächste Sitzung der Kommission findet heute Vormittag statt.

Partei-Nachrichten.

Unser Züricher Parteigenosse Conrad Conzett ist am Mittwoch, den 8. Dezember, im Züricher See ertrunken. Er hat, wie die „Zürcher Post“ mittheilt, von Sorgen und Gram umnachtet, den Tod selbst gesucht. Zu geschäftlichen Mähen und Plagen kam, daß einer seiner Söhne im Militärdienste schwer verunglückte; das Verden, dem der Sohn verfiel, beugte auch den Vater.

Für die Sozialdemokratie, speziell die Züricher Parteigenossen ist Conzett's Tod ein schwerer Verlust. Wenn im letzten Jahrzehnt gerade in Zürich die Arbeiterklasse mehr und mehr sich der Sozialdemokratie angeschlossen hat und diese heute zu einer achtunggebietenden, einflussreichen politischen Partei nicht bloß im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Eidgenossenschaft geworden ist, die in den Gemeinden wie Regierungen-Behörden ihre Vertreter ebenso hat wie in den Kantonsräthen und im Nationalrath, so darf man von diesem Erlöse ein gut Theil dem agitatorischen Eifer und Geschick des Genossen Conzett zuschreiben. Conzett, der kaum 45. Lebensjahr erreicht haben dürfte, war ein geborener Graubündner aus Chur und von Beruf Schriftsetzer. In jungen Jahren schon zog er über's Meer nach Amerika, wo er gar bald in die sozialistische Arbeiterbewegung hineingezogen wurde, in der er, entsprechend seiner Intelligenz wie Arbeitslust und Arbeitskraft, rasch in die vordersten Reihen gedrängt wurde. Er gehörte — 1875 oder 1876 — zu den Gründern der „Arbeiter-Zeitung“ in Chicago, die damals als Wochenblatt erschien und zu deren Herausgänger Conzett aus seinen Ersparnissen und mit Hilfe der Chicagoer Genossen eine eigene Schererei errichtete, so daß er Scher und Redakteur in eigener Person war. In zahlreichen Vorträgen, die über populäre Fassung wegen vielfach nachgedruckt wurden, propagirte er mit großem Erfolge die Lehren der Sozialdemokratie.

Um das Jahr 1880 herum kehrte Conzett in seine Heimath zurück, gründete in Chur eine eigene Druckerei und gab den sozialdemokratischen „Volkfreund“ heraus. Unter steter Anspornung an die kleinbürgerlichen Verhältnisse seines Graubündens und unter vorsichtiger Ausbildung des demokratischen Charakters der dortigen Bevölkerung schuf er in verhältnismäßig kurzer Zeit die Grundlagren einer Bewegung, die das liberale Graubündener Regiment erfolgreich bekämpfte und schließlich stürzte. Seinem Einfluss und seiner eifrigen Thätigkeit war es zu danken, daß der sozialistische internationale Weltkongress, der während des Sozialistengesetzes nach Zürich einberufen war, in Chur tagen konnte, nachdem es den wässren demagogischen Agitationen der Züricher Liberalen und reaktionären Chauvinisten gelungen war, ein vom Bundesgericht behätigtes Verbot des Kongresses seitens der Züricher Regierung mittels einer von ca. 80 000 Unterschriften bedeckten Petition herbeizuführen. Anderthalb Jahre später siebelte er nach Zürich über, übernahm die Redaktion der „Arbeiterstimme“, des schweizerischen sozialdemokratischen Zentralorgans (der früheren „Gruener“ „Tagwacht“), sowie

Die Zeitung der Schweizerischen Vereins-Verleger in Solingen, in deren Verlag auch der „Sozialdemokrat“ erschien.

Die damaligen Verhältnisse der Schweizerischen sozialdemokratischen wie der Gewerkschaftsbewegung waren ziemlich verfahren, der finanzielle und Abnehmerstand der „Arbeiterstimme“ keineswegs erfreulich; dem Gesicht, dem Agitationsreifer und dem persönlichen Einflusse Conzett's gelang es, vorhandene persönliche Gegenstände zu mildern und auszugleichen und frisches Leben in die Agitation zu bringen, so daß bald sowohl der Abnehmerstand der „Arbeiterstimme“ wie die Bedeutung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung überhaupt sichtlich von Tag zu Tag stieg.

Die deutsche Sozialdemokratie ist dem Genossen Conzett noch zu besonderem Danke verpflichtet. Als es dem brutalen Druck der Bismarck-Puttammer'schen Regierung, die in der liberalen und reaktionären Bourgeoisie des Kantons Zürich eine bereitwillige und einflussreiche Stütze fand, gelungen war, die Bundesregierung der Kleinen Schweiz zum Einschreiten gegen den Züricher „Sozialdemokrat“ zu zwingen, infolge dessen dann über unsere Genossen Berner, Motteler, Schlüter und Tauscher die Ausweisung verhängt wurde, da trat bis zur Ueberfabelung des „Sozialdemokrat“ nach London Genosse Conzett mit seiner Person in die Schranken und vereitelte damit die erhoffte Unterdrückung des der deutschen Regierung so unangenehmen Blattes. Bei allem schweizerischen Patriotismus, von dem Conzett durchdrungen war, war er zugleich im Innersten seines Wesens überzeugter internationaler Sozialdemokrat.

In Zürich gründete Conzett, der ein überaus umsichtiger und praktischer Geschäftsmann war, später eine eigene Druckerei (die nachher in den Besitz des Christivereins überging) und schritt auch nach Niederlegung der Redaktion der „Arbeiterstimme“ zur Herausgabe eines für den Kanton Zürich bestimmten Wochenblattes, des „Zürcher Anzeigers“, das, ohne gerade offiziellen Parteicharakter zu tragen, selbstverständlich der sozialdemokratischen Agitation diene und bei allen Aktionen und Wahlkämpfen der Sozialdemokratie dieser rücksichtslos diene.

Conzett war der geborene Volkredner; einfach, klar, geradezu, mit einer gesunden Dosis Mutterwitz begabt, war er, der seinen Volksgenossen in Schweizer Dialekte oft bittere Wahrheiten sagte, trotzdem oder vielleicht gerade deshalb bei den Massen ungemessen beliebt und durch seinen herben Humor jedem Gegner gefährlich und überlegen. Bis in die letzten Tage diente er der Partei und war er von ihrem Vertrauen getragen.

Die Schweizer Genossen wie die deutsche Sozialdemokratie werden das Andenken des braven „Chueri“ (Conrad) Conzett dauernd in Ehren halten! —

Bei der Stadtverordneten-Neuwahl in Forst in der Provinz ist es nicht gelungen, unseren Kandidaten Delor durchzuführen. Die Verheiligung war im allgemeinen schwächer als bei der Hauptwahl. Damals wurden für unsere Kandidaten 244—254 Stimmen abgegeben, diesmal nur 242. Noch mehr sind die Stimmen der Gegner gesunken, und zwar von 470 bei der Hauptwahl auf ca. 400 bei der Stichwahl. Daß unsere Parteigenossen, die bekanntlich zum ersten Mal an der Stadtverordnetenwahl teilnahmen, keinen Erfolg erzielten, erklärt sich aus der Scheu, die ein großer Teil der Arbeiter Forst's noch vor der öffentlichen Stimmabgabe hat. Durch fortgesetzte Wahlheiligung unserer Partei wird diese Scheu überwunden werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
Der Parteigenosse Windhoff, Lokalfunktionär der „Niederrheinischen Volksblätter“, wurde vom Düsseldorf'schen Landgericht als Verurteilungsmittel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht hatte auf 100 Mark Geldstrafe erkannt, gegen welche Urteil sowohl vom Kläger wie vom Beklagten Berufung eingelegt worden war. Die Urheber der betreffenden Notiz, die vor dem Landgericht ihre Angaben nicht hatten beweisen können, wurden ebenfalls bestraft, und zwar mit 3 Monaten beziehentlich 14 Tagen Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Holzarbeiter-Verband. Der Werkstatt-Kontrollkommission für den Bezirk Moabit gehören nach den letzten Wahlen an: Hoffmann, Melis, Noltemeyer, Worm, Siege, Stach, Lemborg und Zehmer.

Die Brauerei Vagenhofer rücht uns davon Notiz zu nehmen, daß sie den Bauunternehmer Appel in Wittenberge, der, wie der „Vorwärts“ am Mittwoch an dieser Stelle mitteilte, dort für genannte Brauerei neue Kellereien erbaut, nicht auf einen bestimmten Termin festgelegt habe, diesen somit auch nicht habe verlängern können. Gleichfalls sei gestern der Bauunternehmer brieflich benachrichtigt worden, die Forderungen der Arbeiter rückhaltlos anzuerkennen.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik der Zwicker bei Barchard u. Sohn dauert unverändert fort. Die Firma Gotthardt Enke in Barchard sucht in verschiedenen Blättern Zwicker anzuwerben. Enke hat jedoch nicht die Absicht, die Zwicker in seiner Fabrik zu beschäftigen, sondern sie nach Leipzig zu schicken, wo sie bei der Firma Barchard u. Sohn Streikbrecherdienste verrichten sollen. Es wird deshalb gebeten, den Zutritt fernzuhalten.

Der Streik der Weber bei der Firma Gebr. Wallach in Aachen ist beendet. Wie die Aachener Blätter berichten, wurden von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht. Alle Ausständigen sollen die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Gründung eines Waldarbeiter-Verbandes des Herzogtums Gotha wurde am Sonntag in Schwarzwald perfekt. Nach einem Referat des Genossen Bod-Gotha wurde ein von demselben entworfenes Statut in den Hauptzügen angenommen und ein aus 7 Personen bestehender Vorstand gewählt. Der Sitz des Verbandes ist Schwarzwald, jedoch sollen noch an verschiedenen Stellen Ortsvereine gegründet werden.

Die Handschuhmacher der Firma Jungmann in Breslau haben mit einem teilweisen Erfolg ihren Streik beendet. Die Firma bewilligte eine Lohnerhöhung von 7 pCt., mit welcher sich eine am Dienstag abgehaltene Versammlung der Ausständigen einverstanden erklärte. Die Arbeit wird laut Beschluß am Mittwoch, den 8. Dezember, wieder aufgenommen. Der Streik hat drei Wochen gedauert; über Streikbrecher war nicht zu klagen.

In der Wäffelabrik von Passner u. Schönher in Treuen im Vogtlande sind Differenzen ausgebrochen. An Stelle der jetzt geschäftlichen Arbeitszeit soll die eifständige Arbeitszeit eingeführt werden.

Der Steinarbeiterstreik in Selb (Bayern) dauert fort. Die Firma Reich suchte die Arbeiter dadurch einzuschüchtern, daß sie ihre Arbeit an die Firma Wäffel übergab. Die Arbeiter haben aber beschloffen, diese Zumuthung zurückzuweisen.

Ausland.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer ist wenig Neues zu sagen. Die Zee, einen Gewerkschaftskongress einzuberufen, beginnt festere Gestalt anzunehmen. Es ist beabsichtigt, ein Komitee einzusetzen, welches die finanziellen Angelegenheiten zu regeln hat. Der bekannte Arbeiterführer John Burns hat in einer am Dienstag gehaltenen Rede angeführt, den Maschinenbauern blieben nunmehr nur noch zwei Wege offen, entweder eine Nationalkonvention sämtlicher Gewerkschaften einzuberufen, um einen nützlichen Streikfonds von 15 000 Pfd. Sterl. zu schaffen, damit der Streik auf weitere sechs Monate fortgesetzt werden könne, oder den Streik für beendet zu erklären, die Vorschläge der Arbeitgeber anzunehmen und möglichst schnell an die Arbeit zurückzukehren. Burns sagte: „Entscheidet man sich für die letztere Eventualität, so will ich mich schnell nach den Centren der Maschinen-Industrie begeben und den Arbeitern die Notwendigkeit auseinandersetzen. Das ganze ist eine Finanzfrage. Je eher die Verantwortlichen Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseraten-Teil verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Gewerksvereine den Ernst der Lage, in welcher sich die Arbeiterfrage gegenwärtig befindet, erkennen, desto besser wird es für sie sein.“ Ueber das Ergebnis der Abstimmung der Mitglieder der verbündeten Gewerksvereine besteht nicht der geringste Zweifel: Verwerfung der Vorschläge der Fabrikanten mit überwältigender Mehrheit. Die Führer der Gewerksvereine sind der Ansicht, daß der wirkliche Kampf erst beginnen wird, wenn die Maschinenbauer eine Niederlage erlitten haben und die Annahme der Vorschläge der Fabrikanten dem ganzen Gewerksvereinstum den Todesstoß versetzt.

Der Verband der englischen Eisenbahndiensteten hatte sich, weil die Eisenbahngesellschaften sich auf Unterhandlungen mit ihm nicht einlassen wollten, an das Arbeitsamt des Handelsministeriums gewandt und dieses ersucht, auf die Gesellschaften einzuwirken, damit diese lieber vor dem Streik, als nachher, sich mit den Leitern des Verbandes ins Einvernehmen setzen möchten, da ein Ausstand der Eisenbahnen gewiß nicht im Interesse des Publikums liege. Die Direktoren der großen Eisenbahn-Kompagnien lehnten, wie wir schon mitteilten, mit der Begründung ab, daß sie nur mit Abgeordneten ihrer Angestellten direkt verhandeln würden. Das Arbeitsamt hat es nun abgelehnt, die Vermittlung zwischen den Kompagnien und der Gewerkschaft zu übernehmen. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß die Eisenbahndiensteten eine ausnahmsweise Stellung einnehmen. Das Parlament habe diesem Ausstand Rechnung getragen, indem es Gesetze zu Gunsten der Angestellten erließ, durch welche die Arbeitszeit geregelt wurde. Die Eisenbahn-Regulationsakte von 1893 habe die Wege angegeben, wie Klagen wegen übermäßiger Arbeitsstunden vorgebracht werden sollen und zu behandeln sind. Gemäß dieser Akte habe das Handelsamt viele Vorstellungen zu Gunsten einer Reduktion der Stunden an einzelne Gesellschaften gerichtet. Das Handelsamt hält es für angebracht, zu erklären, daß die betreffenden Gesellschaften gemeinlich dem im Interesse der Angestellten gegebenen Rathe gefolgt sind. Das Handelsamt hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die verschiedenen Gesellschaften mit ihren Angestellten alle die Interessen der letzteren berührenden Angelegenheiten zu erörtern bereit sind. Sollte ein Fall eintreten, wo eine solche freundschaftliche Zusammenkunft auf Schwierigkeiten stößt, ist das Handelsamt gern erbötig, seine guten Dienste zur Begünstigung solcher Schwierigkeiten zu leisten. Die entgegengesetzte Politik — nämlich mit den Gesellschaften in corpore zu verhandeln — habe gar keine Aussicht auf Erfolg. Das Handelsamt fühlt, daß es seinen Nutzen haben würde, mit den Gesellschaften in Verhandlung zu treten, um eine solche Konferenz zu erlangen. Endlich erklärt das Handelsamt noch, daß jeder Versuch, die Ansprache der Angestellten mit Gewalt durchzusetzen, mittels eines Streiks, gänzlich der ausnahmsweisen Stellung, die die Angestellten von der Regierung gefordert und auch erhalten haben, zuwiderlaufen würde. Der Versuch würde eine so völlige Mißachtung der Interessen des reisenden Publikums veranlassen, daß das Handelsamt nicht glauben kann, ein beträchtlicher Teil der Eisenbahn-Angestellten wünsche in diesem Punkte zu erweichen.

Es bleibt abzuwarten, was nunmehr die Verhandlung unternehmen wird. Die Ergebnisse ist bereits in einer Sitzung zusammengetreten — die Beschlüsse sind noch nicht bekannt.

Zur Bauunternehmer. Die Nachricht von der Zurücknahme der angebotenen fünfprozentigen Lohnreduktion seitens der Spinnervereine von Bauunternehmer bestätigt sich. Am Dienstag kamen die Vertreter der Unternehmer-Verbände in Mauthausen zusammen. Die Antworten der Unternehmer in der Provinz auf die Frage, ob, wenn die Arbeiter auf die Lohnreduktion nicht eingehen wollten, eine allgemeine Ansperrung vorgenommen werden sollte, waren nicht erwartungsgemäß, die Leiter der Fabrikanten-Vereinigungen zu einem Vorgehen gegen die Arbeiter zu ermuntern.

Unternehmer-Verbände.

Die Mannheim-Bremer Petroleum-Aktiengesellschaft von dem Vorwurf der Monopolgehalte freizusprechen, diese undankbare Aufgabe hatte der Direktor dieser Gesellschaft, Herr Pöschel, in der letzten Plenarversammlung der Mannheimer Handelskammer unternommen. Er gab eine eingehende, durch ihre naive Dreistigkeit verblüffende Erklärung ab, nach welcher die von seiner Gesellschaft gethanen Schritte im Publikum vielfach nicht verstanden, auch wohl seiner Gesellschaft läbel ausgesetzt worden seien. Die Mannheimer Handelskammer hat auf diesen Scherz des Herrn Pöschel Klipp und klar geantwortet und ihre Stellung dahin präzisirt, daß sie eine prinzipielle Gegnerin aller monopolistischen Tendenzen ist.

Soziales.

Die Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen hielt am Mittwoch eine Konferenz in Berlin ab, zu welcher eine große Anzahl von Behörden und Wohltätigkeits-Vereinen z. B. eingeladen waren. Es handelte sich in der Hauptsache um die Erörterung der Frage, wie die gegenwärtige Kräfteersplitterung auf dem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrtsbestrebungen zu vermeiden sei. Der erste Referent, Dr. Vobde aus Hildesheim, hielt es für erforderlich, daß die Wohltätigkeitsvereine engere Fühlung mit einander nehmen, damit wichtige Fragen der Wohlfahrt einheitlicher vorbereitet werden können und ein Gegeneinanderarbeiten der Vereine verhindert wird. Der zweite Referent, Stadtrath Kalle aus Wiesbaden, trat ebenfalls für eine Konzentrierung aller Wohlfahrtsbestrebungen ein, da die jetzt vielfach herrschende Systemlosigkeit und der Mangel an Fühlung zur Kräfteverschwendung und zu Störungen führen müsse. Der Vorsitzende der Konferenz, Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, stellte als Ergebnis der Verhandlungen fest, daß die Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, der die Herren Dr. Vobde, Geheimrath v. Maffow und Vizepräsident Brandts als Komitee zur Seite treten, mit der Aufgabe betraut wurde, die vorbereitenden Maßregeln für eine Zusammenfassung der gemeinsamen Interessen zu treffen, mindestens jährlich eine Konferenz nach Art der heutigen Versammlung einzuberufen und durch das Organ der Zentralstelle alle angeschlossenen und befreundeten Vereine von Versammlungen in Bezug auf Ort, Zeit und Gegenstand in Kenntnis zu setzen.

Auf der Konferenz waren u. a. vertreten: das braunschweigische Staatsministerium, das Ministerium für Eisen-Vorbringen, das Reichs-Statistikamt, das Kaiserliche Gesundheitsamt, das Reichs-Versicherungsamts, die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten von Berlin, Brandenburg, Braunschweig, die Magistrate von Hannover, Frankfurt a. M., Bremen, Wiesbaden, Altona, Chemnitz, ferner mehr als 40 Vereine, u. a. der Verein für Sozialpolitik, der evangelisch-soziale Kongress, der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, der katholische Verband Caritas u. s. w.

Die Thronrede bei Eröffnung des Reichstags schwebte sich völlig darüber aus, ob die soziale Gesetzgebung fortgesetzt werden solle oder nicht. Meint man in Regierungskreisen etwa, durch eine Zentralisierung der privaten Wohltätigkeitsbestrebungen um die Fortführung der sozialen Gesetzgebung heranzukommen? Das wäre ein verhängnisvoller Irrthum. Um die Profanen der Wohltätigkeit verkannt die deutsche Gewerkschaft nicht ihr Recht auf Befreiung ihrer Lage durch die Gesetzgebung. Die Wohltätigkeitsbestrebungen, deren Tendenz ja hauptsächlich dahin geht, den Arbeitnehmern einen billigen und gesunden Stamm von Arbeitern zu erhalten, verrichten dem großen sozialen Uebel gegenüber nur Danaidenarbeit.

Eine Ausnahme des Verbandes sämtlicher Fischhändler, die zur gewerkschaftlichen Frachtbefreiung dienen und mindestens 10 Tonnen (200 Zentner) Tragfähigkeit und dementsprechenden Manngehalt haben, sowie der Personendampfer wird auf Anordnung des Bundesraths am 31. Dezember d. J. vorgenommen. Den Schiffseignern werden zu diesem Zwecke Fragelarten gestellt.

Erhebungen über die Lage von Handel und Industrie, insbesondere über den Arbeitsmarkt löst gegenwärtig die

Regierung des Großherzogthums Hessen durch die Kreisämter vornehmen. Man will namentlich wissen, wie sich die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1897 gestaltet hat und wie die Erwerbsverhältnisse gewesen sind. In den bisher eingegangenen Berichten wird nach Angabe der hiesigen Blätter „festgestellt“, daß auf allen Gebieten von Handel und Industrie ein Aufschwung zu verzeichnen war und daß demgemäß auch die Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse für den größten Theil unserer Arbeiterchaft „nur gute“ zu nennen sind.

Das Wort „demgemäß“ zeigt schon, was es mit dieser Art „Feststellung“ auf sich hat. Auch in den Kreisämtern Hessens könnte man wissen, daß der Aufschwung einer Industrie an sich durchaus noch nicht eine Verbesserung der Arbeiterlage im Gefolge hat, die man mit recht als „nur gut“ bezeichnen könnte.

Gerichts-Beilage.

Auf der Polizeiwache zu Jnowrazlaw. Gegen den Redakteur der hier erscheinenden polnisch-sozialdemokratischen Zeitung „Gazeta Robotnicza“, den Parteigenossen Schuhmacher Jgnaz Kaczmarek, wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Verleumdung durch die Presse verhandelt. Die Anklage betraf einen Artikel aus Jnowrazlaw, der am 28. August d. J. in der genannten Zeitung erschien und in welchem ein Artikel veröffentlicht wurde, der sich zwischen dem dortigen Polizeioberwächter Kirsch und einem Angehörigen abgehandelt hatte, der in den Verdacht gerathen war, seiner Meisterei eine Summe Geldes gestohlen zu haben. Der Verdächtige sei zur Wache gebracht und dort durch den Wachmeister Kirsch einem ersten Verhör unterworfen worden. Als der Gefesselte die That bestritt, habe der Beamte ihm zugeredet, er möge doch eingestehen, dann solle er auch eine Belohnung von 20 Mk. erhalten. Der Gefesselte habe trotz dessen gelugnet und nun habe der in Wuth gerathene Beamte ihm den Degen auf die Brust gefeßt und gerufen: „Hund gesteh! oder ich steche Dich tod!“ Der Bedrohte habe ruhig erwidert: „Das können Sie thun, aber ich verstehe nicht zu lügen.“ Darauf habe der Wachmeister ihm zwei Schläge mit der flachen Klinge über den Arm und verschiedene Faustschläge ins Gesicht versetzt. Später habe sich die Unschuld des Verhafteten herausgestellt. Diese letztere Angabe entsprach der Wahrheit, aber die Mittheilungen von den Mißhandlungen sollen aus der Lust gegriffen sein. Wachmeister Kirsch aus Jnowrazlaw, der als Zeuge vernommen wurde, beschwor, daß er den Verhafteten in keiner Weise mißhandelt habe. Der zweite Zeuge, Gefängnisbeamter Pück, hatte bei der Zusammenkunft vor der Zelle gestanden und das Gespräch Wort für Wort gehört. Seine Aussage deckte sich im wesentlichen mit der des Vorgesetzten.

Gegenwärtig der dritte Zeuge, der Bäckergefelle Jahrgewski folgende Aussage: Als der Wachmeister zu ihm in die Zelle getreten sei, habe derselbe ihn genau in der Weise behandelt, wie in dem Artikel geschildert worden sei. Nur habe der Beamte ihm keine Faustschläge gegeben, sondern einige Ohrfeigen mit der flachen Hand. Der Zeuge wurde dem Wachmeister gegenübergestellt und Auge in Auge beizugelassen, so daß gegenseitig der Unwahrheit. Staatsanwalt Krebs beantragte die Verhaftung des Zeugen Jahrgewski wegen dringenden Verdachts des Meineides! Der Staatsanwalt beantragte ferner gegen den Angeklagten, der die Verantwortung für den Artikel übernommen habe, eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urtheil. Es könne nicht behauptet werden, daß der Zeuge Jahrgewski jeder Glaubwürdigkeit entbehre. Der Beweis der Wahrheit müsse als erbracht angesehen werden und der Angeklagte deshalb freigesprochen werden. Von einer Verhaftung des Zeugen Jahrgewski wegen Verdachts des Meineides müsse natürlich Abstand genommen werden.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbeordnung hatte sich auf die Denuntiation eines jetzt Geisteskranken gestützt der Maurer Robert Miesch vor der 186. Abtheilung des Amtsgerichts I zu verantworten. Es hatte in der Sache bereits einmal ein Termin angesetzt; derselbe mußte aber verlagert werden, weil der Zeuge Stumpe einen so konfuse Eindruck machte, daß von ihm eine Klarstellung der Sache nicht zu erwarten war; es sollte deshalb noch ein Schlichtmann, an den sich Stumpe damals gewandt hatte, geladen werden. Stumpe ist inzwischen als gemeinschaftlicher Geisteskranker in eine Anstalt gebracht worden. Was die Sache selbst anbetrifft, so war zur Zeit des letzten Maurerstreiks bekanntlich ein Arbeitsnachweis eingerichtet worden, welcher von den Streikenden gespart war. Am 4. August dieses Jahres begab sich der nicht streikende Maurer Stumpe in das Arbeitsnachweis-Bureau in der Kommandantenstraße, erhielt dort selbst den üblichen Zettel und entsetzte sich auf die Strafe. Hier wurde ihm der Zettel entziffen und es soll ihm von den Streikenden gedroht worden sein: „Wenn Du arbeitest, werfen wir Dich vom Bau herunter, Du Schlump!“ u. s. w. In Gegenwart des Angeklagten wandte er sich an den Schlichtmann Miesch und erzählte diesem die Geschichte, indem er hinzufügte, die Betroffenen seien weggelassen; er machte dabei auf den Angeklagten als Thäter nicht aufmerksam, sondern erklärte vielmehr, daß dieser wissen müsse, wer es gethan habe. Auf den Rath des Schlichtmanns holte sich Stumpe einen zweiten Zettel, während der Angeklagte sich entfernte; am Werder'schen Markt kam diesem Stumpe nach und sagte jetzt zu ihm, er würde ihn anzeigen. Jetzt ging der Angeklagte dem Stumpe nach, machte ihm Vorwürfe und gibt auch zu, ihn „Lump“ gescholten zu haben. — Der Staatsanwalt beantragte auf tatsächlichen Gründen die Freisprechung des Angeklagten, da nicht festgestellt sei, daß der Angeklagte das Wort „Lump“ als Erverleumdung in Bezug auf § 153 der Reichs-Gewerbeordnung gebraucht habe; wegen Verleumdung aber sei ein Strafantrag nicht gestellt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, behauptet, daß überhaupt eine Erregung besserer Löhne bezweckt worden sei, wenigstens nicht direkt; vielmehr habe es sich nur um eine Sperrung des Arbeitsnachweises gehandelt, § 153 könne also gar nicht in Frage kommen. Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß eine Erregung besserer Lohnbedingungen thatsächlich angestrebt wurde, er schloß sich jedoch in thatsächlicher Beziehung den Ausführungen des Staatsanwalts und Verteidigers an und erklärte auf losenlose Freisprechung.

Wegen verschiedener an Kindern begangener Sittenvergehen ist gestern der hoch in den letzten Jahren stehende Arbeiter Bahn aus Spandau vom Landgericht II zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt worden.

Deyeschen und letzte Nachrichten.

Budapest, 9. Dezember. (B. G.) Bei einem in Tezkyte stattgefundenen blutigen Zusammenstoß zwischen rumänischen und ungarischen Arbeitern wurden mehrere Personen getödtet und viele schwer verwundet.

Paris, 9. Dezember. (M. T. W.) Der Senat nahm heute ohne Erhalte den Gesetzentwurf an, durch welchen das am 29. Oktober d. J. zwischen den Staaten der lateinischen Münzunion getroffene, Abkommen betreffend die Verrechnung der Silbernen Scheidemünzen genehmigt wird.

Madrid, 9. Dezember. (M. T. W.) In einem heute abgehaltenen Ministerrath gab Sagasia einen zusammenfassenden Überblick über die Stellungnahme der europäischen Presse zur Putschschaff Mac Kinley's und betonte dabei, daß im Falle die Vereinigten Staaten versuchen würden, in Japan zu interveniren, sie die spanische Regierung bereit wären, ihr die Mittel und die Ehre Spaniens zu vertheidigen. Der Ministerrath beschloß seine Darlegungen mit der Erklärung, daß die Ergebnisse der Operationen auf Ruba zufriedenstellend seien und daß der Friede auf den Philippinen bevorstehe.

Birack, 9. Dezember. (B. G.) Aus Eifersucht hat in hiesigen Theater der Orchesterdirektor Solvatore auf die Primadonna Roselli einen Schuß abgegeben und sich dann selbst erschossen. Die Sängerin trug Verletzungen im Gesicht davon.

Reichstag.

6. Sitzung vom 9. Dezember, 1 Uhr.

Am Vizepräsidenten: L. Tzipis, Graf Posadowsky, v. Tschirnmann, v. Bälou.

Präsident v. Nolckhoff eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Flottengesetzes.

Abg. Dr. Hammacher (nall.): Meine Herren, ich bin in der ersten Sitzung, die Erklärung vorzuschicken zu können, das meine politischen Freunde nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen haben, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen. (Zuruf links: Aha! Weisfall bei den National Liberalen.) Die Regierung stellt sich mit dieser Vorlage auf den Standpunkt, den der Vorstand der national liberalen Partei selbst vorgeschlagen hat. Wir sind sehr überzeugt, dass unsere gegenwärtige Flotte nicht ausreicht, ihre Aufgaben zu erfüllen, weder für die Verteidigung der Küsten des Landes noch für den Schutz des deutschen Handels, und der deutschen See-Interessen. Wir sind also bereit, die Regierung zu unterstützen, indem sie eine planmäßige, maßvolle Verwirklichung unserer Flotte verlangt. Wir halten auch die gesetzliche Regelung für um so wichtiger, als bei der Fortdauer der früheren Schwankungen in der Erweiterung unserer Flotte nur Schädigungen für das Vaterland entstehen können. (Weisfall bei den National Liberalen.) Wir sind endlich bereit, über die gesetzliche Regelung der Ersatzbauten, der Indienststellung und der Besetzung mit der Regierung in Verhandlung zu treten und geben uns der Hoffnung hin, insbesondere nachdem der Vertreter des Zentrums, der Abg. Lieber, in so maßvoller Weise den Gegenstand behandelt hat, etwas Gutes für das Land zu erreichen. (Weisfall bei den National Liberalen.)

Wir haben auch die Bedenken, die geäußert wurden, nicht gering angeschlagen. Das starke, nationale Empfinden, das die national liberale Partei seit ihrer Entstehung befeuert hat und niemals verlassen wird, hat er uns aber erleichtert, über diese Bedenken hinwegzukommen. — Der Vertreter der Sozialdemokratie, Abg. Dr. Schoenlant fragt nach den Gründen, die die Regierung bewegen haben, mit dieser schweren Vorlage an den Reichstag heranzutreten. Es seien phantastische Großmachtgedenke und Romantik, die dazu getrieben hätten. Eine solche Behauptung zeugt von einer in der That fast unverantwortlichen Voreingenommenheit gegen diesen Entwurf. Meine politischen Freunde und ich erkennen darin den Ausdruck des Verantwortungsbewusstseins vor der Geschichte. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die Flotte hat sich nicht so entwickelt wie es hätte geschehen müssen. Wenn dereinst in einem Kriege, vor dem Gott uns behüten wolle, unsere vaterländischen Küsten nicht verteidigt werden können (Sachen), wenn es unmöglich ist, den Exporthandel vor wirtschaftlichen Schäden zu schützen — dann wird der Geschichtsschreiber dieser Tage sich lediglich an das Parlament halten; denn die Regierung hat ihre Schuldigkeit getan. Ich spreche meinen Dank und den Dank meiner politischen Freunde für die Vorlage aus. (Weisfall bei den National Liberalen.) Der Abg. Richter meinte, wir hätten schon zu viele Schiffe (Zuruf von Richter: Da habe ich kein Wort von gesagt! Heiterkeit), und Schoenlant meinte, die vorhandenen Strandbatterien, Torpedos und so weiter seien für den Küstenschutz ausreichend; man wolle nur die armen Hilfskräfte in Deutschland graulich machen. In der That finden solche Ausführungen vielen Anklang bei den Hilfskräften. Man beruft sich auch auf die Erfahrung während des Krieges 1870/71, die französische Flotte hätte fast gar keinen oder nur sehr geringen Schaden angerichtet. Aber ist es denn nicht bekannt, daß sich die französische Flotte in einem durchaus unleistungsfähigen Zustande befand, noch schlimmer wie das Landheer? Nur so ist diese Thatsache zu verstehen. Aber wird dies immer so sein? Ferner ist es doch der französischen Flotte gelungen, den deutschen Seehandel vollständig lahm zu legen. Ich wiederhole, daß auch nach unserer Anschauung der Charakter der deutschen Flotte nur der einer Verteidigungsflotte sein kann; bei den Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit Deutschlands müssen wir auf eine Offensivflotte verzichten. Aber die Flotte muß doch in der Verteidigung dem Feinde offensiv entgegenzutreten können! Der Plan der Regierung geht mit voller Klarheit und dem Bewußtsein der festesten Ueberzeugung auf dieses Ziel los. Was sie fordert, ist vor allen Dingen nötig zur Verhütung einer Blockade der Hafensäfte.

Der Abg. Richter sprach davon, daß man doch nicht jedem deutschen Konsul ein Schiff vor die Nase setzen könne. Er zog einen Vergleich mit dem Schuhmann. Ich glaube, er hält uns selbst nicht für so naiv, daß wir das wollten. Wie der Schuh der Deutschen zum Ausdruck kommt, das zeigen die jüngsten Vorgänge: so trägt man praktische Politik. Ja freilich, von solchen Zusammenhängen versteht Richter nicht; Imponderabilia kennt er nicht. Das, was nicht unmittelbar mathematisch bewiesen werden kann, ist von vornherein nicht für ihn vorhanden. Ich verzichte darauf, ihn zu überzeugen, daß ein starker unmittelbarer psychologischer Zusammenhang zwischen der Machtstellung eines Staates und seiner wirtschaftlichen Entwicklung besteht. Die geringe war der Eindruck unserer unbedeutenden Schiffe neben den mächtigsten Schiffen der fremden Mächte in China! Und andererseits erinnere ich an die Verhältnisse in der Türkei und die außerordentliche Tätigkeit der Deutschen dort. Die Entscheidung des Sultans, die Gunst der türkischen Regierung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ansehen Deutschlands. — Und wenn früher Deutsche im Ausland sich in den Schutz fremder Konsulate begeben konnten, so können wir jetzt nicht mehr damit rechnen, bei dem bedauerlichen, immer mehr hervortretenden Gegensatz der Engländer und Franzosen uns gegenüber. — Die bedeutendste Frage ist uns die des deutschen Exporthandels. Von allen Ländern der Welt nimmt Deutschland als Exportland die zweite Stelle ein; und die Entwicklung des Exporthandels ist durch die wichtige Frage für Deutschlands Zukunft. Doch gerade jetzt ist unser Export stark bedroht. Ein Teil unserer bisherigen Absatzgebiete beginnt, nach deutschem Muster, eine eigene Industrie zu schaffen, die die unsere verdrängen soll; ich meine als die wichtigsten nur Japan und Australien; und durch Schutzsysteme wird unser Absatz dorthin vollends lahmgelegt. Vor allen Dingen aber kommt für uns die Handelspolitik von England und den Vereinigten Staaten in Betracht; durch seine Kolonien hat England eine Vorzugsstellung vor allen anderen Ländern, namentlich auch vor Deutschland, durch die Kündigung des Meißbegünstigungsvertrages soll der Export nach den englischen Kolonien uns gänzlich verlegt werden. Noch gefährlicher für uns ist die Politik der Vereinigten Staaten; diese geht darauf hin, daß alle übrigen amerikanischen Staaten zusammen mit der Union einen großen Zollverband gründen. Diesen Panamerikanismus haben wir noch mehr zu fürchten als die Monroe-Doktrin. (Sehr wahr! bei den National Liberalen.) Nun glaube ich nicht, daß in diesem Kampfe gegen den amerikanischen Bund Deutschland, oder überhaupt ein einziger Staat, eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte; aber, wenn ein einzelner Staat aus jenen Kampf nicht aufnehmen kann, so müssen wir darauf hinarbeiten, daß wenigstens ein mitteleuropäischer Zollverband zu Stande kommt. Und in dieser Politik muß Deutschland die Führung übernehmen; jetzt also fällt ihm die Aufgabe zu, rechtzeitig Machtmittel herbeizuschaffen, die die Verwirklichung derselben ermöglichen.

Ich habe hier von Dingen gesprochen, die erst dem kommenden Jahrhundert vorbehalten bleiben. Die Herren Schoenlant und Richter werden da wieder von romantischen Phantasien sprechen. Aber ich glaube, daß das, was ich vorgebracht, ebenso auf dem nächsten Boden der Wirklichkeit steht, wie das, was Herr Richter

gesagt. Unser Volk nimmt jährlich um 450—500 000 Menschen zu. Wie sollen all diese Menschenmengen auf deutschem Boden untergebracht und ernährt werden? Es ist schon gesagt worden: wir sehen vor der Frage, ob wir Menschen oder Waaren exportieren sollen. Die Auswanderung nach Amerika nimmt naturgemäß ab, seit dort kein Freiland mehr zu vergeben ist. Wir sind also bei der Zunahme der Bevölkerung auf stetige Ausdehnung des Exporthandels angewiesen. Ich weiß, daß man von solchen Dingen hier nicht mehr sprechen kann, ohne dem Vorwurf zu begegnen, man nehme nur die Interessen der Unternehmer wahr. Ich halte diese Interessen für ebenso wichtig, wie die Interessen aller anderen bei der Industrie beschäftigten Personen. Aber ich meine auch, daß diejenigen, die das Gesetz ablehnen, sich nicht verdient machen um die Industrie-Arbeiter. (Widerpruch links.) Ich hatte von Herrn Schoenlant erwartet, daß er der Vorlage wenigstens eine wirtschaftliche Seite abgewinnen würde. Er hat es nicht getan und die Arbeiter werden zu der Ueberzeugung kommen, daß er sie schlecht vertreten hat. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Was die formelle Seite der Vorlage betrifft, so gebe ich Herrn Richter Recht, es handelt sich nicht um ein Septennat, sondern um ein Reternat. Der Zustand der Flotte soll dauernd festgelegt werden. Thatsächlich ist auch eine Bindung des Staatsrechts vorhanden und ich verahre meine politischen Freunde dagegen, als ob sie das Budgetrecht des Reichstags gering schätzten. In der Praxis sehen aber die Dinge wesentlich anders aus. Wir haben im Reichstage schon ganz ähnliche Dinge getan, wie sie in dieser Vorlage verlangt werden. War es denn bei der Bewilligung der ersten Rate zum Nord-Deise-Kanal etwas Anderes? Mit der Bewilligung der ersten 10 Millionen gaben wir der Regierung das Recht, Verträge abzuschließen, die Hunderte von Millionen in sich schlossen. Bei jedem Bahn- oder Kasernenbau thun wir bei der Bewilligung erster Raten Ähnliches. Das in der Vorlage verlangte Septennat widersteht also nicht früheren Gewohnheiten des Reichstags. Der Abg. Richter hat es meisterhaft verstanden, die Beispiele mit England und Italien als unzutreffend hinzustellen. Gewiß, wir haben keine parlamentarische Regierung. Ich wüßte auch nicht, wie bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags eine parlamentarische Regierung aussehend sollte. Man mag sich darüber freuen oder nicht, das ist hier eine ganz nebensächliche Frage. Das eine weiß ich: Weder in England noch in Italien würde ein solches Gesetz, das die Landesverteidigung angeht, im Parlament auf Widerspruch stoßen. (Bravo!) Bezüglich der finanziellen Frage theile ich die Ansicht des Abgeordneten Richter, daß nicht mit voller Sicherheit auf die Steigerung der Einnahmen in den nächsten Jahren zu rechnen sein wird. Aber die Vorlage ist zu ernst, daß meine politischen Freunde, wenn es nicht anders glunge, sich auch der Nothwendigkeit, neue Einnahmequellen dem Reiche zu erschließen, nicht entziehen würden. (Aha! links.) In notwendigen Dingen darf es an Geld im Deutschen Reiche nicht fehlen. Ein solcher Staat würde eine Schwäche an den Wurzeln seiner Kraft zeigen, die, Gott sei Dank, dem Deutschen Reiche noch innewohnt. Ich bitte Sie, die Vorlage in der Kommission eingehend und wohlwollend zu prüfen, damit die Vorlage mit großer Majorität, wenn auch mit kleinen vom Abg. Lieber bereits erwähnten Abänderungen, zu Stande kommt. Der Reichstag wird dann von sich sagen können, daß er in seiner letzten Session sich wohlverdient gemacht hat um die Ehre der Nation. (Lebhafter Weisfall bei den National Liberalen und rechts.)

Abg. Gasser (südd. Sp.) (bei der Unruhe im Hause schwer verständlich): Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir vor allem den Eingriff in die Volkrechte nicht gutheißen können. Wir wollen nicht ein wichtiges Volkrecht an eine Regierung preisgeben, die ein solches Vertrauen nicht verdient und nicht verlangen kann. Die Vorlage bedeutet für uns einen Schritt weiter auf der Bahn des Marine-Absolutismus, durch den wir in eine Abenteuerpolitik hineinkommen fürchten. Die Landesverteidigung fällt bei uns fast ausschließlich dem Landheer zu, deshalb ist für uns die Entwicklung der Flotte von sekundärer Bedeutung; eine zu große Vermehrung der Flotte könnte eher zur Schwächung als zur Stärkung unserer nationalen Wehrkraft führen. Die zärtlichen Versicherungen für Handel und Industrie können uns nicht rühren. Durch Kanonen kann man sich keine neuen Absatzgebiete erschließen und erschließen. (Heiterkeit.) Abschaffung von günstigen Handelsverträgen würden viel besser wirken. Die Flotte käme höchstens für den Exporthandel nach Südamerika in Betracht. Dieser beträgt aber nur 8 pCt. der ganzen Ausfuhr. Ein weiterer Grund für die Ablehnung ist uns die gegenwärtige finanzielle Lage. Trotz der vom Herrn Reichs-Schatzmeister in den Vordergrund gestellten Ueberschüsse wird das Schuldenmachen im Maße Lustig fortgesetzt. Mit der Bewilligung der Marine würde die Nothwendigkeit neuer Steuern Hand in Hand gehen. Nicht umsonst ist in diesen Tagen die Gestalt Miquel's am Bundesrathstisch aufgelaucht, wo sie so lange durch Abwesenheit geblüht hat. (Heiterkeit.) Die Herren, die für die Vorlage sprechen, machen gern in geräuschvollem Patriotismus. Wenn es aber aus Zahlen geht, so überlassen sie diese manchemer Thätigkeit huldvoll der Masse der kleinen Leute. (Bravo! links.) Die Stimmung ist im Süden trotz aller Marine-Resepapier der Vorlage gegenüber durchaus ablehnend. Für uns gibt es nur eine suprema lex, den Willen des Volkes, und den vertreten wir hier, wenn wir die Vorlage ablehnen. (Weisfall links.)

Abg. Zimmermann (Antif.): Die Volkrechte sind mir und meinen Freunden so heilig, wie dem Vordere. Aber die Vorlage giebt nach dieser Richtung zu Bedenken wenig Anlaß. Hier kommt das nationale Empfinden in erster Linie, die formellen Bedenken der Vorlage stehen im Hintergrunde. Die Flotte muß leistungsfähig gestaltet werden und wir halten es für notwendig, daß die Vorlage in der Kommission eingehend geprüft wird. Wir wollen die Opfer bringen, die notwendig sind, die Ehre Deutschlands zu wahren. (Weisfall rechts.) Die wirtschaftliche Bedeutung der Vorlage muß aber genau geprüft werden. Die schlimme Lage des Bauern- und Handwerkerstandes zwingt uns dazu, zu prüfen, ob überhaupt oder in dem verlangten Umfange die Vorlage bewilligt werden kann. Für die Bauern und Handwerker ist die Regierung bis jetzt mit sehr viel schönen Worten, aber mit wenig Thaten eingetreten. Auch die Flottenvermehrung soll ja vornehmlich der Großindustrie zu gute kommen. Die Bauern und Handwerker sind aber die wahren Stützen von Thron und Altar und müssen vor allem geschützt werden. Dieser Schutz erscheint uns noch notwendiger, als die Vermehrung der äußeren Machtmittel des Staates. Wir sind Gegner einer Politik, die den Wohlstand des Volkes in erster Linie dasen will auf die Export-Industrie mit ihrer Keilspitze. Wir wollen im Inlande Verbrauch und Produktion in ein inneres Gleichgewicht bringen, um vom Auslande unabhängig zu sein. Gegen eine Neuaufgabe des Caprivius müssen wir entschieden protestieren. Ein deutscher Bauer schreibt mir, der Großhandel solle doch die Kosten für die Marinevermehrung selbst aufbringen. Solange dem deutschen Bauer nicht geholfen werde, sei er Gegner der Flottenvermehrung. Das ist ein Bild für die Mißstimmung im Lande, die durch die verkehrte Regierungspolitik herbeigeführt worden ist. Dieser Verdrub im Volke macht es nicht geneigt zu neuen Bewilligungen. Diese allgemeine Stimmung ist besonders verursacht durch das ablehnende Verhalten der Regierung zu Reichstags-Beschlüssen. Der Reichstag würde also eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn er der Vorlage zustimmen würde, ohne daß ihm bestimmte Garantien gegeben wären. Zu diesen Garantien rechne ich vor allem den Lieber'schen

Vorschlag, daß die Geldeausgaben maximal festgelegt werden. Zweitens müssen die Kosten auf die leistungsfähigen reichen Schultern gelegt werden. Hierbei fürchte ich, wird die national liberale Partei versagen. Voraussetzung für unsere Zustimmung für die Vorlage ist, daß die rechten Männer an der Spitze der Regierung stehen. (Sachen links. Auf: Ahlwardt.) Unsere Bedenken sind durch die Ausführungen des Staatssekretärs v. Bälou, wie ich zugebe, sehr gemildert worden. Unser Wohlwollen für die Vorlage wird so groß sein, wie das Wohlwollen der Regierung für den deutschen Bauer. Wir stimmen für die Kommissionsberatung und ich hoffe, daß die große Mehrzahl meiner politischen Freunde für eine durch die Kommissionsberatung geläuterte Vorlage stimmen wird, die uns vor uestlosen Flottenplänen bewahrt. (Weisfall bei den Antisemiten.)

Abg. Hilpert (Sauerbund): Wir haben seinerzeit für die Militärvorlagen gestimmt, gegen die Flottenvermehrung gegen wir aber doch ernste Bedenken. Verlangen Sie von einem Vertreter landwirtschaftlicher Interessen nicht unbedingte Zustimmung hierzu. Schon die Beschaffung des Menschenmaterials für die Flotte wird Schwierigkeiten machen. Durch die unglückseligen Handelsverträge verschanken wir 40 Millionen jährlich ins Ausland, da wird es schwer sein, die Mittel für die Flottenvermehrung auszubringen. Im Volke herrscht große Mißstimmung gegen die Regierung wegen der Handelsvertragspolitik und der Ablehnung des Antrages Kanig. Was das Volk fordert, wird immer zurückgestellt. Es sind zwar einige neue Männer in die Regierung hineingekommen, aber das System scheint doch das alte geblieben zu sein. Doch behalte ich mir meine schließliche Stellung zur Flottenvorlage vor, wenn die Kommissionsberatungen vorüber sind.

Abg. Wolfenbuh (Soz.): Meine Herren, ich hätte gewünscht, daß bei den ganzen Reden nicht so sehr die patriotische Begeisterung in den Vordergrund gedrängt, sondern daß man mehr auf die Sache eingegangen wäre und mit kühlem Verstande die Sachlage geprüft hätte. Es ist ja eine schöne Sache, dieses starke nationale Empfinden, wie der Abg. Hammacher sich ausdrückt, es hilft ihm unter Umständen ohne Apparate über die allerschwerigsten Sachen hinweg. Aber ich denke, man hat die Vorlage doch von einem etwas anderen Standpunkte aus zu betrachten, als lediglich von dem, was wünschenswerth ist, daß wir die allerschöne Seemacht sein könnten, oder Gott weiß, was sonst noch alles, was der eine oder der andere wünschenswerth mag. Es ist schon eigentümlich, daß man diese Vorlage ganz verschließen behandelt. Während sie selbst in ihren Worten wie in der Begründung durch die Marineverwaltung wesentlich darauf abzielt, die Panzerschiffe zu vermehren, also die Macht für einen Krieg in den heimischen Gewässern zu erhöhen, sieht man, daß bei der Agitation im Lande wesentlich das Handelsinteresse in den Vordergrund geschoben wird. Nun, diese letztere sieht ja der Marineverwaltung nicht so ganz fern. Das ministeriösche Bureau theilt die Fissern mit und hat auch in der Deutschrift die Seeinteressen Deutschlands so recht in den Vordergrund geschoben. Aber gerade in dieser Deutschrift haben Sie uns noch nicht nachgewiesen, welchen Antheil eigentlich die Marine an der Entwicklung des Seehandels gehabt habe, ferner wie und wo die Marine zur Hilfeleistung aufgefordert ist, wie oft diese verlangt werden mußte, und aus welchen Gründen, ob vielleicht die nötigen Schiffe fehlten oder ob die vorhandenen zu anderen Zwecken, sei es repräsentativen, sei es Paradezwecken oder sonst irgendwo gebraucht worden. Es scheint bei diesen Reden fast, als sei unsere Marine so schwach, daß sie dem Handel nicht den nötigen Schutz angedeihen lassen kann. Nun haben wir aber gerade vorgestern in Hamburg in der gewiss unparteiischen Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns eine unparteiische Stimme gehört. Der Präsident der Handelskammer, Herr Laeisz, bestritt eine Revolution, in der die Vermehrung der Flotte gefordert wird, und hat über den Schutz, den unsere Flotte bisher dem Handel hat angedeihen lassen, gesagt, daß während des Bürgerkrieges in Chile und auch im brasilianischen Bürgerkrieg deutsche Kriegsschiffe den dortigen kaufmännischen und Abnehmer-Interessen kräftigen Schutz durch ihr energisches und taktvolles Eingreifen gewährt haben. Gerade in Brasilien sind damals durch die Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe Unsummen gerettet worden und allseitig ist bekannt, daß die französischen und englischen Staatsangehörigen an die Regierung ihres Landes mit der Klage sich gewendet haben, daß ihre Interessen bei weitem nicht so wie die der deutschen Firmen geschützt worden seien. Also die Hamburger Kaufleute wissen sehr gut, daß die deutsche Marine die Interessen der deutschen Kaufleute in Brasilien besser zu schützen imstande war, als dies selbst bei den Engländern der Fall war. Die Gründe, weshalb dies der Fall war, will ich später erörtern. Freilich fordert Herr Laeisz eine erhebliche Vermehrung der Flotte; es läge der Schiffbau im Interesse der Industrie. Er hat den Wunsch, daß den deutschen Werften recht bedeutende Aufträge zu theil werden; das ist sicher: an dem Schiffbau sind sehr viele aus der Versammlung des ehrbaren Kaufmanns beteiligt; außerdem meint Herr Laeisz, hat jeder Abnehmer ein Interesse daran, daß die deutschen Werften immer leistungsfähiger werden, denn dadurch wird auch der inländische Schiffbau den Abnehmern mehr zu gute kommen. Nun, wenn jene Herren sich wirklich so sehr für den deutschen Schiffbau interessieren, warum lassen sie immer noch einen großen Theil ihrer Schiffe im Auslande herstellen? Warum geben die Herren mit dem starken nationalen Empfinden noch immer so viel Aufträge nach England, die gut in Deutschland ausgeführt werden könnten? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Laeisz spricht von dem Unglück, das entstehen würde, von den Unsummen, die es kosten würde, wenn einmal die Häfen blockiert werden würden. Ja, waren es nicht dieselben Herren, die im vorigen Jahre durch ihr brutales Auftreten eine Monate lange Blockade des Hamburger Hafens geschaffen haben? Damals schrieb Herr Laeisz: ich könnte zwar bewilligen, aber es fällt mir nicht ein. Damals konnten die Herren einen blockadeähnlichen Zustand ertragen.

Nun aber, heißt es, treten an unsere Flotte andere Aufgaben heran; namentlich der Herr Staatssekretär Graf v. Posadowsky hat sich am Montag noch dieser Richtung hin geäußert. Aber einzelne Fälle hat der Graf nicht angeführt; und wenn solche vorlägen, so hätten die Herren vom ehrbaren Kaufmann selbst sie genannt. Wir freilich sind Fälle bekannt, in denen an die Flotte Forderungen gestellt sind, denen aber nicht entsprochen wurde. Ich erinnere an einen Fall aus dem Kriege zwischen Frankreich und Dalmatien; damals wurden einer deutschen Firma, die an Dahomeh Gewehre lieferte, dieselben konfiszirt; damals hat die deutsche Flotte verlangt und Herr v. Marschall mußte Frankreich recht geben, daß er die deutschen Faktoreien geschlossen hat. Wir hätten, wenn wir um Hilfe angegangen wären, keinen Finger gerührt. Jetzt wird immer gesagt, es könnten große Forderungen an unsere Flotte herantreten und durch die Schutzollwalle wäre eine ganz veränderte Basis für den Handel geschaffen. Ich möchte nur fragen: Soll mit der bisherigen Politik gebrochen werden? Ob und in welcher Weise soll denn die Flotte helfen gegen den Schutzoll? Den Konkurrenzweid der anderen Produzenten kann man doch unmöglich mit Panzerschiffen bekämpfen. (Sehr gut! links.) Und weiter sagt man, wir müssten die Freiheit und das Leben der im Auslande lebenden Deutschen schützen. Gewiß halte ich das für angebracht; aber dann sollte man auch weniger Anlaß geben dazu, daß sich im Ausland die Ansicht verbreitet: In Deutschland gilt das Leben und die Freiheit eines Menschen nicht viel. Zu gleicher Zeit mit der früher erwähnten Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns wurde wenige Schritte davon im Kriminaljahrg. Gebäude auch ein Etwa Kolonialpolitik verhandelt. Es war eine Klage gegen den Herrn v. Etbe, der wegen Rohheitsvergehen bestraft ist, der 1894 bei einer Fahrt von

Groß nach Kleinpapo einen Mulatten wegen eines Diebstahls eines Bambusrohrs bedroht hatte, sodas dieser in seiner Angst ins Wasser sprang. Bald darauf wurde eine von Krokodilen angegriffene Leiche eines Mulatten aufgefunden. v. Elbe wurde wegen fahrlässiger Tötung angeklagt und — freigesprochen, weil die Identität der Leiche mit dem Mulatten nicht nachgewiesen werden konnte, obwohl zwei Weiber die Leiche als die des Mannes wiedererkannten. Ich erinnere an die Urtheile über Peist, Wohlan, Peters, die doch auch ziemlich leichtsinnig mit Menschenleben umgegangen sind und trotzdem zu so minimalen Strafen verurtheilt wurden. Da darf man sich doch nicht wundern, daß die Regier. infolge dieser Erziehung auch dazu kommen, leichtsinnig mit einem Menschenleben umzugehen. — Nun war ja auch in Haiti die Freiheit eines Deutschen verletzt worden. Haben wir in Deutschland nicht auch so manche Verletzung der Freiheit aufzuweisen? Ich habe sechs Monate wegen der Marotte eines Staatsanwalts unschuldig in Untersuchungshaft sitzen müssen; da sind keine Kreuzer nach Altona gekommen. (Heiterkeit.) Was soll nicht alles auf dem Spiele stehen! Z. B. das belarische Schwimmbad von Bloos u. Boh, extra fettgedruckt in der Deutschrift, als sei eine besondere Gefahr, daß es von den Engländern oder sonst wem gekloppt werden könnte! Ebenso die Hafenanlagen von Hamburg und Bremen. Diese können viel besser geschützt werden, als durch große Panzerflotten. In den 180 Kilometer, die Hamburg von der Elbendündung trennen, sind sehr viele Punkte, wo ein feindliches Schiff auffahren kann. Ein Versuch, hier einzubringen, wäre ebenso leicht, wie eine Attacke von Infanterie auf Artillerie in geschützter Stellung, man mag in bestimmten Kreisen derartige Kriegsthaten recht häßlich und romantisch finden, in der Praxis sind sie unaußführbar.

Nun wird gesagt, unsere Flotte sei zu schwach. Ich habe vorhin das Urtheil des Herrn Loevis angeführt, der unsere Flotte für sehr wohl fähig hält, die Handelsinteressen Deutschlands zu schützen, selbst besser als England die seinen. Woher kommt das? Es wird uns sofort klar, wenn wir einen Blick auf das Verhältnis der Kriegsflotte zur Handelsflotte in England und Westeuropa werfen. England hat allerdings eine große Kriegsflotte, nach dem Wertheischen Hestkalender 254 neue und 213 ältere Schiffe, insgesammt 467. Demgegenüber müssen wir doch bedenken, daß die englische Handelsflotte des Mutterlandes 20 600 und in den Kolonien 15 000 Schiffe hat. England hat also für je 76 Handelschiffe, die in den Kolonien registriert sind, ein Kriegsschiff zur Verfügung. Deutschland hat ca. 3800 Handelschiffe; wir würden also bei 90 Kriegsschiffen bereits für je 99 Handelschiffe ein Kriegsschiff haben, also für 17 000 Registertons Ladefähigkeit ein Kriegsschiff, während England für 22 000 Registertons Ladefähigkeit ein Kriegsschiff zur Verfügung hat. (Hört! Hört! links.)

Waffen wir aber die Schiffe in den Kolonien ganz außer Betracht, auch die wesentlich im Binnendienst in England thätigen Schiffe, so bleiben in England immer noch 16 105 Schiffe, die im Mutterlande beheimathet sind, und die wesentlich für den Seebienst in Frage kommen. Würden wir hier eine ähnliche Rechnung aufstellen, dann könnten wir auch nicht so ohne weiteres, wie das in der Deutschrift geschehen ist, die ganzen 3900 Schiffe, die im Handbuch aufgeführt sind, als Seeschiffe betrachten. Sobald Sie das Handbuch der Handelsmarine in die Hand nehmen und bei den Registerbüchern nachsehen, so finden Sie, daß das erste dort angeführte Schiff ein Kahn ohne Mast ist (Heiterkeit links); der kann doch aber unmöglich als Seeschiff gelten. Ein solcher Kahn ohne Mast wiederholt sich sehr als hundertmal im Handbuch. (Hört! Hört! links.) Dazu kommen eine große Anzahl verschiedener Schiffe, die lediglich im Binnendienst in Frage kommen. Zieht man diese alle ab, so erhält man noch 2341 Schiffe, die entweder als Handelschiffe oder als Fahrzeuge für die Seefischerei in Frage kommen. Wir haben hier also, daß England 16 100 Schiffe hat mit 8 861 000 Registertons Ladefähigkeit und 240 486 Mann Besatzung. Da kommt also je ein Kriegsschiff auf je 34,5 Handelschiffe oder auf 18 976 Registertons Ladefähigkeit. In Deutschland aber kommt ein Kriegsschiff auf je 25,8 Handelschiffe oder 15 639,3 Registertons Ladefähigkeit. Sehen wir uns nun die Besatzung an. Die englische Kriegsmarine hat 97 052 Mann Besatzung. Auf je 100 Mann Besatzung der Handelsmarine kommen also etwa 40 Mann der Kriegsmarine. Bei uns in Deutschland kommen auf je 100 Mann Besatzung der Handelsmarine 62 Mann der Kriegsmarine. (Hört! Hört! links.) Sie sehen also, daß im Vergleich zur Handelsmarine bei uns die Kriegsmarine erheblich stärker ist, als selbst in England.

Nun wird uns zwar immer gesagt, Deutschland wäre erheblich leistungsfähiger. Das hätte man etwas eingebender begründen sollen. Gewiß, es würde z. B. die Textilindustrie noch sehr viel mehr Tuch für Flaggen liefern können, als wir Schiffe ausfertigen vermögen. (Heiterkeit links.) Auch die Eisenindustrie würde so viel Material liefern können, daß wir 500—1000 Panzerschiffe in einem Jahrzehnt liefern könnten. Darüber würden die Herrn Krupp und v. Stumm gewiß Auskunft geben. Gewiß könnten wir eine Panzerschiffe bauen und Paraden damit aufzuführen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. (Heiterkeit links.) Auch der Schiffbau ist nach Belieben leistungsfähig. An den Wassern können wir, wo noch keine vorhanden sind, mit Leichtigkeit errichtet werden. In einem Jahrzehnt könnte der Schiffbau 100 Panzerschiffe herstellen. Gewiß wäre die Eisenindustrie bereit dazu, mit besonderem nationalen Patriotismus bereit (Sehr gut! links), wenn sie auch bei der Verrückung der Eisen- und Rohprodukte etwas international gestimmt ist, und um billigen Arbeiter zu haben, Arbeiter aus Rußland und Gott weiß woher kommen läßt. (Sehr richtig! links.) Auch die Ankosten fürchten diese Patrioten nicht. Sie haben sie ja immer als die Kernsten abzuwälzen verstanden. (Sehr richtig! links.) Das ist ihnen immer gelungen und deshalb fürchten Sie sich auch nicht, wenn Dr. Lieber sagt: wir wollen die tragfähigen Schultern belasten. Wenn es hernach zu den Thatsachen kommt, werden doch die untersten Schichten belastet. Und sie wissen ja auch, daß Sie auf den Schultern der Regierung rechnen dürfen, wenn die Arbeiter durch Streiks ihre Löhne aufzubessern versuchen. Das Kapital ist immer geduldet. (Sehr richtig! links.) Gerade die patriotische rheinische westfälische Montanindustrie mahrigelt ihre Arbeiter auf schonungslosste. (Sehr richtig! links.)

Wo aber sollen die Leute zur Besetzung der neuen Schiffe hergenommen werden? Erforderlich ist hierzu ein guter Stand an seemannischer Bevölkerung. Nun liefert die deutsche seemannische Bevölkerung jährlich 1750 Schiffsjungen. Sehr viele davon kommen aber nicht zur Stellung, weil unsere Rheder durch schlechte Heuer die besten Leute ins Ausland treiben. (Hört! links.) Noch eins kommt hinzu: es müssen Seelente im Auslande bleiben, die dort gar nicht bleiben wollen. Es war das vor einigen Jahren mit dem Handelschiff „Siegfried“ der Fall, wo sich der Kapitän mißbilligend darüber äußerte, daß es kein Mittel gäbe, welches die Rheder zwingt, die Mannschaft nach Deutschland zurückzuführen. Der Seemann bleibt dann vielfach im Ausland und läßt sich von Schiffen fremder Nationen anwerben. Also aus der rein seemannischen Bevölkerung können die Mannschaften nicht anreichert, denn schon nach dem vorliegenden Etat brauchen wir an seemannischer Bevölkerung für unsere Marine in der Matrosendivision 9208 Mann und aus den Torpedobattaljonen 9215, also 18 423 Mann, die also aus den 1700 Schiffsjungen schon gar nicht rekrutiert werden können; man muß zur halbseemannischen und viertelseemannischen Bevölkerung greifen. Wie groß ist aber ihre Zahl? Nach der letzten Volkszählung sind z. B. in der Binnenschiffahrt insgesammt 3251 Menschen im Alter von 18—20 Jahren beschäftigt und in der Fischerei in Binnengewässern 618. Dann habe ich die Zahl der Seefischerei mit hinzugefügt, obwohl sie in den angrenzenden Schiffsjungen mit vorhanden ist; ich habe aber die Zahl mitgenommen, weil unter Umständen einige nicht als Schiffsjungen angerechnet sind und weil die Baggerarbeiten nicht besonders in der Berufszählung geführt sind, es mögen also vielleicht ebenso viele sein, es sind 337 Schauerleute, Marthelber und Packer sind es 606. Da aber der weitaus größte Theil nicht auf das Wasser geht, habe ich nur die Hälfte, 329, in Anschlag gebracht. Bei der Schiffsbesatzung sind 144, beim Hafens- und Seehindendienst 59, also insgesammt 4774, also für den einzelnen Jahrgang 2387.

Rechnen Sie dazu die 1750 Schiffsjungen, so haben Sie 4137 Mann. Von den Schiffsjungen gehen aber durchschnittlich 265 ab, bleiben 3872 für den einzelnen Jahrgang, oder für die drei Jahre 11 616 Mann, also ungefähr so viel, wie gegenwärtig erforderlich sind, vorausgesetzt, daß fast sämmtliche für die Marine brauchbar sind. Gegenwärtig könnte vielleicht jeder Bedienstete werden, weil für die nicht Brauchbaren noch 4jährig Freiwillige oder die aus den Schiffsjungen-Abtheilungen angenommenen Leute anzureichen könnten, das Manko zu decken.

Wollen Sie aber das Geseh annehmen, so müssen Sie in die Matrosendivision 12985 und an Seelenten auf den Torpedos 1483 Mann einstellen, insgesammt 14 468 Mann. Das sind 3000 Mann mehr, als Sie hätten, wenn sämmtliche am Wasser beschäftigten Personen für die Marine brauchbar wären. Wie soll das Manko gedeckt werden? Denkt man vielleicht daran, die Schiffe mit reinen Landratten zu besetzen, um hier einen Ausbruch, der an der Wasserfronte üblich ist, zu verhindern. Dann würde die Qualität mindestens um so viel zu Grunde gehen, als die Quantität zunimmt. Deshalb kann von einer Verhärtung der Marine trotz der Vergößerung gar nicht gesprochen werden. Oder wollen Sie mit der allgemeinen Wehrpflicht sprechen und geworbene Soldaten, Berufssoldaten einstellen? Dann hätten Sie auch im Etat die daraus erwachsenden Mehrkosten in Anschlag bringen müssen, weil dann die gesamten Grundkosten des Marinewesens geändert worden wären. Diese Fragen wären bei der Begründung absolut erforderlich gewesen und man hätte die Sachlage anders beurtheilen können, man bräuchte dann nicht mit patriotischen Beschüssen über derartige Kleinigkeiten hinwegzugehen. Man sagt, der Handel hat die Flotte nöthig. Ich meine, der Handel kann auch mit anderen Mitteln geschützt werden. Durch internationale Verträge könnte dem Seeraube in Kriegszeiten ein für alle Mal ein Ziel gesetzt werden und das Privatigenthum und das Leben friedlicher Seelente sicher stellen. Damit wäre dem Handel mehr gedient als mit Kriegsschiffen, die recht viel Handelschiffe in den Grund bohren und recht vielen friedlichen Seelenten das Leben nehmen. Gerade in unserer Zeit der Friedensversicherungen wäre die Gelegenheit günstig, einen derartigen internationalen Schutz anzubahnen. Dann wäre ja vielleicht den verschiedenen seefahrenden Nationen ein ganz erheblicher Theil ihrer Unkosten, die sie heute zu tragen haben, erspart.

Der Abg. Hammacher machte uns den Vorwurf, daß wir den Arbeitern schlechte Dienste erweisen, wenn wir die Vorlage ablehnen. Für die Arbeiter kann auf anderen Gebieten viel besser gefordert werden. Warum hat die Regierung z. B. noch nicht im Jahre 1891 beschlossene Abänderung d. d. Gewerbe-Ordnung in vollem Umfange in Kraft treten lassen? Ich meine doch, die Regierung hat vor den Kapitalisten Kapitalist. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und weshalb stimmt nun gerade einmal das Denkart der Regierung mit dem überein, was die Großkapitalisten — ursprünglich ist es Herr v. Stumm in der Kommission, später ist es der Zentralverband deutscher Industrieller durch ihren Kommiss. Herrn Bred — in ihren Gründen darlegen? Auf einmal erscheinen genau dieselben Gründe in den offiziellen Blättern, die sich diese Gründe zu eigen machen. Sie haben also thatsächlich vor den Kapitalisten Kapitalist. Anfangs wollten Sie unter der Flagge des sozialen Königthums sich populär machen und da stieß man auf den Widerstand der Kapitalisten. Man hatte deren Macht unterschätzt. Schließlich sah man sich durch die Verhältnisse gezwungen, die Handelsverträge abzuschließen. Da stießen sie auf den Widerstand der Großgrundbesitzer des Juniterrains, und so ist eine Situation geschaffen, eine Unzufriedenheit im Lande, wie sie vorher niemals dagewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für diese Unzufriedenheit sucht man einen Abseiler und besetzt das alte Rezept Napoleon III., der das Land in auswärtige Handel verwickelte, um die Unzufriedenheit dem Ausland auszuladen. Bei uns sind es die Chinesen und die Regerepubliken, in nächster Zeit werden es vielleicht andere sein, mit denen wir in Handel gerathen. So will man eine Basis vielleicht für eine Weltpolitik haben oder zum mindesten ein Dekorationsstück, hinter welchem man die innere Schwäche verbergen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei einer solchen Weltpolitik, wie sie von vielen Leuten, vielleicht auch von unserem Kollegen Hasse geplant wird, der die Welt neu auftheilen will — ich sage, wir wissen alle, was bei einer solchen neuen Auftheilung herauskommen wird. Sehr viel Opfer an Geld und Menschen werden gebraucht, ohne daß man im Stande ist, irgend ein Volk glücklich zu machen. Ist diese Weltpolitik, die getrieben werden soll, das treibende Element bei der ganzen Flottenvorlage, dann haben wir aus diesem Grunde Ursache, sie abzulehnen, oder soll sie nur ein Dekorationsstück sein, das die innere Schwäche verbergen will, so lehnen wir sie aus diesem Grunde ab. Der Handel ist hinreichend geschützt, das erkennen selbst die Großhändler an und wenn die sich nicht einmal beschagen, dann haben wir gewiss alle Ursache anzunehmen, daß das, was sie berechtigt sind zu verlangen, geschehen ist. In unberechtigten Anforderungen würde aber überhaupt kein Mensch seine Zustimmung geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Stollberg-Wernigerode: Im vorigen Jahre sind die leidenschaftlichsten von ein paar Kreuzer geführte Vorleser, in diesem Jahre, wo es sich um ein viel umfangreicheres Vorleser handelt, wird sachlich und ruhig debattiert. Das kommt daher, daß die flottenfreundliche Stimmung im Lande um vieles gewachsen ist. Dann hat auch die wohlthunende sympathische Art der Begründung durch Herrn Treppe viel dazu beigetragen und die nationale Temperament wohlthunend erhöht. Für mich stehen drei Fragen zur Beantwortung: 1. Ist die vorgeschlagene Verfassung in diesem Maße notwendig, 2. können unsere Finanzen die Mehrbelastung des Etats vertragen, 3. ist die vorgeschlagene Organisation eine richtige? Was die erste Frage anlangt, so ist die handelspolitische Bedeutung der Frage schon hinreichend erörtert worden, ich werde mich aber auch gegen den Abg. Hilpert und sage, auch die Landwirtschaft hat ein indirektes Interesse an der Flottenvermehrung. Sie nützt der Industrie, und die Landwirtschaft ist auf eine lauffähige Industrie ebenso angewiesen, wie umgekehrt die Industrie auf eine lauffähige Landwirtschaft. Ueber die gemeinsamen Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft ist man sich in Frankreich schon seit 200 Jahren klar und daher kommt nicht zum wenigsten der französische Nationalwohlstand. Von den Gegnern der Flotte wird gesagt, die Entscheidung im Kriegsfalle liegt beim Landheer. Das ist gewiß richtig. Aber man muß mit der Möglichkeit eines längeren Krieges rechnen und kann nicht die Dauer des letzten Krieges als allgemein gültigen Maßstab annehmen. Bei einem längeren Kriege ist aber die Flotte von Wichtigkeit wegen der Lebensmittellieferung etc. Ich habe noch niemals gehört, daß ein Land sich durch so große Ausgaben für Heer und Marine ruiniert hätte. Aber das ist schon vorgekommen, daß ein Land sich ruiniert hat, weil es seine Rüstungen vernachlässigt hat. Deshalb will ich natürlich nicht dem Phantom einer Flotte etwas Nachsagen. Davon kann bei uns gar keine Rede sein. Ist nun die Organisation richtig? Ich hätte Lieber eine größere Anzahl von Kreuzern gesehen. Aber ich bin nur Beobachter und beuge mich dem sachverständigen Urtheil des Staatssekretärs. Budgetrechtlich habe ich keine Bedenken gegen die Vorlage. Ich glaube, wir können die Vorlage mit vollem Vertrauen annehmen. Sollte die Regierung im Laufe der Jahre die Reorganisation gewinnen, so wird sie die Pflicht haben, eine Aenderung des Haushaltsplans zu beantragen und jeder Reichstag wird ihr zustimmen müssen. Am liebsten würde mir die Annahme der Vorlage in der vorliegenden Fassung sein. Sollte aber in der Kommission durch Aenderungen der Zweck der Vorlage die Verhärtung der Flotte und die Sicherstellung der Organisation nicht beeinträchtigt werden, so würde ich

auch diesem zustimmen. Ich schließe mit dem Wunsch, daß in dieser wichtigen Frage eine Einigung erzielt werden möge. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Die Vorlage wird dem Antragsteller gemäß an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die Interpellation Wassermann, welche Anregungen bezieht die verbündeten Regierungen zu ergründen, um den auf Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels gerichteten Bestrebungen der Standard Oil Company entgegenzutreten?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Wassermann (noll.) begründet die Interpellation und giebt zunächst eine Darstellung der Entstehung des amerikanischen Rockefeller'schen Trustes. Die unabhängigen Elemente in Amerika haben sich vergebens gegen die Unterdrückung durch das Privatmonopol gewehrt. Die Rockefeller'sche Compagnie, die inzwischen eine Weltmacht geworden war, gewann den Sieg. Auch die amerikanische Sechsigung verlor gegen den Rockefeller'schen Trust. Der siegreiche Kampf, den er führte, wird durchweg charakterisiert durch brutale Rücksichtslosigkeit und brutale Energie, die vor keinem Mittel zurückwich. Der Kampf in Deutschland ist für die Standard Oil Company von entscheidender Wichtigkeit, denn Deutschland ist ein großes Absatzgebiet für amerikanisches Petroleum. Das Bestreben der Compagnie, Deutschland ganz in die Hand zu bekommen, ist seit langer Zeit vorbereitend. Die selbständigen Exporthändler, die früher in den Hafenstädten vorhanden waren, sind nach und nach verschwunden. Entweder wurden sie aufgekauft, oder durch Unterbietung ruiniert, oder in den Kreis der Organisation der St. O. O. einbezogen. Zwei Firmen waren bei Beginn der 90er Jahre noch übrig geblieben: Phil. Roth in Mannheim und Nassau, Jung u. Co. in Bremen. Gegen sie richtete sich der Kampf der Compagnie. Das Mittel war sehr einfach; man suchte sie durch Unterbietungen zu ruinieren, und schließlich wurde der Zweck auch erreicht. Nunmehr sind die beiden Firmen ausgegangen in der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft. Im Osten ist das Privatmonopol bereits durchgeführt; dort hält sich die Standard Oil Company schadlos für die Kampfspreise, die sie an anderen Stellen noch zur Unterbietung der Konkurrenz nöthig hat. Wiederholt hat sich der Reichstag mit der drohenden Gefahr des Privatmonopols im Petroleumhandel beschäftigt. Auch die Vertreter der Regierung haben die Größe der Gefahr anerkannt. Am 2. Dezember 1896 erklärte Herr v. Bötticher, daß die Erwägungen der Regierung, welche Mittel gegen das Privatmonopol zu ergreifen seien, einen befriedigenden Abschluß gefunden hätten. Was nun die heutige Sachlage anlangt, so geht die Rockefeller'sche Compagnie nunmehr gegen die selbständige gebliebenen Händler vor und sucht sie allerorts zu veranlassen, in ihren Dienst zu treten. Die Kontrakte, die sie ihnen zu diesem Behufe vorlegt, sind glücklicherweise öffentlich bekannt geworden. § 1 dieser Kontrakte schreibt dem Händler vor, daß er seinen gesammten Bedarf von der Standard Oil Company bezieht. § 2 setzt das Quantum fest, das ihm maximal geliefert wird und giebt an, in welchem genau begrenzten Gebiete er es verkaufen darf. § 3 enthält die Preisbestimmung; auch die Preise werden von der Compagnie vorgefertigt. § 4 besagt, daß der Händler außer dem Ertrag seiner Auslagen pro Barrel Öl 1 M. Provision erhalten soll. § 5 schreibt die Abrechnung zu bestimmten Monatsterminen vor und giebt der Gesellschaft das Recht, die Bücher der Händler beständig zu kontrollieren. Dieser Vertrag charakterisiert sich von selbst; er verwandelt die selbständige der Zwischenhändler vollständig in Agenten, in Beamte der Standard Oil Company. Es ist klar, daß diese Verträge große Erregung hervorzurufen mußten. Es haben Versammlungen stattgefunden, die Handelskammern haben sich damit beschäftigt, die sozialdemokratische Fraktion hat in der badischen Kammer eine Interpellation eingebracht, ein Händlerkonsortium hat eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet. Die Standard Oil Company geht wieder so brutal und rücksichtslos vor, wie in Amerika, sie schreibt erbarmungslos über niedrigererete Existenzen hinweg. Gelangt ihr Plan, dann wird der gesamte Kleinhandel von den Amerikanern abhängig und die Petroleumpreise werden von den Verkaufsbureaus der Gesellschaft diktiert. Schon jetzt müssen die Detaillisten ihr Petroleum direkt von der Standard Oil Company beziehen, weil kein anderes Petroleum zu haben ist. In Saarbrücken, Kaiserslautern, Zweibrücken und anderen Städten haben sich die selbständigen Händler bereits unterworfen. Das Ziel der Compagnie ist die völlige Ausschaltung des Zwischenhandels, 1901 oder 1905, wenn die Kontrakte abgelaufen sind, werden von ihr überall Zentral-Verkaufsstellen zum direkten Verkauf des Petroleums errichtet werden. Die Compagnie arbeitet mit Zunderbrot und Peitsche. Das Zunderbrot ist, daß sie den Händlern, die große Quantitäten Petroleum auf Lager haben, die Differenz zwischen dem Einkaufs- und dem jetzigen Preise heranzahlt und ihnen außerdem Gratifikationen gewährt. Es wird nun behauptet, die Konsumenten hätten kein Interesse daran, daß die Zwischenhändler eingetreten, weil die Petroleumpreise jetzt niedriger seien, als früher. Die Erklärung des derzeitigen Preisfalls ergibt sich daraus, daß die Standard Oil Company die Konkurrenz der Pure Oil Company, die in Hamburg Zankantagen errichtet hat, nicht auf dem Felde schlagen will. Ist aber erst einmal von der Standard Oil Company ein völliges Netz der Verkaufsorganisation über Deutschland ausgebreitet, dann wird es für die Konkurrenz schwer sein, wieder ins Geschäft zu kommen. Dann ist die Preisbildung völlig in den Händen des Privatmonopols und damit tritt das Interesse der Konsumenten in den Vordergrund. Der ganze Zweck des Trustes ist es natürlich, hohe Dividenden zu erzielen, und es ist nicht abzusehen, warum er sich in der Preissteigerung Mühe geben sollte. In den Ländern, wo das Privatmonopol schon herrscht, sind die Petroleumpreise bereits jetzt um 25—28 pCt. höher, als anderswo. Das die Konkurrenz des Gases und der Elektricität Preissteigerungen verhalten wird, ist doch auch nicht unbedingt richtig; zudem wird das Petroleum noch wichtiger, als Betriebskraft für Motoren. Schon jetzt heimt der Trust hohe Dividenden ein. Die deutsche Petroleum-Gesellschaft wird 40 pCt. jährlich verdienen. Sobald das Monopol herrscht, hören die Preisnotierungen ganz auf, und der Konsument ist ganz im Unklaren. Der russische Import ist fluchtartig zurückgewichen, vielleicht, weil die russische Gruppe sich mit der amerikanischen verständigt hat. Galizien kommt nicht in Betracht; auch sind die Frachten zu hoch. Was ist nun hier zu thun? Es wird dem einzelnen Abgeordneten schwer fallen, bestimmte Maßregeln vorzuschlagen, und noch schwieriger wird es sein, solche Maßregeln wirklich zu ergreifen, nachdem die Entwicklung der Gesellschaft bereits einen so großen Umfang angenommen. Die Interpellation soll aber vor allem den Zweck haben, die schwankenden Elemente in ihrem Kampfe gegen die Gesellschaft zu stärken. Und als erstes und wichtigstes Prinzip würde ich anstellen: die Beförderung des russischen Importes. Freilich steht dem mancherlei im Wege. Das russische Petroleum ist schwerer als das amerikanische; der Detaillist fährt daher schlechter, wenn er das russische Petroleum erkaufte; man müßte also bei dem russischen Petroleum den Verlust nach Maß — statt nach Gewicht — einführen. Eine solche Maßregel ist nicht neu; sie ist z. B. bereits in Frankreich mit Erfolg angewandt. Ferner aber: das russische Petroleum enthält 75 pCt. das amerikanische 50 pCt. gutes Leucht-Öl; es wäre daher bei Vorschlag in Erwägung zu ziehen, dieses Kernöl im Petroleum in einem bestimmten Maße zu verlangen. Eine ähnliche Maßregel ist in England bereits durchgeführt. Solche und ähnliche Vorschläge sind mir vielfach bei uns gemacht und von sachmännlicher Seite empfohlen worden; in dem Bericht der Berliner Kommission ist dieser Gesichtspunkt auch auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen. Man hat freies gesprochen von den Schwierigkeiten, die das russische Petroleum beim Brennen in den bei uns eingeführten Lampen machen würde. Nach dieser Richtung hin haben die preussischen Eisenbahndirektoren Versuche angestellt begonnen.

Dann ist weiter vorgeschlagen worden, man möge das deutsche Zollsystem ändern und eine Differenzierung zwischen Rohöl und raffiniertem Öl eintreten lassen. In Frankreich ist diese Differenzierung in der Zollbehandlung auch bereits vorgenommen. — Endlich ist sehr in Erwägung zu ziehen die Frage der Gesetzgebung gegen solche Kartelle überhaupt. Oesterreich ist mit einem solchen Verbot über Kartelle vorangegangen. Dem Gesetzentwurf vom Juni 1897 sind unterstellt die Kartelle, welche auf Beseitigung des freien Wettbewerbs abzielen; sie sind zu untersagen, wenn die Preise in einer die Steuer- oder die Konsumkraft der Bevölkerung offenbar schädigenden Weise durch sie gesteigert werden. Diese Gesichtspunkte sind erwägenswerth. Ebenso ist das Reichsgericht in der Frage der Wirksamkeit solcher Verträge in einer Entscheidung 1897 zu durchaus vernünftigen Konsequenzen gekommen. Die Syndikate und Kartelle sind nach dieser zweifellos legendreich für die Volkswirtschaft durch die Festsetzung und Regelung der Produktion; anders läge die Sache aber, wenn die Kartelle bestimmt sind, durch Monopol eine wucherische Ausbeutung der Konsumenten herbeizuführen, oder diese thatsächlich herbeigeführt wird. In diesem Moment sei die Wichtigkeit dieser Verträge ohne weiteres gegeben. Der Zweck der Interpellation ist der, die Elemente, die im Kampfe begriffen sind, zu stärken und den Reichstag auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Wohl wird mancher sagen: Dies alles wird doch nichts helfen; die Standard Oil Company ist zu mächtig; aber die Verlängerung des Existenz- und Konkurrenzkampfes auf Jahre hinaus wäre, wenn auch nur diese erreicht würde, auch werthvoll. (Beifall.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die vorliegende Frage ist eine sehr schwierige; auf der einen Seite befindet sich ein mächtiger Produzent, welcher gleichzeitig Besitzer eines großen Theils des Rohmaterials ist, auf der anderen Seite deutsche Käufer, welche in einem privatrechtlichen Vertragsverhältnis mit der Standard Oil Company leben. Ist die Gesetzgebung in der Lage, einem solchen privaten Vertrage gegenüber einzuschreiten? Würde sie es thun, so würde man wohl betonen, daß die Staatsregierung sich nicht einzumischen habe. — Seit Begründung der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft bewegt sich die Preisgestaltung fast fortgesetzt in absteigender Linie. 1890 war der Durchschnittspreis per Dezember: 13,3 M., 1891: 12,6 M., 1892: 11,1 M., 1893: 9,5 M. und 1894: 9,7 M. Dann kam das berühmte Jahr 1895, wo hier die ersten Debatten gepflogen wurden; es ist noch nicht aufgelöst, ob es sich um eine Spekulation der Standard Oil Company handelte, oder ob diese nicht über das nöthige Rohmaterial verfügte. Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft hatte jedenfalls keinen Nutzen, sondern erheblichen Schaden. Der Durchschnittspreis des Jahres 1895 war danach 13,5 M., 1896: 12,4, 1897 (Jan.-Okt.): 10,2. Das Sinken des Preises erklärt sich aus der Konzentration, andererseits aus der ausgezeichneten geschickten Art, in der denkbar bequemsten Weise allen Abnehmern das Petroleum zuzuführen. — Ein Vertreter der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft hat mir erklärt, er habe den Auftrag gegeben, daß keine weiteren der angeforderten Verträge mehr abgeschlossen werden, und dasselbe habe er bei der Mannheim-Bremer Aktiengesellschaft vorgeschlagen. — Bereits 1890 ist bei der großen Preissteigerung erwogen worden, ob es möglich ist, mit Mitteln des Reichs oder der Einzelstaaten die deutschen Oelfabriken zu stärken. Dazu müßte man große Kapitalien aufwenden, um große Tanks zu errichten. Wer garantiert aber, wenn wir solche Verantwortung übernehmen, daß die Standard Oil Company nicht den Oelfabriken solche Angebote machen würde, daß sie sich angeschlossen und so unser Kapital nutzlos verwendet wäre? — Ein Weg der Unterstützung besteht in der Begünstigung des russischen Petroleum. Wir sind diesem schon schon entgegengekommen durch die Abnahme des Zolls nach Volumen und nicht nach Gewicht. Trotzdem ist die Einfuhr nicht gewachsen, wenn man auch nicht von einem fluchtartigen Zurückgehen sprechen kann. Es scheint, daß man in Russland nicht den Werth legt auf den deutschen Markt oder daß man mit dem amerikanischen Petroleum nicht konkurriren kann. Man hat bisher noch keine geeignete Maßregel gewinnen können, die sich nur gegen ein bestimmtes Petroleum richtete. Wollte man gefahrlos festlegen, daß man nur nach Gewicht verkaufen darf, so würde damit der ambulante Verkauf ganz erschwert, wenn nicht unmöglich. Vielleicht könnte man die Raffination nach Deutschland verlegen. (Das wäre eine Maßregel gegen die Standard Oil Company.) Dann müßten wir eine Zolldifferenz eintreten lassen zwischen Roh- und raffiniertem Petroleum. Außerdem hat es sich das Bedenken, die Raffination nach Deutschland zu verlegen, weil wir dann den Nebenprodukten in der Braunkohlen-Industrie eine gefährliche Konkurrenz bereiten. Die Erfahrungen in Frankreich sprechen auch nicht dafür, denn dort hat die Standard Oil Company in den Raffinerien ihre Hand im Spiel. Ein anderer Weg ist der, die Eisenbahnkosten für die Einfuhr russischen Petroleum herabzusetzen. Es sind darüber schon Erwägungen im preussischen Eisenbahn-Ministerium gepflogen worden. Ein weiterer Weg würde sein, den Zoll auf amerikanisches Petroleum zu erhöhen. Offenlich kann die Konkurrenz der deutschen Landwirtschaft mit ihrem Spiritus hier eintreten. Je theurer das amerikanische Petroleum wird, um so eher wird der deutsche Spiritus konkurriren können. Gegenwärtig freilich kann sie den 100krädigen Spiritus noch nicht für 25 Pf. liefern. Wäre die Konkurrenzmöglichkeit da, so würde das die glücklichste Lösung der deutschen Agrarfrage sein. (Große Heiterkeit.)

Ich meine, wir haben gegen Mißbräuche der Standard Oil Company zu kämpfen und sogar zeitweilige finanzielle Opfer nicht zu scheuen. Wir werden alle hier angebotenen Mittel energisch und thätigst und sofort ergreifen. Gleichzeitig geben wir den russischen Petroleumproduzenten und den amerikanischen Oelfabriken den Rath, die Konkurrenz mit der Standard Oil Company nicht aufzugeben. Wir werden ihnen in diesem Kampfe alle Erleichterungen und Unterstützungen zu Theil werden lassen, die zu gewähren uns nur möglich ist. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Barth wird eine Besprechung der Interpellation und zugleich eine Vertagung dieser Besprechung beschlossen.

Der Präsident theilt mit, daß Gesetzentwürfe betr. die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Straf- und Zivilprozessordnung eingegangen sind und nächst die Sitzung.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Besprechung der Interpellation Wasser mann und erste Lesung des Etats. Schluß 5 1/4 Uhr.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 9. Dezember nachmittags 5 Uhr.

Dem Andenken des verstorbenen Stadtv. Bunder widmet der Vorsteher Dr. Langerhans ehrende Worte.

In der Woche vor Weihnachten soll die Planarhebung ausfallen; zwischen Weihnacht und Neujahr wird am Mittwoch eine Sitzung stattfinden.

Auf der Tagesordnung steht heute u. a. auch die Wahl eines Stadtschulraths.

Es werden bei der Wahl 117 Stimmzettel abgegeben; von diesen lauten 71 auf den bisherigen Stadtschulrath Vertram, welcher sonach wiedergewählt ist. Inzwischen werden 46 unbeschriebene Zettel gezählt. Die Verfündigung des Resultats wird mit Beifall von der einen, mit Bifchen von der anderen Seite aufgenommen.

Der Stadtv. Kallmann hat mit der Unterstützung von 34 Mitgliedern den Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, in gemischter Deputation mit

der Versammlung über die Aufnahme einer Anleihe zwecks schnellerer Durchführung von Straßenerweiterungen zu berathen.

Stadtv. Kallmann als Antragsteller führt aus, daß der Schwerpunkt seines Antrages nicht auf der Anleihe ruht, sondern daß er, entsprechend dem allgemeinen Verlangen nach Aufstellung eines festen Planes für die städtischen Straßenerweiterungen, die Verathung in gemischter Deputation zur Verständigung über einen solchen Plan beziehungsweise um die Reihenfolge der Ausführung der verschiedenen Projekte verlangt. Bisher stoße jedes derartige Projekt auf die Feindschaft aller anderen und auf das Veto des Räumers. Man denke nur an die Charlottenstraße, die Wallstraße, die Schilderstraße, die Spandauerstraße, das Schennenviertel, die Uferstraße u. a., heute, wo der allgemeine Verkehrsplan aufgestellt sei, sei es auch an der Zeit, diese Frage generell zu ordnen. Wegen der Finanzrückfichten empfehle sich die Niederlegung einer besonderen gemischten Deputation.

Stadtv. Reichow beantragt, in dem Antrage statt „über die Aufnahme einer Anleihe“ zu sagen „über die Beschaffung von Mitteln“; der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden.

Stadtv. Jacobi spricht sich bezüglich des Antrags Kallmann sehr skeptisch aus. Aus der früheren Anleihenwirtschaft sei man doch glücklich heraus, und er verspüre keine Lust, zu ihr zurückzukehren. Auch das Tempo der bisherigen Straßenerweiterungen habe nichts zu wünschen übrig gelassen. Mit dem Eingehen auf den Antrag würde man die finanzwirtschaftlichen Traditionen der Stadt völlig verläugnen. Redner bittet danach um Ablehnung des Antrags.

Stadtv. Wohlgemuth ist ebenfalls kein Freund des Antrags Kallmann.

Auch Stadtv. Heilmann tritt dem Antrage, der bloß Begehrlichkeit und Spekulation herausfordern würde, entschieden entgegen.

Stadtv. Singer: Ich kann der allgemeinen Verurtheilung der Aufnahme einer Anleihe nicht zustimmen. Die Majorität ist auch gar so spröde dagegen nicht gewesen, denn wir bauen ja auch unsere Brücken aus Anleihen. Zweifellos dauert die Wirksamkeit solcher Anlagen weit über die gegenwärtige Generation hinaus; mit dem bloßen Wunsche, ein freier Mann bleiben zu wollen und nicht der Genehmigung des Ministers unterworfen zu sein, kann man also die Ablehnung einer Anleihe nicht begründen. Es liegt mit diesem Wunsche so, wie mit Ihrer Furcht, den Etat der Genehmigung des Ministers unterbreiten zu müssen; man markirt damit bloß den feststehenden Entschluß, überhaupt nicht über 100 pCt. Einkommensteuer hinaus zu gehen (Widerspruch). Die Konsequenzen dieses Standpunktes führen in Berlin zu Krähwinkel (Widerspruch), so in der Wiltonstraße und namentlich in den Arbeitervierteln (vielsache Ausrufe: Aha!), Rosenbaler, Holzmarktstraße, wo geradezu Nondalfe, für eine Großstadt nicht haltbare Zustände vorhanden sind. Wir müssen Straßenerweiterungen haben auch des elektrischen Bahnverkehrs wegen; in der Leipzigerstraße können wir auch mit der elektrischen Bahn nicht auskommen, wir müssen andere Linien haben, und die können wir nur bekommen, wenn wir andere Straßenzüge verbreitern. Der Antrag ist uns um deswegen sympathisch, weil er versucht, einer Wirtschaft ein Ende zu machen, die ich auch für Berlin nicht für passend erachten kann. Wir dürfen bei Straßenerweiterungen nicht von der Hand in den Mund leben. Allerdings hat der Antrag eine Art Gründerbeigehäm; der wüthendsten Spekulation wird dadurch Thür und Thor geöffnet werden (Zustimmung); aber es ist eine Art Nemesis, die dann eintritt, daß die begeisterten Anhänger der heutigen Wirtschaftsweise Anreigungen geben müssen, bei denen das Wohl der Stadt nicht mehr bestehen kann. Kollege Kallmann ist aus einem gründerfreundlichen Saule plötzlich ein Städterege-freundlicher Paulus geworden. (Sehr gut!) Aus Konsequenz wird Herr Kallmann sicher dazu kommen, die Straßenerweiterungen in Zukunft mit unverrücklicher Entschlossenheit nur in städtischer Regie durchzuführen zu lassen. Dann brauchen wir die städtischen Millionen nicht mehr den Privatunternehmern in den Taschen zu werfen. Diese Auffassung wird sich notwendiger Weise auch der Mehrheit schließlich ausdrängen. In diesem Sinne werden wir für den Antrag stimmen. Die Selbstverwaltung verlangt, daß bei allen solchen Fragen die Vertretung der Bürgerschaft von Anfang an mit zum Worte kommt; darum stimmen wir dem Gedanken der gemischten Deputation zu.

Kämmerer Raab: Ich stehe persönlich auf dem Standpunkte der Herren Jacob und Heilmann und rühme mich dessen. Mit Herrn Singer empfinde ich an dem Antrage einen gewissen Gründerbeigehäm. Das Gefährliche an dem Antrage ist der Plan; der fördert die Spekulation in der tollsten Weise. Anleihen bekommen wir ohne Kostenschläge für ganz bestimmte Straßenerweiterungen vom Minister nicht genehmigt; wenn wir diese Anschläge gemacht haben, können sie nicht geheim bleiben, die Spekulation wird losgehen, die Schlüsselscheine werden wie Pilze aus dem festen Boden hervorschießen. Die Straßenerweiterungen für Berlin halte ich für wiederlebende Ausgaben. (Sehr richtig!) Thatsächlich sind auch, abgesehen von der Kaiser Wilhelmstraße, die zahlreichen Straßenerweiterungen der letzten Jahre aus laufenden Mitteln bestritten worden. Lassen wir es dabei. Die Brücken bauen wir auch nur insofern aus Anleihen, als sie Ersatzbanten für die vernachlässigten, uns vom Staate überkommenen Brücken darstellen. Die Spandauerstraße — wir gefällt sie (Große Heiterkeit); sie stellt bei dem Engpasse noch ein gut Stück Alt-Berlin dar. Kommen wir aber einmal zu dem Entschlusse, sie zu verbreitern, nun, das wird die Welt ja noch bezahlen können, ohne daß wir Anleihen dazu brauchen. Die neue Anleihe, welche wir jetzt aufnehmen beabsichtigen, erfordert für die nächsten vier Jahre 67 900 000 Mark. Wir wollen es gerade vermeiden, uns für eine Reihe von Jahren festzuliegen, denn wir kennen unsere Pappenhäuser hier in Berlin auch!

Nachdem noch Stadtv. Reichow für seinen Abänderungsantrag eingetreten ist, tritt im Schlußwort der Antragsteller vor allem dem Vorwurfe entgegen, daß sein Antrag der wüthendsten Spekulation Vorschub leisten würde. Auf Verkehrs- und hygienischen Interessen sei ein Plan, wie er ihn erstrebe, eine Nothwendigkeit für die Stadt.

Der Antrag in der Fassung Reichow wird darauf abgelehnt. Es folgt die Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend die Entwürfe zum Neubau einer Volksschule-Anstalt und eines Wohnhauses in der Dennewitzstraße 24a, — einer Volksschule-Anstalt in der Wärschstraße — und einer Volksschule-Anstalt in der Oderbergerstraße 57—59.

Den Bericht erstattet Stadtv. Kalisch. Der Ausschuss hat den ungarbeiteten speziellen Entwurf für die Anstalt in der Dennewitzstraße, desgl. die beiden anderen Vorlagen mit großer Mehrheit genehmigt und dem Widerspruch gegen die von einer Minderheit als unnütz und verschwenderisch bezeichnete Anlage von Schwimmbassins keine Beachtung geschenkt.

Stadtv. Wallach beantragt, von der Anlage von Schwimmbassins bei den Anstalten abzusehen (Antrage) und die gesammelten Vorlagen einem aus dem 1898 zu wählenden Ausschusse von 15 Mitgliedern zur weiteren Vorberathung zu übergeben. Die Kosten für die neuen Badeanstalten seien viel höher als damals erwartet; man habe nicht mehr als 500 000 M. für jede Anstalt bewilligen wollen und jetzt kämen 700 000 M. heraus, und die Vertheuerung rühre hauptsächlich von den Schwimmbassins her. Daß die Privatbadeanstalts-Besitzer geschädigt werden (Aha!), könne man doch nicht leugnen. Für die Oderbergerstraße sei ein Theil seiner Freunde das Schwimmbassin zu bewilligen bereit.

Stadtschulrath Hoffmann bestreitet, daß man hier von Luxusbanken sprechen könne. Bei den früheren Badeanstalten, Thurm- und Schildingstraße, seien keine Wohnhäuser und städtischen Depots vorhanden, wie bei den neuen. Diese Unterschiede seien wohl zu beachten. Nach dem Einheitsjahre stellen sich die neuen sogar billiger. Die Kosten für Anlagen ohne Schwimmbad würden nicht geringer, sondern höher sein. Und das Publikum wüschte gerade

die Anlage von vielen und großen Schwimmbassins. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtv. Gorman tritt gleichfalls für die Ausschussvorschlüge und für die von dem gesammelten Ausschusse für vorzüglich anerkannten Pläne des neuen Stadtschulraths ein.

Unter großer Heiterkeit der Versammlung zieht Stadtv. Wallach seinen Antrag zurück.

Stadtv. Gorman: Nur wegen der Erwähnung der Privatbadeanstalten seitens des Herrn Wallach bemerke ich, daß wenn deren Besitzer glauben, durch die besser eingerichteten städtischen Anstalten geschädigt zu werden, ihnen doch nichts im Wege steht, auch ihre Anstalten besser einzurichten; wenn sie aber aus Konkurrenzrücksichten fordern, daß die Stadt ihre Bade-Anstalten so dürftig einrichtet, daß niemand hineingeht, so ist das eine Unverschämtheit, gegen die wir energisch Protest erheben müssen. Mit der Annahme der Vorlage erfüllen Sie ein Bedürfnis der breiten Masse der Bevölkerung! (Beifall.)

Stadtv. Spinola erklärt, daß seine Freunde den Bau von Palästen für Bade-Anstalten für Millionen nicht für gerechtfertigt erachten können, sondern eine Mehrzahl kleinere einfache Anstalten vorziehen. Die Privatbadeanstalten müssen thatsächlich zu Grunde gehen; möge also der Magistrat wenigstens nachher bei der Normirung der Tarife so verfahren, daß diese nicht ganz ruinirt werden.

Auf eine Anregung des Stadtv. Leo erklärt Stadtschulrath Straßmann, daß Schwimmbäder absolut nicht gesundheitsnachtheilig sein können. (Beifall.)

Stadtv. Singer: Mir ist versichert worden, daß das Wasser in den Schwimmbassins viel sauberer als das Spreewasser ist. Der Anregung des Herrn Spinola bezüglich der Feststellung der Tarife für Bannbäder bitte ich nicht zu folgen. Bei diesen Fragen kann nicht das Interesse einer kleinen privaten Gruppe entscheiden. Sollen die städtischen Anstalten eine wirklich nützliche Institution sein, so muß die Benutzung so billig wie möglich sein, denn nur dann können die Massen den gewünschten Gebrauch davon machen.

Die Vorlagen werden darauf nach den Ausschussanträgen angenommen.

Die Berathung der Ausschussberichte über die Anträge Gorman wegen Anstellung von Schul-Kindern u. s. w. wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Vorlage wegen Nichtung von Räumen für das städtische Meldebureau geht an einen Ausschuss. Schluß 7 1/2 Uhr.

Das Ergebniß der gestern im Nothen Hause vorgenommenen Stadtschulraths-Wahl war: Vertram's Namen erhielten 71 Zettel, die übrigen 46 abgegebenen Zettel blieben unbeschrieben. Mithin ist zwar Vertram formell gewählt. Die gegen seine Wiederwahl protestirende Minderheit ist aber so bedeutend — sie übersteigt ein Drittel aller Stadtverordneten — daß vielfach die Ansicht gehegt wird, Vertram werde mit Rücksicht auf die enorm hohe Zahl nicht auf ihn gefallener Stimmen die Annahme seiner Wiederwahl ablehnen. Wir gebären zu diesen Hoffnungsgegenständen nicht. Wer im Alter von fast 72 Jahren auf seinem 12 Jahre zum Schulmonarchen Berlins gewählt wird, würde bei einer derartigen kleinen Mehrheit die Wahl allerdings ablehnen, wenn er den Anforderungen der Allgemeinheit volle Rechnung zu tragen bestrebt ist. Aber gerade weil Herr Vertram's Verwaltungsmaxime die der Stagnation ist und die der rechthaberischen Alters zu werden droht, wurden ja seine Zettel abgegeben. Die Stagnation im Berliner Volksschulwesen ist ja nicht allein Folge des Systems des Stadtschulraths Vertram, vielmehr folgt dies System wesentlich aus der rückschrittlichen Natur unseres Berliner Kommunalregiments. — Wie pflichtbühlerisch ängstlich die Stadtverordnetenmehrheit auf jedem Gebiete sich Anregungen entgegenstemmt, die dem Interesse der Allgemeinheit dienen, dem Privatbetrieb aber einen Damm setzen, zeigte die nachfolgende Debatte über die Aufstellung eines Planes zur organischen Durchführung der Erweiterung unserer Straßen. Der Plan fiel, wie wohl (oder weil?) Genosse Singer dargelegt hatte, daß durch Uebernahme der Ausführungen in städtische Regie jeder Privatspekulation der Boden entzogen sein würde.

Lokales.

Achtung, zweiter Wahlkreis. In der am Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, bei Jubel, Lindenstr. 106, stattfindenden öffentlichen Versammlung wird Genosse Dr. Vorkardt über die Werththeorie von Karl Marx sprechen. Nachher folgt gemüthliches Beisammensein. Die Vertrauensperson.

Die „Freie Volksschule“ beginnt am Sonntag, 12. Dezember, nach 8 Uhr, die vierte Serie ihrer Vorstellungen in Lessing's Theater. Max Halbe's „Jugend“, ein Liebes-Drama in drei Aufzügen, gelangt im Dezember zur Aufführung. Die Hauptrollen befinden sich in Händen der Herren Adolf Klein als Kaplan Gregor v. Schigoroff, Pfarrer Deppe: Karl Waldow, München: Frz. Willi Krause. — Sonntag, den 12. Dezember: I. Abtheilung.

Der Vorstand. J. K.: O. Winkler.

Zur Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf alle in kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter bringt der neueste Gewerbe-Deputations-Bericht (pro 1896/97) eine eingehendere Darstellung der Sachlage und der Thätigkeit der Deputation in dieser Angelegenheit. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte auf Antrag Stadtschulrath und Genossen durch Beschluß vom 16. Januar 1896 den Magistrat um Auskunft darüber ersucht, wie weit für die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter bei Erkrankungen und Unfällen gesorgt sei. Zur Beantwortung dieser Frage hat die Deputation ein Verzeichniß aller im städtischen Dienst und in städtischen Betrieben Beschäftigten aufgestellt, aus dem sich hinsichtlich der Kranken- und Unfallversicherung folgendes ergibt. Als Zwangsglieder bei Orts- oder Betriebs-Krankenkassen waren (zur Zeit der Aufstellung) 6975 männliche, 714 weibliche, zusammen 7689 Personen gemeldet, bei denen die Stadt ein Beitrags-Drittel zu tragen hatte. 370 männliche, 270 weibliche, zusammen 640 Personen erhielten in Krankheitsfällen von der Stadt die im Gesetz vorgesehene Mindestleistungen, ohne daß eine Gegenleistung von ihnen beansprucht wurde. 1895 männliche, 452 weibliche, zusammen 2347 Personen waren nicht unter Mitwirkung der Stadtgemeinde versichert, trugen also, soweit sie etwa freiwillig versichert waren, die gesamten Kosten selbst. Diese ungleicherliche Behandlung beruht im wesentlichen darauf, daß nach § 1 des Versicherungs-Gesetzes die Angestellten städtischer Betriebe nur dann zu versichern sind, wenn es sich um Fabriken, Bauen oder gewerbliche Betriebe handelt oder Dampf-kessel bezw. durch elementare Kraft bewegte Triebwerke verwendet werden. Es ergaben sich aber Zweifel, sagt der Bericht, ob Markthallen, Vademastellen u. s. w. unter den Begriff „Gewerbe“ fallen, ob ein Fahrstuhl in einer Markthalle die Versicherungsspflicht zur Folge hat, ob die Beschäftigten im Dienste der Stadt oder dritter, von der Stadt beschäftigter Personen seien. Die im Kreis Niederbarnim Beschäftigten sind aber sämtlich versichert, weil hier durch statistische Regelung die Versicherungspflicht bereits auf den im Kommunaldienst Beschäftigten ausgedehnt ist. Die Gewerbe-Deputation hat eine gleichmäßige Behandlung aller dieser Personen für billig gehalten und hat zur Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle in städtischen Betrieben Beschäftigten ein Verzeichniß empfohlen, das jetzt, wie bereits mitgeteilt wurde, in dem zur Berathung dieser Frage eingesetzten Stadtverordneten-Ausschuss einstimmig angenommen worden ist. In betracht kommen, wie oben angegeben, 2350 Pers., und das von der Stadt zu tragende Beitrags-Drittel beträgt rund 2300 M., denen jedoch Ersparnisse an Lohnfortzahlungen, besonderen Unterstützungen bezw. am Armenetat gegenüberstehen würden. Von der Errichtung einer besonderen Betriebs-Krankenkasse für die städtischen Angestellten verpicht sich die Deputation weitere erhebliche Ersparnisse. Hinsichtlich der Unfallversicherung

bestehen ebenfalls Zweifel, wo eine Versicherungspflicht vorliegt und wo nicht. Das Gesetz bietet aber hier vorläufig keine Handhabe zur fakturischen Ausdehnung der Versicherungspflicht. Die Deputation hat hier Gleichstellung der nicht Versicherungspflichtigen mit den Versicherungspflichtigen vorgeschlagen. Die Vorschläge sind von dem erwähnten Ausschuss jetzt ebenfalls angenommen worden und werden mit den die Krankenversicherung betreffenden der Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme empfohlen werden. Im Falle der Annahme werden tausende von Arbeitern künftig als ihr Recht zu beanspruchen haben, was ihnen bisher in günstigsten Falle aus G u a d e und B a r m h e r z i g k e i t gewährt worden ist, wenn es überhaupt gewährt wurde. Die städtischen Betriebe sollen M u s t e r b e t r i e b e sein, aber der bisherige Zustand war alles andere eher als „musterhaft“.

Das Olympia-Theater ist nunmehr glücklich am Mittwoch eröffnet worden, nachdem ein bei der Errichtung der Bühne eingetretenes Malheur zweimal die Verschiebung der bekanntlich recht lebhaft angekündigten Premiere erforderlich gemacht hatte. Fast schien es, als sollte man auch vorgestern noch nicht zu Lande kommen, denn der zu 7 1/2 Uhr angelegte Beginn der Vorstellung ließ fast dreiviertel Stunden auf sich warten. Das zahlreich herbeigeströmte Publikum blühte mittlerweile verwundert im Raume umher. Es sah etwas Solides, Behäbiges im alten Circus Ring. Der ausgedehnte Bau war im Gegenfah zu anderen Instituten dieser Art aus Mauerwerk errichtet, und der Gediegenheit der Grundvesten entsprach die innere Ausstattung, die nicht allein eine auf die Jahre berechnete Eleganz aufwies, sondern auch auf das Auge fast harmonisch wirkte. Dieser anheimelnde Eindruck ist durch den Umbau völlig zerstört worden. Die südliche Hälfte des Circus ist zur Bühne umgewandelt, welche nicht allein durch Vorhang und Orchester, sondern auch durch einen breiten Wassergraben vom Zuschauerraum getrennt ist. Die Manege hat man zum Parkett gemacht, dessen erste Stühle so weit von der Bühne entfernt stehen, wie in einem anderen Theater die letzten Reihen. Die befremdende Wirkung dieser Neuerungen verwandelte sich in ein gewisses Unbehagen durch das häufige Flimmern der wohl etwas unfertigen elektrischen Beleuchtung, durch das lange Warten und nicht zum geringsten durch die empfindliche Kälte, die den früher so wohlgeheizten Raum durchzog. Endlich, nachdem der Kapellmeister sich vergeblich bemüht hatte, die Ungeübten des Publikums durch einige Musikstücke zu beschwichtigen, ging der Vorhang in die Höhe. Was jetzt geboten wurde? Mancher Leser wird das vorjährige Olympia-Theater besucht haben. Wenn nun hervorgehoben wird, daß die Kostüme womöglich noch schillernder waren als damals, und an Ballettisen, Statisten, Akrobaten und Viehzug noch weniger gespart wurde, so ist so ziemlich alles gesagt. Daß das Stück Konstantinopel hieß, war nebensächlich, es hätte ebenso gut nach einer anderen in unserem Erdtheil liegenden Hauptstadt getauft werden können, und was die in einem Textbuch beschriebene Handlung betraf, so war diese ebenso gleichgültig. Zwei oder drei Kerle, die als angeblich handelnde Personen mit Namen genannt sind, liefen oder ritten oder zuweilen recht sitzend durch die Sphärenharmonie der Balletgruppen hindurch und suchten mit den Händen umher. Meistens aber verhielten sie sich ruhig in irgend einem Winkel und sahen den Tänzern zu. Was diese betraf, so waren in der That wahre Wunder an farbenprächtigen Bildern geschaffen worden. Alle Achtung vor dem Mann, der in eine so grandiose Masse von leichtfertigen Weiblein Ordnung und Harmonie zu bringen wußte. Aber zieht man das Fazit der auf eine Bühne von 42 Metern Länge vertheilten Waffenschaustellung, so muß gesagt werden, daß sie auf die Dauer von beinahe vier Stunden — so lange währte die allerdings von zwei fast halbtägigen Pausen unterbrochene Vorstellung — ermüdete und in ihrem Einzelnen von Ballet und wieder Ballet die Nerven abspannte. Mit wirklicher Bühnenkunst steht das Olympia-Theater natürlich in keiner Beziehung; das Ganze ist als ein Stück solofolter Barbarei zu betrachten, das vielleicht mit den glänzenden Schauspielen, an welchen asiatische Fürsten sich ergötzen sollen, in Verwandtschaft gebracht werden kann. Im nerventötenden Banne des Kapitalismus mußte die Mehrzahl der Menschen schließlich für höheren Kunstgenuss mehr und mehr unempfindlich werden und nach einem Ergötzen verlangen, bei dem die Denkfunktionen unendlich sind. Dem kommt man nun folgerichtig mit äppigen Geschmacklosigkeiten der hier skizzierten Art entgegen.

Berliner Nylverein für Obdachlose. Im Monat November 1897 nächstgigen im Männerasyl 20 553 Personen, wovon 10 647 badeten, im Frauenasyl 8281 Personen, wovon 191 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer Wiesenstraße 55—59, für Frauen Pfälzerstraße 5.

Zur Beachtung! Zwei in dürftigen Verhältnissen lebende Parteilosen in Laucha und Steinheid offeriren ihre selbstgefertigten Erzeugnisse in Christbaumschmuck (Glaswaaren). Der Genosse Zubeil, Lindenstr. 106, hat den Verkauf dieser Glasarbeiten bereitwillig übernommen. Unter dem Hinweis, daß die Verkaufsobjekte zum Selbstkostenpreise abgegeben werden, bitten wir um geneigte Unterstützung des Unternehmens.

Zahlreiche Kriminalbeamte stehen augenblicklich im Innern der großen Berliner Geschäftshäuser auf Posten, weil dort alljährlich um diese Zeit unglücklich viele Gegenstände entwendet werden. Bisher ist nur in solchen Fällen die Strafverfolgung erfolgt worden, wo es sich um gewerkschaftliche Diebereien handelte oder abgefaßte Gelegenheitsdiebe ebendort den Entriesteten spielten und womöglich Schadenersatz für den in ihre Diebstahl gefassten Zweifel verlangten. Zu Zukunft wollen aber die Geschäftskreise nicht weiter Milde walten lassen, da die Diebstähle überhandnehmen und trotz aller Wachsamkeit die meisten Diebe mit der Beute entkommen. Insbesondere soll auf die berühmte „Kleptomane“, welche gerade zu Weihnachten epidemisch wird, nicht mehr gegeben werden. Natürlich kommen gelegentlich auch Fehlgänge der Beamten vor, was dann stets zu äußerst peinlichen Szenen führt.

In der Marie Thiele'schen Mordsache verdichten sich die Verdachtsmomente gegen den, wie mitgeteilt, verhafteten Schuhmacher Hardtke immer mehr, so daß es wahrscheinlich gelingen wird, ihn dieser That überführen zu können. Namentlich belasten ihn die Aussagen zweier unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Mädchen, die Hardtke in der Mordnacht zwischen 10 und 11 Uhr in der Hannoverstraße in unmittelbarer Nähe des Hauses, in dem die Thiele ihr Absteigquartier hatte und ermordet wurde, ansprach. Er fragte sie, ob sie allein wohnten, und ging auch mit der einen in ein Haus hinein. Als aber noch andere Leute dort erschienen, verschwand Hardtke so schnell wie möglich. Er leugnete auch bei der Konfrontation, bei der ihn die Mädchen mit vollster Bestimmtheit wieder erkannten und versuchte einen Alibibeweis anzutreten, der aber vollständig mißlang. Wahrscheinlich dürfte es auch gelingen, dem Hardtke, dessen perverse Neigungen wir bereits erwähnten, die Verübung mehrerer Raubandfälle, die im Thiergarten gegen einzelne Frauen und Mädchen abends und nachts ausgeführt wurden nachzuweisen. Dagegen ist es noch nicht gelungen, irgendwelche Beweise dafür zu erbringen, daß dem Hardtke der Mord der Hedwig Nische zur Last zu legen ist. Die Länge der seit der That verstrichenen Zeit und die seither eingetretenen Veränderungen in äußerlicher und persönlicher Hinsicht, auf die wir bereits hingewiesen haben, erschweren die Feststellungen in sehr erheblichem Maße.

Die Berliner Rettungsgesellschaft ist jetzt unter Amt I 60 an das Finanzministerium angeschlossen. Im Nachtrage zum Theilnehmer-Verzeichniß wird sie demnach nicht als Berliner Rettungsgesellschaft, sondern einfach als „Rettungsgesellschaft“ aufgeführt werden.

Der Stadtverordnete Fabrikant Wunder ist am Mittwoch nach längerem Leiden im 68. Lebensjahre gestorben. Er war seit Anfang April 1887 Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, gewählt von der zweiten Abtheilung im 3. Bezirk und im Jahre 1894 bis 1899 wiedergewählt.

Ein Opfer der Demunziationsfurcht. Furcht vor Strafe wegen Majestätsbeleidigung und häuslicher Zwist haben den 88 Jahre alten Dreher August Schulz aus der Pappelallee 88 in den Tod getrieben. Schulz lebte seit acht Jahren in unglücklicher,

Kindertöter Ehe. Wiederholt wohnten Mann und Frau getrennt von einander, auch in den letzten acht Tagen wieder. Vor zwei Monaten hatte Schulz mit einem Gast in einer Schankwirtschaft in der Kastanienallee einen Streit, in dessen Verlauf er sich einer Majestätsbeleidigung zu schulden kommen ließ. Sein Gevatter lief damals sofort zum Schutzmännchen und zeigte ihn, obwohl die Beleidigung nach dazu in der Trunkenheit gefallen war, an. Die Absicht, nach Amerika, wo er früher schon gelebt hat, auszuwandern, konnte er nicht ausführen, weil ihm die Mittel fehlten. Außerdem hatte ihm seine Frau gedroht, daß sie, wenn er sie verließ, seine Furcht sofort der Polizei melden werde. Zu gestern war wegen der Majestätsbeleidigung Verhandlung angefaßt. Schulz war in den letzten Tagen, in denen er bei einer verheirateten Schwester wohnte, sehr niedergeschlagen. Vorgestern morgen machte er einen erfolglosen Versuch, sich seiner Frau wieder zu nähern. Als dieser Versuch fehlschlugen war, erschoss er sich in seiner Wohnung.

Vollständig niedergebrannt ist letzte Nacht die allgem. im Norden der Stadt bekannte Sommerbühne von „Seidel's Reinem Volksgarten“, Badstr. 60. Das aus unbekannter Ursache entstandene Feuer fand an den dort aufgestellten Gartentümpeln reiche Nahrung, so daß es beim Eintreffen der ersten Lösungsversuche bereits einen großen Umfang angenommen hatte und in erster Linie auf den Schutz der benachbarten Gebäude hingewirkt werden mußte. Obgleich sofort drei Rohre in Thätigkeit traten, konnte das Theatergebäude nicht gehalten werden. Erst nach 3 1/2 stündiger Arbeit konnte die Wehr wieder abdrücken.

Nahrungsvorrichtungen haben den 85 Jahre alten Klempner Emil Beglow, der in der Schloßstr. 28a in Schloßstraße wohnte, in den Tod getrieben. Beglow war schon seit längerer Zeit ohne Beschäftigung und hat wohl keinen Ausweg aus seinen Sorgen mehr gesehen. Am Mittwoch fand ihn seine Wirthin, die Wittwe Hoffmann, in der Stube erhängt auf.

Wegen fortgesetzter roher Mißhandlung seiner Ehefrau, die den Tod der letzteren zur Folge gehabt hat, ist der Kolbergerstraße 11 wohnhafte, bereits mehrfach wegen Körperverletzung vorbestrafte Bohrer Emil W. festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Wie Zeugen bekundet haben, hat der festgenommene seiner Ehefrau unter anderem mehrfach Fußtritte gegen den Unterleib versetzt und ihr siedendes Schmalz in das Gesicht gegossen. Am 4. v. Mts. stieß er seiner Frau so heftig mit dem Fuß gegen den Leib, daß die Gemüthsheilung an einer Bauchfell-Entzündung erkrankte und starb.

Selbstmord auf der Polizeiwache. Auf der in der Charlottenstraße belegenen Wache des 38. Polizeireviers erschoss sich der 23jährige Handlungsreisende Ludwig St., der wegen Verdachts der Unterschlagung von vier werthvollen Ringen festgenommen worden war, während der von einem Beamten ausgeführten Selbstvergiftung. St. wohnte hier in einem Hotel der Friedrichstraße und war in Geldverlegenheit gerathen. Da ihm von seinem Geschäft ein erbetener Voranschlag nicht bewilligt wurde, so beantragte er einen Dienstmann, ihm vier Brillantringe zu verschaffen, und versprach ihm für seine Bemühungen zehn Mark. Dem Dienstmann kam jedoch die Sache verdächtig vor, er brachte daher die Ringe statt zum Pfandloshaus auf das Bureau des 38. Polizeireviers und theilte hier mit, was für eine Bewandniß es mit ihnen hatte. Der Reviervorstand gab ihm zu dem mit St. verabredeten Stelldehner einen Kriminalbeamten mit, und dieser führte den Kaufmann auf die Wache, damit er sich über den rechtlichen Erwerb der Ringe ausweise. Bei der Durchsicherung seiner Sachen mußte St. einen Augenblick zu beruhigen, um einen Revolver aus der Tasche zu ziehen und sich eine Kugel in die rechte Schläfe zu jagen. Er brach sofort tot zusammen.

Feuerbericht. Mittwoch Abend 8 Uhr war M u l a d f r. 26 ein Zimmerbrand zu löschen, der Betten und Wäschebude zerstörte. Donnerstag Abend 6 Uhr erfolgte immanuelkirchstr. 9 eine Lampenexplosion, wobei verschiedene Gegenstände vom Feuer ergriffen wurden, das aber noch vor Ankunft der Wehr gelöscht werden konnte. Kurz vorher hatte W a n g e l s t r. 114 ein Posten Dekorationswaare in einem Schuhladen Feuer gefangen, doch brauchte die alarmirte Wehr hier ebenfalls nicht in Thätigkeit zu treten.

Die Deutsche Gesellschaft für völkisch-wissenschaftliche Naturkunde hielt ihre letzte diesjährige Sitzung im Museum für Völkerkunde ab. Trotz der schlechten Witterung hatte sich der große Hörsaal bis auf den letzten Platz gefüllt, stand doch auch ein hochinteressanter Gegenstand auf der Tagesordnung: „Die Anwendung der Photographie in der Kriminaljustiz“, der von einem Vortragenden zur Darlegung gelangte, welcher selbst vor etwa 20 Jahren die ersten bahnbrechenden Arbeiten auf diesem Gebiete geliefert und dieselbe seit jener Zeit mit rastlosem Eifer und dementsprechendem Erfolge zum Schrecken des Verbrechertums weiter angebahnt hat. Die Reihe von Photographien, welche Herr Dr. Jeserich aus seiner ausgedehnten Praxis auf dem Projektionsapparat seiner Zuhörer vorführte und welche den Zweck hatten, die dunklen Wege des Verbrechens aufzuheben, erregten stellenweise geradezu Sensation. Der Nachweis von Blut, die Unterscheidung menschlicher Haare, die Kenntlichmachung verschiedener Tinten bei Fälschungen von Wechseln und Urkunden, das Wiederfinden von durch Rasur oder auf chemischem Wege entfernten ursprünglichen Schriftzeichen, der Betrug im Falle Plegg Kneeb, die Geheimnisse des Böschbattes, die Fälschung der Lutherbibeln u. s. w., sie alle hielten die Zuhörerschaft fortwährend in Spannung. Daß die Verbrechertum sich ebenfalls die Fortschritte der Wissenschaft zu Nutzen zu machen bestrebt ist, um sich vor Entdeckung zu schützen, auch dafür wurden Beweise vorgeführt, ihr ist aber, wie der Vortragende bemerkte, die Wissenschaft immer noch „über“ und wird sich auch rechtlich bemühen, ihr „über“ zu bleiben. Lebhafter Beifall wurde dem Herrn Vortragenden zu Theil.

Theater. Im Schiller-Theater wird nächsten Sonntag Nachmittags als 8. Vorstellung im Schiller-Festsaal „Wallersteins Tod“ gegeben. In der Sonntag-Abendvorstellung kommt „Kyris Vorig“ in der ersten Besetzung der Hauptrollen, also mit den Damen Gallas, Berner, Meyer und den Herren Schmalow, Laurence und Guden, zur Aufführung. — Wir werden erucht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Vorstellungen im Olympia-Theater nicht, wie irrthümlich in der Annonce steht, um 7 1/2, sondern um 8 1/2 Uhr abends beginnen.

Aus den Nachbarorten.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsgesellschaft der Provinz Brandenburg hat gestern einstimmig beschlossen, eine Heimstätte für lungentranke Frauen zu 80 bis 100 Betten bei Kottbus zu erbauen und wurden hierzu 600 000 M. bewilligt. Der Magistrat von Kottbus giebt 40 Morgen Grund und Boden unentgeltlich dazu her. Nach Gutachten der Sachverständigen ist die Lage dort eine sehr günstige.

Bei den Charlottenburger Stichwahlen im zweiten Wahlbezirk der zweiten Wahl-Abtheilung traten die drei unpolitischen Kandidaten Maurermeister Koch, Direktor Roskock und Stadtverordnete Stoeter.

Hundeboten. Eine etwas eigenartige Aufführung haben die vielfachen Hundeboten gegeben, welche in letzter Zeit sowohl im Norden Berlins als auch in den nördlichen Vororten verübt worden sind. Es sind nämlich drei Burschen dingfest gemacht worden, welche dabei betroffen worden sind, wie sie sich auf freiem Felde, auf Reindendorfer Gebiet, am Bahndamm der Nordbahn, drei feiste Hunde anschnitten, die sie gefälligermassen geflochten haben. Ihrer Bekundung nach haben sie im Auftrage eines Geschäftsherrn, welchen sie angeblich schon längere Zeit hindurch mit billigen „Hammelbraten“ versorgten. Die beschlagnahmte Lieferung sei für ein Familienfest des Betreffenden bestimmt gewesen. Inwiefern die Aussagen der Hundeschlichter auf Wahrheit beruhen, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben. Auf alle Fälle werden die Burschen wegen Eigenthumsvergehens zur Verantwortung gezogen werden.

Ein grauenhaftes Verbrechen ist in dem ufermächtigen Dorche Meichow verübt worden. Das 17jährige Dienstmädchen Martha Dahn wurde von ihrem Dienstherrn, dem Schweinehändler Marggraf, ermordet. Beide hatten sehr vertraulich mit einander

verkehrt, und dieser Verkehr blieb nicht ohne Folgen. Marggraf der verheiratet ist, fürchtete sich vor öffentlicher Bloßstellung und bot dem Mädchen eine größere Geldsumme, damit sie schweige. Als sie darauf nicht einging, lockte er sie in den Stall und erwürgte sie; um einen Selbstmord des Mädchens wahrscheinlich zu machen, hängte er die Leiche am Halse auf. Hierauf begab er sich nach dem benachbarten Gramzow aufs Polizeiamt und zeigte den angeblichen Selbstmord an. Einige Kratzwunden, welche die Ermordete dem Marggraf beigebracht hatte, führten zu der Entdeckung, daß er der Mörder sei.

Gerichts-Beilage.

Der Prozeß gegen Dr. Bruno Wille ist, wie aus Graz berichtet wird, gestern beendet worden. Dr. Wille wurde vom Verbrechen der Religionsförderung freigesprochen, dagegen wegen Uebertretung des § 308 des Strafgesetzbuchs (Herabwürdigung von Lehren, Gebräuchen und Einrichtungen einer vom Staate gesetzlich anerkannten Religionsgenossenschaft oder Kirche) zu achtstägiger Arrest verurtheilt!

Sind die Pfarrgüter von den Beiträgen zu den Landwirtschaftskammern frei? Diese Frage hatte gestern das Ober-Verwaltungsgericht zu entscheiden. Eine katholische Kirchgemeinde in Westpreußen und ein Pastor in der Provinz Sachsen beantragten die Freistellung von diesen Abgaben, indem sie sich auf § 775 II, 11 des Allgemeinen Landrechts und auf § 18 des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 beriefen. Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erkannte aber gestern zu ihren ungunsten. Zur Begründung ihrer Abweisung führte der Vorsitzende Komml aus, es ergebe sich klar aus dem Gesetz vom 30. Juni 1894 und seinen Motiven, daß die Beiträge auch von Pfarrländereien zu zahlen seien, wie ja andererseits die Nichtbräucher dieser Ländereien auch das Wahlrecht für die Landwirtschaftskammern hätten. Daß sie das Landrecht von den Gemeinde-Abgaben befreie, sei hier gleichgültig.

Versammlungen.

„Die sogenannte sozialpolitische Gesetzgebung“ war das Thema, über welches Dr. Friedberg in einer am Mittwoch Abend in der Moabit Kronenbrauerei, zum allergrößten Theil von Frauen besuchten Versammlung sprach. Nachdem der Vortragende die seitens der herrschenden Klassen anlässlich der Inauguration der in Frage kommenden Gesetze, nämlich des Krankenversicherungsgesetzes, sowie des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, kolportirte Praefaze vom sozialen Nützlichkeits als ein beachtliches Märchen gekennzeichnet und gezeigt hatte, daß alle diese Gesetze nur der immer mehr zunehmenden Macht des Proletariats ihr Dasein verdanken, sprach er in klarer Weise alle drei Gesetze, zeigte an der Hand eines reichen statistischen Materials ihre Wirksamkeit und beleuchtete eingehend ihre Mängel, zugleich auf die nothwendigsten Aenderungen und Verbesserungen hinweisend. Indem er erläuterte, wie gerade das weibliche Geschlecht am allermeisten unter den Schäden der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsform und so auch unter den Mängeln der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung leide, empfahl er den Anwesenden, sich mit den betreffenden drei Gesetzen ja recht vertraut zu machen, um sich wenigstens die geringen Vortheile dieser Gesetze rechtzeitig zu sichern, und forderte zum Schluß namentlich die Frauen auf, sich dem Sozialismus anzuschließen und durch eifrige Agitation dafür zu sorgen, daß auch auf diesem Gebiete die berechtigten Forderungen des Proletariats erfüllt würden. — Auf eine Diskussion wurde verzichtet und die Versammlung seitens der Leiterin mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Handlungsgelübten und -Geschäftinnen nahmen in einer am 8. Dezember in den „Arminiallen“ stattgehabten, schwach besuchten öffentlichen Versammlung den Jahresbericht der Agitationskommission entgegen. M a a ß berichtet, daß dieselbe in der Zeit vom 15. Juli 1896 bis 5. Dezember 1897, einschließlich eines übernommenen Bestandes von 32,25 M., eine Einnahme von 386,05 M., gehabt habe, der 330,10 M. Ausgaben gegenübersteht, so daß ein Bestand von 5,95 M. verbleibt. Die Revisoren beantragen Ertheilung der Decharge, welchem Antrage die Versammlung zustimmt. Thielert erstattet den Bericht der Preßkommission. S w i e n t y tadelt, daß die Agitationskommission nichts geleistet hat und beantragt, die beiden Kommissionen in Zukunft zu einer Körperschaft zu verschmelzen. S i m m e l erklärt die Unthätigkeit der Kommission damit, daß es an Mitteln und Personen zur Agitation gefehlt hat. Derselbe, sowie auch B r e s l a u e r, F r i e d l ä n d e r und M a a ß erklären sich gegen den Antrag Swienty, worauf derselbe abgelehnt wird. In die Agitationskommission werden sodann gewählt: S i m m e l, F r ä u l e i n D a a s e, F r i e d l ä n d e r, K a l i s k i und S c h u l d t; in die Preßkommission: S i m m e l, A. und J. C o h n. Frau C o h n l a macht auf die Verhältnisse in zwei Geschäften aufmerksam: Oranienstraße Nr. 24 (Konfektion) und Dresdenerstraße (Tamasche, Weibgeschäfte); beide Fälle werden der Agitationskommission überwiesen.

Arbeiter-Gildungslehre. Insekt. 10. v. Mts. Mittwoch: National-Gildungslehre der Nationalökonomie; Dr. C o n r. S c h m i d t's Vorträge: G e s c h i c h t e der vorgeschichtlichen Zeit und der geschichtlichen Ueberlieferungen; Dr. G e o r g S e p p e r's Vortrag: G e s c h i c h t e der Arbeitsverträge, die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, erwerbslose Konfessionswesen, Ehrrecht, Wirthschaft, Erb- und Vormundschaftsrecht, öffentliches Recht; Wirthschaftslehre (Wolfgang Heine). Die Bibliothek ist von 8—9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatl. 25 Pf., Kurus in 10 Wochen 1 M. pro Fach. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folg. Schulen: Gottfr. Schatz, Schmalstr. 40a; Bernl. Baumstr. 42; Schiller, Rosenfeldstr. 57; G r i n e r t, Wallstr. 7a; Paul W i e d e, W a n t e n s t r. 12a; H. R o t h e, W e s t e n d a m m e r s t r. 20. Alle Zuschriften sind an den Vorlesenden W a n t M a g e r, 50, W a n t e n s t r. 12a, G e l d b e n d u n g e n an den Kassirer G. R o t h e, 5, W e s t e n d a m m e r s t r. 20, zu senden.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen. (Gegründet 1892.) Heute, abends 7—9 Uhr, bei Wehrmann, Alie Jakobstr. 64—66, Juchlabend. Dofelst werden auch Jedemitt unsre Mitglieder aufgenommen.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Admittestraße 120, im Wärdlichen Hof, abends 8 Uhr: Projektions-Lichtbilder-Vortrag über Augen- und Ohrenleiden vom praktischen Naturheilkundigen Grandmann.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Drechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

H. V. 100. Die Berliner Feuerweh hat eine Auktionsliste.

A. D. 10. Ist und nicht bekannt. Wenden Sie sich an Herrn Dr. Braun, den Direktor des Deutschen Theaters.

Ungläubige. Werden nicht aus der Hof entlassen.

Richters Plattenrede. Septennat heißt Bindung des Reichstags auf 7 Jahre, Aeternat eine solche auf ewig.

Witterungsübersicht vom 9. Dezember 1897, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stahl 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.).
Swinemünde . . .	747	S	8	heiter	1
Hamburg . . .	744	SW	5	wolklos	2
Berlin . . .	749	SW	8	wolklos	1
Biesbaden . . .	750	SW	2	bedeckt	3
München . . .	758	SW	6	alb bedeckt	2
Wien . . .	754	SO	2	Rebel	—1
Opavanda . . .	753	SO	8	Schnee	—5
Petersburg . . .	763	SO	8	halb bedeckt	—5
Cort . . .	762	W	5	wolkig	6
Aberdeen . . .	780	W	9	halb bedeckt	9
Paris . . .	752	SW	8	halb bedeckt	8

Weiter-Prognose für Freitag, 10. Dezember 1897.

Ein wenig kälter, zeitweise heiter, vielwolkig mit Niederlagen und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch eine Versammlung bei Frau, Weststr. 10, ab, in der Genosse **Salwer** über: „Flottenpläne und Marine-Technik“ referierte. Dem Vortrag folgte eine interessante Debatte, in der als erster Redner der Anhänger der „national-sozialen Partei“ Herr **Migalski** in längeren Ausführungen für eine Verhinderung der Flotte eintrat. Dieser Redner begründete seine Anschauung im wesentlichen damit, daß Deutschland infolge der Thatfache, daß alle bisher industriell wenig entwickelten Staaten bereits in der letzten Zeit mit ihren Industrieprodukten auf dem Weltmarkt erscheinen, gezwungen sei, sein Absatzgebiet, das auch durch die Schutzzollgesetz der verschiedenen Staaten und die nicht sehr günstigen Handelsbeziehungen Deutschlands überhaupt gefährdet sei, durch Gewinnung von neuen Kolonien zu erweitern. Das sei aber nur möglich durch eine Achtung gebietende Flotte. Daß dies eine Eroberungspolitik sei, gebe er zu, die aber bedingt sei durch den Selbstbehaltungstrieb, den berechtigten Egoismus, der jeder Nation zu ihrer Selbsterhaltung inne wohnt. Deutschland müsse umso mehr auf eine Erweiterung seines Absatzgebietes denken, als es nicht im Stande sei, zumal die Bevölkerung jährlich ganz bedeutend zunehme, die notwendigen Lebensmittel zu produzieren und folgedessen ganz ausschließlich auf die Einfuhr derselben angewiesen ist und diese nur durch einen bedeutenden Export der Industrieprodukte wieder decken kann. Die Lasten einer beratigen Flotte will der Redner allerdings auch nicht wieder den Arbeitern aufgebürdet wissen, sondern diese sollen durch die Ueberschüsse der Einzelstaaten, durch eine progressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer auf-

gebracht werden. In seinen weiteren Ausführungen geht sich der Redner in recht drastischer Weise über die Einwendungen unserer Parteigenossen, daß die fortwährenden Rüstungen, trotz Verbesserung der Friedensliebe der Regierungen seitens der verschiedenen Staaten eine Schraube ohne Ende sei, hinweg und meinte: „daß die Schraube doch ein Ende habe, und zwar dann, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Völker vollständig erschöpft sei“. In recht treffender Weise erörterte Genosse **Lätow** hierauf die internationalen und auf dem Menschentum basierenden Anschauungen der Sozialdemokratie, die dem ganzen gegenwärtigen System des Militarismus schroff gegenüber steht und durchaus keine Ursache hat, sich für Flotte und Kanonen, deren Kosten durch indirekte Steuern und Belastung der notwendigen Lebensmittel der erwerbsthätigen Bevölkerung aufgebracht werden, zu erwärmen. Flotte und Kanonen sind keineswegs geeignet, die freilich Handelsbeziehungen zu stärken, sie haben dem Deutschland die Achtung, insoweit diese vorhanden ist, nicht verschafft, sondern dies ist der Intelligenz des Deutschen im allgemeinen zu verdanken. Nur eine bestimmte Interessentklasse hat Vortheile zu erwarten und kann sich auf Kosten der großen Masse die Taschen füllen, während andererseits der Großmachtsstiel, dem zum großen Theil der Plan entspringen ist, gefährdet wird und durch eine derartige Politik Konflikte heraufbeschworen werden, bei welchen wieder die Arbeiterklasse ihre Haut zu tragen hat. Schutz der nationalen Arbeit in dem Sinne, daß die schrankenlose Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung eingeschränkt werde und Urbarmachung des noch vielfach brach liegenden Bodens, sowie die Inangriffnahme von den Arbeitern, die einem Kulturzweck entsprechen und die Begünstigung der produktiven Arbeit bieten allein die

Gewähr der Machtstellung einer Nation; das wäre eine nationale Politik, der auch die Sozialdemokratie zustimmen würde. In der weiteren Diskussion wiesen die Genossen **Böhne**, **Oppel**, **Stabernack** und **Felgentreff** darauf hin, daß die Sozialreform vollständig ins Stocken geraten ist, daß die Ueberschüsse in den einzelnen Kreislagen zum großen Theil auf Kosten der Arbeiter und Unterbeamten erzielt werden, daß alle Mittel durch den Militarismus verschlungen werden und für kulturelle Zwecke einfach nichts vorhanden ist, daß auch die Einzelstaaten die Ueberschüsse nicht der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen zuwenden, trotzdem die Lasten für die arbeitende Bevölkerung immer drückender werden und das ganze Steuersystem der besitzenden Klasse ansehnliche Vortheile gewähre. Von diesen Rednern wurde gleichfalls der Ansicht, daß die Getreideproduzierenden Staaten ihre Grenzen absperrten und Deutschland kein Getreide mehr bekommen würde, sehr treffend entgegen getreten. Wie vom Referenten, der in seinem Vortrag speziell die technische Frage bei den Marineforderungen erörtert hatte und in seinem Schlusssatz die Ausführungen des Herrn **Migalski** noch kritisch beleuchtete, so wurde auch in der Debatte von mehreren Rednern außer der prinzipiellen Stellung der Sozialdemokratie zu allen derartigen Forderungen auch diese Frage behandelt. — Trotz dieser sehr ausgedehnten recht sachlichen Debatte, wurde ein Antrag angenommen, die Diskussion abzubrechen und eine weitere Versammlung einzuberufen, zu der Herr **Migalski** sein Erscheinen zugesagt hat, um die Debatte zwischen den Anhängern der national-sozialen Partei und unseren Parteigenossen fortzusetzen. Nachdem der Vorsitzende noch zum Abschluß an den Wahlverein aufgefordert und auf den am Sonntag Vormittag stattfindenden Urnabstich hingewiesen hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Achtung! Maurer. Achtung!
Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Baudeputirten
im Lokale des Herrn **Bunke**, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:
1. Die Handhabung der Abstempelung der Sammelkarten. 2. Situationsbericht.
Es ist Pflicht, daß sich die Kollegen jedes Bundes durch einen Delegierten vertreten lassen. — Zur Erleichterung der Abstempelung rufen wir den Kollegen, daß die Karten vom 13. Dezember ab möglichst baumweise nach dem Bureau gebracht werden. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die fehlenden Karten am Sonntag abend in den Häufchen resp. auf der Sammelkarte des Bundes nachgereicht werden. Karten, auf denen Marken oder der dieselben erzeugende Kommissionsstempel fehlen resp. der Kommissar über die Richtigkeit der Karte nicht beigefügt ist, können laut Versammlungsbescheid nicht den Schwammstempel erhalten.

Berein der Kunstfreunde.
Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn **Obst**, Schöneberg, Grunewaldstraße 110:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Borchardt**. 2. Jahresbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Kassensbericht.
Mitgliedskarte legitimirt. Währ. durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
für alle in der
Holzbranche beschäftigten Arbeiter,
wie:
Tischler, Bildhauer, Möbelpollerer, Drechsler, Maschinenarbeiter u. s. w.
am Sonntag, den 12. Dezember 1897, vormittags 11 1/2 Uhr, in **Keller's großem Saal, Kopenickerstraße Nr. 29:**
Tages-Ordnung:
Der Streit und Vergleich vor dem Einigungsamt betreffend der Möbel-fabrik von **Eberhard**, Michaelstraße Nr. 1 und die Nichterhaltung der Vereinbarungen.
Herr **Magistratsassessor v. Schulz** als Vorsitzender und die Herren **Kabritant Beiger**, Kaufmann **Ben**, **Köhler**, **Klinger**, **Tischler** **Kären** als Beisitzer, sowie Herr **Eberhard** sind schriftlich eingeladen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Einberufer: **Carl Lederhause**, Krautstr. 51.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Berlin.)
Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale „**Arminhallen**“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung über die Verhandlungen der Einigungsversuche. 2. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.
J. A. G. Knäuper, Schöneberg, Kolonnenstraße 52.

Tischler-Verein.
Sonabend, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichstraße 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: Wahl des gemeinsamen Vorstandes für das Jahr 1898.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Wilke**, Andreasstraße 26:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Freie Gewerkschaft-Vereinigung und lokale Streit-fonds.“ Referent: **Fritz Kater**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
3. A.: **Fritz Kräger**.

Stellmacher!
Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 2 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadterordneten **Th. Metzner** über: „Das neue Handwerkergesetz.“ 2. Abrechnung und Neuwahl der Agitations-Kommission. 3. Bericht und Neuwahl des Gewerkschafts-Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.
Da der Saal von 6 Uhr ab anderweitig vergeben ist, so ersuchen wir pünktlich zu erscheinen.
Die Agitations-Kommission.

Glühwein
ausgezeichnet & Alter 1.20 Wfl., 5.50 Wfl., 10.00 Wfl.
Fern-Sprecher **Eugen Neumann & Co.** Amt IV. 9676.
Komptoir u. Gesamt-Rekieren: Berlin SW. 68, Lindenstr. 16/17. — Detail-Verkaufsstellen: **Welle-Milane**, Platz 6a, Am. IV. 2079. — **Neue Friedrichstr. 81.** — **Oranienstr. 190.** — **Gelehrtenstr. 29.** — **Grüner Weg 56.** — **Kommandantenstr. 67.** — **Wilsdorfstr. 25.** — **Schöneberg, Hauptstr. 129.** — **Charlottenb., Kass. Friedrichstr. 48.**

Hirschfleisch, Blatt 50
Kette und Knochen 70 und 80 Wfl.
Basen v. 2.75 Wfl. Kaninchen 50 Wfl.
Wildschwein, Gänse 45, 50 Wfl.
Wild- und Geflügelhandlung
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Mehl
besl. 000 & Wfl. 15 Wfl., Auszug 17 Wfl.
Wiener Mehl 22 Wfl., Erdbeeren 10 Wfl.
In ganze Erbsen 2 Wfl. 35 Wfl., Schäl-Erbsen 15 Wfl., Vinsen 10 Wfl., Bohnen 10 Wfl., Hirse 15 Wfl., Heferollen 18 Wfl., Badohlt, gemischt 25 Wfl., Wolgerke 15 Wfl., Oris 15 Wfl., Graupen 13 Wfl., Borjagel, gekrautete Kaffee von 80 Wfl. an, Kaffee von 60 Wfl. an, Ruder 2 Wfl. 45 Wfl., empfiehlt 37694

E. Hoffmann,
155 Javalidenstr. 155 (Telephon: III 1059) und 95 Kopenickerstr. 95.
Berleand von 3 Wfl. an frei Haus.
Harzer-Hohl- u. Aingel-Hölzer
souterraine Sänger, verdrückt & Stiel 6, 8, 10, 12 Wfl. Weichhölzer mit Hahn 1 Wfl. Berl. geg. Nachnahme. Jeder Käufer erhält ein Buch über Hohl- u. Behandlung gratis beigelegt. Garantie für leb. Zustand. Umtausch gestattet. Packung frei. Bei Bestellung über 20 Wfl. regne ich kein Porto an. 22599
29. Schöneberg, Rigarenarbeiter in Holzhausen bei Vermont.

Nur M. 4.20
In allen unsere berühmten „Concert“-Zah-narmkassen. Größtes Format: 20 x 25 cm, 10 Zahnen, 2 Register, 2 Wfl. 2 Zah-nkass., ohne Einbauten, 40 prima Zahnen, 1 Kiste Zahnlack und Zahnpulver, da-ber unermesslich. Schatz zum Selbstlernen gratis. **G. Schubert & Co.**, Romanstraße, Berlin SW., Rauchstr. 17.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Gustav Lutzig, Berlin, Schlegel-str. 46, versendet gegen Nachnahme gratis neue Bettfedern d. Wfl. 55 Wfl., Ginstliche Goldbunnen d. Wfl. 21.25, bessere Goldbunnen d. Wfl. 22.175, vorzügliche Daunend. Wfl. 28.
— Von diesen Daunend. genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Verpackung frei. Anzahl u. Proben gratis. Bitte Anrechnungsgeld.

Martin Klein
Uhrmacher. [36672-]
25 Neue Hochstraße 25
Lager aller Arten Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen.
Meyer's Lexikon,
Brockhaus, Brehm's Tierleben und andere Werke laut **Hannemann's Buchhdlg.**, Berlin, Friedrichstr. 208.
Dr. Simmel, Moritzplatz, 1. Hand v. Kiefing
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Wart erhalten
Bildhauerbänke
werden zu kaufen gesucht. Off. unter Chiffre N. 4 Exped. d. „Vorwärts“.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr,
in den **Arminhallen**, Kommandantenstraße No. 20:
Vortrag des Gen. **Dr. Zadek** über: „Schulhygiene.“
— Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.** —
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Mitglieder und Gäste sind höchlichst eingeladen. 6/16
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 12. Dezember 1897, nachmittags 3 Uhr,
Vorstellung für die I. Abtheilung im **Lessing-Theater:**
Die Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von **Max Halbe.**
Heft IV der „Freien Volksbühne“ sowie Kartenumschläge und Programme vom Winterfest sind bei den Ordnern zu haben.
Sonntag, den 19. Dezember: Vorstellung für die II. Abtheilung.
Der Vorstand: **I. A.: G. Winkler.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Gente, Freitag, abends 8 Uhr, bei **Cohn**, Reutstr. 20/21: [372/11]
Sitzung der Ortsverwaltung.

Bürsten- u. Pinselmacher.
Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, **Alexanderstr. 27c:**
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Kommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Einseker.
Sonntag, 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, Alte Jakobstr. 83:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Wahl der Kommission.
Es ist Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, zu erscheinen.

Achtung! Stockarbeiter. Achtung!
Montag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Wilke**, Andreasstraße 26:
Versammlung des Verbandes der Stockarbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wilke**. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Es findet am betreffenden Abend Abrechnung der Urania-Billets statt.
Der Vorstand.
175/15

Große öffentliche Versammlung
der
Drechsler, Korbmacher, Bürstenmacher und Kammacher
am Montag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr,
im **Lokal Englischer Garten, Alexanderstraße 27c.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Th. Metzner** über: „Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verbände.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen der Kammacher-Werkstätten von **Streichmann**, **Blumenstr. 74**, und **Reifel**, **Reinholdstr. 79** sind hierzu ganz besonders eingeladen.
[272/10] **Der Einberufer.**

Otto Wetzel & Co.
mechan. Schuhfabrik mit Dampftrieb
empfehlen ihre vorzüglichen Fabrikate zu enorm billigen Preisen.
Herrenzugstiefel, Lederbrandsohle, von 3,90 an.
Damen-Schuhe, Lederbrandsohle, von 3,50 an.
Verkaufsstellen für Berlin:
32. Landsbergerstraße 32.
114. Wrangelstraße 114.
22. Kleiststraße 22.
Künstl. Zähne 1.50 M. Blumen 1 Wfl. Zahnziehen frei. Zahn-ärztliche Klinik, Rantaustr. 43, I. Gde. Oranienstraße. Spr. 8-10 und 1-3 Uhr.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.
Unser Mitglied [289/5]
Hellwig
ist am 7. d. Mts. verstorben. Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses nach dem Neuen Jakobkirchhof in Britz statt.
Die Lokalverwaltung.

Schneider- und Schneiderinnen-Verband
Unser langjähriges Mitglied, Kollege
Ernst Hellwig
ist am 7. d. M. im Krankenhaus am Urban gestorben. [162/19]
Die Beerdigung findet Freitag Nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses nach dem neuen Jakobkirchhof in Britz statt.
Die Bevollmächtigten.

Allg. Arbeiter- u. Arbeiterinnen-Verein Alt-Glienick.
Allen Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied [229/4]
Wilhelm Liegnar
verstorben ist. Beerdigung Freitag 3 Uhr. Um rege Theilnahme bittet **Der Vorstand.**

Elektrotechn. Verein
Berlins und Umgegend.
Sonabend, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Schillingstr. 36:
Versammlung mit Vortrag.
Aufnahmen finden alle in den elektrischen sowie verwandten Branchen beschäftigten Herren, welche praktisch ausgebildet sind. [226/5]
Der Vorstand.
W. Sawitzky, Wasserhorst 76.

Der **Sejangverein Hand in Hand I** fordert hierdurch **Paul Glomm** auf, seinen Verpflichtungen so schnell wie möglich nachzukommen. [226/5] **Der Vorstand.**
Die Beerdigung des Genossen **Weimann**, er habe mich wegen Majestäts-Beleidigung beunruhigt, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselben für einen Ehrenmann. [226/5] **J. Collin.**

Dr. Schaper, Schönenerger Ufer 25, an der **homöop. Arzt.** Potsd. Brücke. **Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden, Frauenkrankheit.** Sprechst. 9-1, 4-7. Sonntags 9-1.
Betten, Steppdecken, Gardinen spoht. **Reanderstr. 6, Wandlitz. [6/9]**
Preiswerthe 5 Wfl. Zigarren im **Algarvenladen** **Karl-Liebknecht-Str. 11.**
Dampfkassen, Hänslinge, Stielgäse, Zeigge, Finken bill. zu verk. **Reifel**, **Reinholdstr. 48, Restaurant.**

Arbeitsmarkt
Stellmacher!
Die Werkstelle von **W. Kohlhardt**, **Chausseestraße**, ist wegen Ueberfüllung und Ver-längerung der Arbeitszeit gesperrt. [209/3] **Die Agitationskommission.**
Achtung! Bauanschläger!
Der Arbeitsnachweis der „**Freien Vereinigung**“ be-findet sich vom 15. Dezember 1897 ab nicht mehr bei **Rammerer**, Neue Pro-menade 7, sondern bei [54/13] **Döring**, **Neue Zandauerstr. 9.**
Telephon: Amt III, 2287.
Der Vorstand.
Lehrmädchen
suchen **Blumenfabrik Levin u. Neufeld**, **Ritterstr. 45.** [236/6]
Anständige Herren
erhalten lohnende Beschäftigung. **Herten** unter **W. 707** an **Hub. Woffe**, **Goldbunnenstr. 59.** [7/12*]
Hohen Nebenverdienst
können sich Leute jeden Standes verschaffen event. festes Gehalt. **Herten** unter **M. 4** Exped. d. Btg.
Licht, **Bergstr. 101.** **D. Bergermann**, **Wrangelstr. 56.** [226/5]

